Nr. 38.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Vorort-Ausgabe

23. Jahrg.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 15. Februar 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Von der Wahlreformvorlage.

Aus Wien wird uns vom 11. Februar geschrieben:

In einigen Tagen, voraussichtlich noch in dieser Woche, wird die Regierung den Wahlreformentwurf im Abgeordnetenhause einbringen, und damit tritt das große Reformwerk in das helle Licht der parlamentarischen Verhandlung, nachdem es durch zwei Monate den dunklen Intrigen der offenen und versteckten Wahlreformfeinde ausgesetzt war. Es handelt sich im Wesen um die Abänderung zweier Gesetze. Erstens des Grundgesetzes über eine Reichsvertretung vom 21. Dezember 1867 (die sogenannte Dezember-Verfassung), die dann weiter ausgestaltet wurde durch die Novelle vom Jahre 1873, welche die unmittelbare Wahl der Abgeordneten einführte (denn bis dahin war das Abgeordnetenhaus nur eine Delegiertenversammlung des Landtages), und durch die vom Jahre 1896, welche den vier Wählerklassen (Großgrundbesitz, Städten, Handelskammern und Landgemeinden) die sogenannte fünfte Kurie, die allgemeine Wählerklasse anfügte. Zweitens handelt es sich um die Abänderung der Reichsratswahlordnung, welche alle das Wahlrecht und das Wahlverfahren regelnden Bestimmungen enthält, also das, was im Deutschen Reiche in Wahlgesetz und Wahlreglement geschieden ist.

Wie bekannt, ist das Wahlsystem, aus dem sich der österreichische Reichsrat heute bildet, ungemein verwickelt. Der Reichsrat besteht aus dem Herrenhause und dem Abgeordnetenhause. Das Herrenhaus bildet sich aus den „großjährigen Häuptern jener inländischen Adelsgeschlechter, welche durch ausgedehnten Grundbesitz hervorragen" (den erblichen Mitgliedern), aus den Erzbischöfen und Bischöfen, „welchen fürstlicher Rang zukommt", und aus den vom Kaiser ernannten „ausgezeichneten Männern, welche sich um den Staat oder Kirche, Wissenschaft oder Kunst verdient gemacht haben". Das Abgeordnetenhaus besteht aus 425 in fünf Kurien und in den allermannigfaltigsten Formen gewählten Mitgliedern. 85 Abgeordnete wählt die Wählerklasse des Großgrundbesitzes (insgesamt 5431 Wähler) 21 Abgeordnete entsenden die Handels- und Gewerbekammern (insgesamt 556 Wähler), 118 Abgeordnete wählen die Städte (insgesamt 493 804 Wähler), 129 Abgeordnete wählen die Landgemeinden (1 585 466 Wähler), und 72 Abgeordnete wählt die allgemeine Wählerklasse, in der alle erwachsenen Männer, *also auch die Wähler der anderen Kurien*, wahlberechtigt sind, deren Wählerzahl demgemäß die Summe der Wahlberechtigten überhaupt darstellt: 5 004 222 Wähler. Man kann danach ermessen, wie gewaltig der Unterschied der Wählerzahl zwischen den einzelnen Abgeordneten ist: Das österreichische Abdeordnetenhaus hat Mitglieder, die „gewählt" werden von **acht Wählern**, und es hat Abgeordnete, die gewählt werden von **mehr als hunderttausend Wählern**. Es gibt in dem verkünstelten und veralteten Wahlsystem der deutschen Bundesstaaten sicherlich viel Unsinn und krasse Ungerechtigkeiten, aber das österreichische Wahlsystem dürfte in seiner Abgeschmacktheit und Torheit doch wohl alle übertreffen.

Das österreichische Abgeordnetenhaus ist heute tatsächlich nur eine durch den Tropfen des allgemeinen Stimmrechts der fünften Kurie modern frisierte Ständevertretung. So hängt das Wahlrecht im Großgrundbesitz nicht etwa von der Höhe der Steuerleistung ab, sondern es steht nur *dem* Grundbesitz zu, der in die Landtafel eingetragen ist, bedeutet also das Privileg eines Gebietes (denn an den Personen haftet es nicht), dessen Ausnahmestellung aus der Vergangenheit überkommen ist. Die Abgeordneten der Wählerklasse der Handelskammern werden von den Mitgliedern dieser Organisationen gewählt, wobei eine ziemliche Zahl von Handelskammern, die des eigenen Abgeordneten entbehren, mit einem Stadtbezirke verknüpft ist. Die Wahlbezirke der Städte und Landgemeinden werden nicht territorial gebildet, sondern die Städte sind aus dem Gebiete herausgehoben und gleichsam nur in der Luftlinie zu einer scheinbaren Einheit verbunden — ein künstliches System, um die in Oesterreich nur kümmerlich sich entwickelnden Städte vor der Ueberflutung durch das Land zu retten. Die Wahlberechtigung in diesen zwei Kurien beginnt bei einer Steuerleistung von 8 Kronen, sinkt aber auf dem flachen Lande bedeutend tiefer; in den unentwickelten Ländern (Galizien, Bukowina, Dalmatien, im Karstgebiet) sinkt der Satz oft bis zu einigen Kreuzern. Das Wahlrecht in der allgemeinen Wählerklasse ist an das Wahlrechtsalter von 24 Jahren und an eine halbjährige Seßhaftigkeit in der Gemeinde gebunden.

Die neue Verfassung wird nun die Kurien abschaffen und das Abgeordnetenhaus aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgehen lassen. Bis jetzt ist das Stimmrecht direkt und geheim nur in den drei ersten Kurien. In den Landgemeinden und in der allgemeinen Wählerklasse gibt es in manchen Ländern (die Bestimmung darüber ist im Jahre 1896 der Landesgesetzgebung zugeschoben worden) noch das indirekte Wählen mittels Wahlmännern und die mündliche Abstimmung! Wirkliche, uneingeschränkte Allgemeinheit der Wahlberechtigung wird auch die Vorlage allerdings nicht enthalten. Die Wahlrechtsvoraussetzung der Seßhaftigkeit wird nämlich verschärft durch Erhöhung der bisherigen Frist von sechs Monaten auf ein Jahr. Die Regierung fügt sich damit zum Teil der insbesondere von den Wiener Christlich-Sozialen erhobenen Forderung, wenn sie auch deren Wahlrechtsraubpläne (die Herrschaften verlangten zuerst fünf, dann vier Jahre!) nicht völlig erfüllt. Immerhin bedeutet das eine Jahr die Entrechtung aller Saisonarbeiter, und die Bestimmung ist geeignet, die Wahlchancen unserer Partei an vielen Punkten beträchtlich herabzumindern. Auf die gehässigen Forderungen nach einem Pluralwahlrecht, diesem Steckenpferd der „Gebildeten", die da meinen, in der Abstimmung werde etwas anderes vollzogen als die Wahl zwischen Parteien, hat sich die Regierung nicht eingelassen. Auch die geheime Forderung des Polenklubs: der Schlachta die Prämie der indirekten Wahlen für Galizien, dieses prächtige Mittel zur Korrumpierung des Willens der Bauern, zu gewähren, wird in der Vorlage nicht erfüllt werden. Mit der oben erwähnten, freilich nicht unwesentlichen Einschränkung wird die Vorlage das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht enthalten.

Dieses Prinzip und diese Vorlage wäre auch vor jeder ernsten Gegnerschaft gesichert; so wenig innere Begeisterung für die Beseitigung der Privilegien einem Privilegienparlament auch innewohnt, so sind die Kurien doch mit solcher Schmach beladen und dermaßen als der wahre Grund der chronischen Parlamentskrise erkannt, daß auch in dem Kurienhause niemand den Frevelmut hat, für die Aufrechterhaltung der jetzigen Zustände einzutreten. Auch ist, zumal in Oesterreich, für politische Selbstsucht, für Klassenbrutalität just nicht die rechte Zeit; die Möglichkeit, die Privilegien zu verteidigen, hat die gewaltige Wahlrechtsbewegung der Arbeiter für immer ausgerottet. Die Schwierigkeit der österreichischen Wahlreform ist heute nicht mehr das Verhältnis der Klassen — diese Frage ist entschieden —, sondern sie liegt darin, daß sich im Wahlsystem auch das Verhältnis der Nationen kreuzt — deren es in Oesterreich bekanntlich nicht wenig gibt und die an Zahl, wirtschaftlicher Entwickelung und Allgemeinkultur beträchtliche Unterschiede aufweisen. Die Schwierigkeit stellt sich sachlich dar in dem Gegensatz zwischen den Deutschen auf der einen Seite, die ihr heutiges Primat aufrecht erhalten wollen und sich dabei auf ihre die anderen Nationen überragende Kultur, wirtschaftliche Kraft, Bildung (und was solcherart Beweise eben sind) berufen, und den slavischen Nationen auf der anderen Seite, die ihre in den vierzig Verfassungsjahren unzweifelhaft erlangte Entwickelung nun auch in der Verteilung der Macht im Hause der Gesetzgebung ausgedrückt und bestätigt wissen wollen. Die alte Verfassung hat die Begünstigung der Deutschen auf verschiedene Weise vollzogen (unter anderem durch die Erfindung künstlicher deutscher Abgeordneter, eben der des Großgrundbesitzes und der Handelskammern); die neue Verfassung kann den Unterschied der Nationen natürlich nur in der Ungleichheit der Wahlbezirke zum Ausdruck bringen. Was in Deutschland ein Ergebnis der sozialen Entwickelung ist, soll in Oesterreich *bewußt* eingeführt werden: die Ungleichheit der Wahlbezirke, welche durch die angebliche Ungleichheit der wirtschaftlichen Entwickelung der acht Nationen begründet ist, die in Oesterreich leben und miteinander im ewigen Hader stehen.

Das Problem, das aus den spezifischen österreichischen Verhältnissen erwächst, ist natürlich nur durch einen billigen Ausgleich — und zwar ohne Schwierigkeit — zu lösen. Dennoch liegt hier der Kern der Schwierigkeiten, die sich dem Reformwerk nun entgegenstellen: es ist möglich, den Widerstand gegen die Wahlreform, welche die Privilegien beseitigt und das allgemeine und gleiche Stimmrecht einführt, als „nationale Gegnerschaft" zu verkleiden und den Widerstand gegen die politische Reform als „nationale Sorge" auszugeben. Während aber politischer Egoismus wenig Kredit hat und sich daher gar nicht hervorwagt, schaut der nationale Egoismus ungemein ethisch aus und besitzt in einem Staate wie Oesterreich Ansehen und Kredit. „Die nationale Frage" in der Wahlreform ist also der Punkt, von dem aus die verkappten Reformfeinde das Werk aus den Angeln zu heben versuchen werden. Herr von Gautsch hat die Gefahr auch längst erkannt und suchte sie zu beschwören, indem er die Führer der drei großen Parteien und Nationen einlud, in sein Kabinett als Minister einzutreten und das Kompromiß unter ihren Schutz zu nehmen; der Plan ist aber — vornehmlich durch die Ränke der geheimen Wahlreformfeinde — mißglückt. Man muß sich nun auf das Gewicht der Reform selbst verlassen, auf den in der Vorlage unzweifelhaft verkörperten Ausgleich der nationalen Ansprüche, der so geartet ist, daß jede Nation von der Wahlreform auch national nur Vorteile haben wird.

Uebrigens hat die Regierung die Schwierigkeiten paralysiert, indem sie einfach die Zahl der Mandate erhöhte, wodurch sich die Möglichkeit bietet, daß die Deutschen das, was sie jetzt haben — ihren Besitzstand — behalten, und das Mehr, das die slavischen Nationalitäten erhalten müssen, aus dem Plus der Mandate bestritten wird. Allerdings hat die Clique der Wahlreformgegner sofort ein neues Schlagwort ausgeheckt: daß nicht allein der deutsche Besitzstand unantastbar sei, sondern daß auch das Verhältnis, in welchem jetzt die Zahl der deutschen Mandate zu der der nichtdeutschen steht, nicht verändert werden dürfe! Es ist das eine ebenso anmaßliche wie unerfüllbare Forderung, die aber gerade deshalb erhoben wird, *weil* sie unerfüllbar ist. Nach dem, was von der Vorlage verlautet, wird die Zahl der Abgeordneten von 425 auf 450 (oder 453) erhöht werden, von denen die Deutschen, die unter 26 Millionen der österreichischen Bevölkerung zehn Millionen zählen, nicht weniger als 205 nationaleinheitliche Wahlbezirke erhalten sollen: sicherlich eine Begünstigung, die jede Klage über Zurücksetzung der Deutschen ausschließt und sie als elende Heuchelei brandmarkt. Auch die Städte sollen begünstigt werden; so wird Wien nicht weniger als 28, Prag 8 Abgeordnete erhalten, und auch die kleinen Städte werden mit ähnlicher Freigebigkeit behandelt.

Gegenüber der heutigen „Ordnung", die eine Sammlung alles nur erdenklichen Wahlunsinns darstellt, wird die neue Kreiseinteilung ein eminenter Fortschritt sein, und so ist die Hoffnung nicht unberechtigt, daß die klug konzipierte Reform des Herrn von Gautsch die Nebel der Ränke verschwinden lassen wird. Wenn nicht, so muß der Kampf eben weitergehen. Möglich ist es schon, daß das schwerste Stück der Arbeit noch *vor* den österreichischen Arbeitern liegt. Aber *daß* es getan und *daß* die Reform siegreich bis ans Ende gebracht werden wird, das steht außer allem Zweifel.

Die Revolution in Rußland.

Die Ergebnisse der „Beruhigungsarbeit".

Auf welche Art und Weise die „Beruhigung" der Revolution im Reiche Väterchens geschieht, dafür bringt die eben sistierte Zeitung „Wetschernyi Golos" einige Zahlen, die sich übrigens nur auf den *ersten* Monat der Blutherrschaft Witte-Durnowos beziehen. Seitdem sind tausende und abertausende unschuldige Bürger hingemordet worden. Die Arretierten und Verstümmelten wollen wir nicht zählen, denn wir wissen jetzt aus dem Telegramme Durnowos an Kaulbars, daß die Parole der jetzigen Regierung: „*Töten nicht arretieren*" lautet. Merkwürdigerweise deckt sich dieselbe mit derjenigen der adeligen Henker deutscher Herkunft in den Ostseeprovinzen.

Nach dem „Wetsch. Golos" wurden in Rußland vom 12. Dezember bis zum 12. Januar 78 periodische Erscheinungen der Presse sistiert. Die Verbote erstreckten sich auf die Städte Petersburg, Moskau, Karschau, Lodz, Petrokow, Tiflis, Baku, Pjatigorsk, Odessa, Jelisawetgrad, Charkow, Poltawa, Kiew, Nowotscherkask, Perm, Riga und Libau. Arretiert wurden in dieser Zeit 58 Redakteure; 40 von diesen wurden nach kürzerer Haft nach Hinterlegung von Kaution wieder in Freiheit gesetzt. Wichtig ist, darauf hinzuweisen, daß die Kautionssummen die früher üblichen um das *Zehnfache* übertreffen. So hatten diese 40 Redakteure zusammen 386 500 Rubel (fast eine kleine innere Anleihe!) zu hinterlegen. Unter *Belagerungszustand* befinden sich 62 Reichsgebiete, der außergewöhnliche „verstärkte Schutz" wurde über 23 Gebiete verhängt, unter „verstärktem" Schutze befinden sich augenblicklich 18 Provinzen. Zu solchen Mitteln griff sogar ein Plehwe nicht.

In den „*bewaffneten Aufständen*" sind im ganzen im Laufe dieses einen Monats 1268 *Personen getötet* und 1624 verwundet worden. In diesen Zahlen sind *nicht eingerechnet* worden *die Opfer von Moskau* und — den Ostseeprovinzen, weil die Massenmorde im letzteren Gebiete erst im Laufe des Monats Januar ihren Höhegrad erreichten. Von der Zahl der Arretierten spricht das Blatt nicht weiter, sondern begnügt sich mit der Notiz: „Die Gefängnisse sind dermaßen überfüllt, wie noch nie zuvor." Auch diese Bemerkung beweist, daß wir uns in der Aera der Regierung des „Bruders Witte" befinden!

•

Verfolgung der Anhänger Tolstojs.

Wie zu den Zeiten des ermordeten Ministers v. Plehwe, so werden auch jetzt auf Veranlassung des russischen Ministers des Innern, Durnowo, die Anhänger Tolstojs (sogenannten Tolstowzy) mit besonderer Strenge verfolgt. Für die russische Provinzbehörde genügt ein Wink aus Petersburg, im weiteren Vorgehen aber brauchen die russischen Administrativbeamten keine Direktiven. So darf es auch nicht wundernehmen, daß gegen mehrere in Saratow wohnende Personen, die sich als Tolstowzy bekennen, und Tolstojs Schriften verbreiten, soeben Anklage wegen Aufreizung zum bewaffneten Aufstand erhoben ist. Die Saratower Behörde hat hier, wie das in Rußland oft geschieht, der Anklage zu Grunde gelegt, daß Tolstojs Schriften, zumal die der letzten Zeit, denen der Revolutionäre gleichzustellen sind. Da aber die Verbreitung der revolutionären Schriften gegenwärtig in Rußland mit besonderer Strenge geahndet wird, so trifft dasselbe auch die Tolstowzy.

•

Gegen den „inneren Feind".

Das russische Kriegsministerium hat soeben verfügt, daß die seinerzeit gegen die Japaner bestimmten erst kürzlich mit der Ausrüstung fertiggewordenen *drei Berggeschützbatterien* eiligst nach dem Kaukasus vom Kiewer Militärbezirk aus entsandt werden. Die erste Truppenabteilung verläßt Rjeschin bereits am Montag, den 19. Februar.

Zuwachs für unsere Partei.

Die russischen *Sozialrevolutionären* haben sich jetzt in drei Gruppen geteilt: die eine, *die größte*, schloß sich *den russischen Sozialdemokraten* an, die zweite Gruppe, der hervorragende Führer angehören, will ein neues Programm für die russischen Sozialrevolutionären ausarbeiten, während die dritte, die kleinste Gruppe, dem jetzigen Programm der russischen Sozialrevolutionären treu geblieben ist.

•

Hungerstreik des Redakteurs der Zeitung „Syn Otetschestwa".

Man schreibt der „Russ. Korr.": Der verhaftete Redakteur der oben genannten Petersburger Zeitung hat als Protest gegen das strenge Regime des Einzelzellengefängnisses den sogenannten Hungerstreik begonnen. Seit sieben Tagen, so teilt die „Birschewyja Wedomosti" mit, nimmt Herr Juritzyn nichts zu sich. Er ist bereit, eher zu sterben, als dem wilden Gefängnisregime sich zu unterwerfen. Seiner Frau, die ihn einige Male besucht hat, gelang es nicht, ihn von seinem Entschluß abzubringen.

•

Der Prozeß gegen die verhafteten Mitglieder des Arbeiterdeputiertenrates zu Petersburg wird anfangs April und zwar öffentlich stattfinden.

Ein Anschlag auf die Staatssparkasse.

In Petersburg drangen zwei mit Revolvern bewaffnete Männer, von denen einer eine schwarze Maske trug, in die balkanische Abteilung der Staatssparkasse. Der eine rief den Anwesenden zu, daß er sie verhafte, und feuerte drei Revolverschüsse ab, die den Aufseher niederstreckten. Der zweite Uebeltäter griff unterdessen den Kassierer an, doch verfehlten seine Schüsse das Ziel. Der Kassierer entriß ihm den Revolver und betäubte ihn durch einen Schlag. Einige Anwesende versuchten erschreckt über die Hintertreppe zu entkommen, stießen aber auf andere Bewaffnete, die nun in das Lokal einzudringen versuchten und auf das Publikum feuerten. Als sie Widerstand fanden, ergriffen sie die Flucht. Drei Personen wurden verwundet. Außer dem durch den Schlag des Kassierers betäubten Eindringling wurden noch vier verdächtige Personen verhaftet.

•

Die Bluthunde an der Arbeit.

Petersburg, 14. Februar. Die muselmännischen Einwohner der Ortschaft Terskoi haben sich geweigert, den Kavallerietruppen Fourage zu liefern. Infolgedessen gab der Kommandant der Abteilung Befehl zu schießen. **40 Einwohner wurden getötet.**

Riga, 14. Februar. Das hiesige Kriegsgericht verurteilte die Kleinbürger Ernst Steinburg und Wadse, den Reichsdeutschen Johann Johannson und den Letten Sengal **zum Tode durch den Strang.** Dieselben waren angeklagt, den Ueberfall auf den Polizeimeister ausgeführt zu haben.

Wilna, 14. Februar. Das Kriegsgericht hat den verhafteten Korotki, der das Bombenattentat auf den Polizeimeister Klimavicz ausgeführt hat, zum **Tode durch den Strang** verurteilt.

Wien, 14. Februar. Nach eingetroffenen Meldungen sollen am 6. d. M. in der Warschauer Zitadelle die Universitätsprofessoren Spolski, Adler, Czerno und Sambor **erschossen** worden sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Februar.

Her mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht!

Wie notwendig die Aufwerfung der Wahlrechtsfrage im Reichstage war, wird allein bestätigt durch die Lebhaftigkeit der Debatte über den sozialdemokratischen Antrag: das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die gesetzgebenden Körperschaften in den einzelnen Bundesstaaten Deutschlands einzuführen. Bebel rief heute die bürgerlichen Parteien auf den Plan, deren Anerkennung des Reichstagswahlrechts nur eine erzwungene ist; ihre innere Abneigung gegen dieses Wahlrecht verbergen sie, weil ein offenes Bekenntnis dieser Abneigung bei den nächsten Wahlen einer erklecklichen Anzahl von Wahlrechtsfeinden das Mandat kosten würde.

Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht schon deshalb zu achten, weil es auch für sie das Thermometer des Wachstums unserer Partei ist, fällt den bürgerlichen Parteien gar nicht ein; dieses Wahlrecht würde der Sozialdemokratie Mandate für die Landtage verbürgen — das allein ist schon Grund genug für unsere Gegner, es zu hassen. Nur aus Furcht vor dem stärkeren Eindringen sozialdemokratischer Abgeordneter in die Landtage verschanzen sie sich hinter verfassungsrechtliche Bedenken. Es ist lächerlich, höchst lächerlich, dieses Wahlrecht, das für die oberste Gesetzgebung des Reiches anerkannt wird, für die Landtage als nicht geeignet zu erklären!

Bebel geißelte unerbittlich die „staatsrechtlichen" Bedenken der Nationalliberalen und zog diesen Wahlrechtsfeinden die Larve von dem reaktionären Antlitz. Die Beweise des Wahlrechtsraubes in Sachsen — wo sie das Wahlrecht für den Landtag ebenso wie für eine Reihe Gemeinden verschlechterten — drücken den Nationalliberalen das Schandmal des Volksverrats auf. Dieses Schandmal wird auch nicht beseitigt durch eine phrasenhafte Kritik an den verrotteten mecklenburgischen Zuständen, wie sie Büsing übte; denn es ist sehr billig und ungefährlich, Kritik an dem am weitesten zurückgebliebenen deutschen Staate zu üben.

Tölpelhaft deutlich verriet der Antisemit Bruhn die Gefühle der bürgerlichen Parteien —: Sozialdemokraten in den Landtagen bedeuten eine Störung der bürgerlichen Mißwirtschaft! Der nackteste Egoismus treibt die bürgerlichen Parteien zu der unehrlichen und zweideutigen Haltung in der Wahlrechtsfrage. Daß diese Frage nie mehr von der Tagesordnung verschwindet, bis der Wahlrechtsraub in Sachsen, Hamburg usw. gesühnt und „das elendeste aller Wahlsysteme" für den preußischen Landtag beseitigt ist, dafür sorgen die Taten der durch die Dreiklassenwahl deklassierten Parlamente.

Bei der 2. Lesung des sozialdemokratischen Antrages am nächsten Schwerinstage wird noch mehr gearbeitet werden zur Herbeiführung einer reinlichen Scheidung zwischen den Verteidigern des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und seinen heimlichen Feinden, die aus Feigheit vor dem Volksunwillen sich maskieren. Auf die erste Lesung darf die Sozialdemokratie befriedigt zurückblicken.

Sozialpolitisches aus dem Dreiklassenparlament.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß jeder sozialpolitische Fortschritt im Reiche von den Schlotjunkern des preußischen Dreiklassenparlaments aufs heftigste bekämpft wird. Die Herren sind von einer unersättlichen Arbeitskraft: es genügt ihnen nicht, die preußische Gesetzgebung zum Stillstand zu bringen oder gar rückwärts zu revidieren, sie tun für ihre 15 M. Tagesdiäten noch ein Uebriges und suchen auch die sozialpolitische Gesetzgebung des Reiches lahm zu legen.

Man hat sich im Laufe der Zeit im Landtage an manches gewöhnen müssen. Aber eine sozialpolitisch so rückständige Rede, wie sie am Mittwoch bei der weiteren Beratung des Bergetats der nationalliberale Abgeordnete von Eynern zum besten gab, ist selbst in diesem Hause unerhört. Herr v. Eynern, ein rheinischer Großindustrieller, der in Berlin seine Zinsen verzehrt und in jungen Jahren einige Broschüren gegen die Sozialdemokratie geschrieben hat, hielt es an der Zeit, seinem bedrängten Herzen Luft zu machen und eine große Rede zu schwingen, die — wie er selbst meint, in weiten Kreisen der Arbeitgeber freudigen Widerhall finden wird. Auch wir glauben das. Denn auf die Arbeiterklasse wird seine Rede nicht ohne Eindruck bleiben; die Arbeiter finden darin ein schier unerschöpfliches Agitationsmaterial; das sie gegen den Redner und seine Freunde nach Kräften ausnutzen werden.

In seinem Sammelsurium gab Herr v. Eynern nämlich im Anschluß an die „Borussia"-Affäre und den letzten großen Bergarbeiterstreik eine Theorie über die Entstehung von Streiks zum besten, die wenigstens den einen Vorzug hat, daß sie in nationalökonomischen Lehrbüchern bisher noch nicht zu finden ist: Streiks entstehen durch Lappalien; es kommen sozialdemokratische Agitatoren aus Berlin an einen Ort, konstituieren sich als Streikkomitee und proklamieren den Streik, ohne daß die beteiligten Arbeiter etwas davon wissen. So ist auch der große Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier entstanden, der im Grunde genommen auf mangelnde Waschgelegenheiten und Aborte zurückzuführen ist. Nachdem Herr v. Eynern sodann gegen den „Sitten- und Moralprediger" Graf Posadowsky gewettert hatte, den er anscheinend für einen verkappten Sozialdemokraten hält, faselte er etwas über Heimarbeit und Heimarbeiter-Ausstellung, offenbarte eine neue Weisheit, wonach die Heimarbeiterfrage dadurch gelöst werden könne, daß die Preise für die Produkte der Heimindustrie verdoppelt werden und stimmte ein langes Klagelied über den armen Arbeitgeberstand an, der durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht fast vollständig von der Vertretung im Reichstage ausgeschlossen sei. Das sei das größte Unglück, das über Deutschland gekommen sei; denn nun hätten die Sozialdemokraten es in der Hand, den Reichstag nach ihrem Willen zu lenken. Der Schluß seiner Rede, die er — wir betonen das, um Irrtümern vorzubeugen — im nüchternen Zustande hielt, gipfelte in der Forderung, mit der sozialen Gesetzgebung langsam vorzugehen. Schon jetzt, meinte er, seien Besitzveräußerungen von Arbeitgebern infolge von Beunruhigungen und Schikanierungen seitens der Arbeiter keine Seltenheit. Die armen Arbeitgeber! Wir haben bisher mit dem Grafen Posadowsky geglaubt, daß Reichtum und Besitz etwas Angenehmes seien. Es scheint doch, daß der Vorwurf, Graf Posadowsky kenne das praktische Leben nicht, berechtigt ist; denn sonst würde er mit Herrn v. Eynern den Besitz für eine Plage halten.

Minister Delbrück nahm das Wort, aber nicht etwa, um sich energisch für soziale Reformen und für eine endliche Verwirklichung der Februarerlasse ins Zeug zu legen, sondern um sein Bedauern darüber auszudrücken, daß in der Oeffentlichkeit die Arbeitgeber als rückständige, reaktionäre Menschen hingestellt werden. Wohl gemerkt, diese Rede hielt der Minister nach dem Eynernschen Klagelied. Die Arbeitgeber tun nach Ansicht der neuen Exzellenz sehr viel für die Arbeiter, und zwar freiwillig! Nach echt preußischer Tradition will der Minister gern die Arbeitgeber zu Beratungen über sozialpolitische Maßnahmen hinzuziehen; davon, daß auch die Arbeiter gehört werden, sagte der Minister kein Wort. Ueberhaupt scheint er sich wenig um Arbeiterverhältnisse zu kümmern; sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß er jetzt erst im Anschluß an die Heimarbeiterausstellung verlangt, die Behörden sollten sich einmal über die Verhältnisse der Heimarbeiter informieren. Ist es dem Herrn Minister nicht bekannt, daß vor zwei Jahren ein großer Heimarbeiterkongreß in Berlin getagt hat? Allerdings glänzte die preußische Regierung durch Abwesenheit, während auf jenem Kongreß schreiende Mißstände auf dem Gebiete der Heimarbeit aufgedeckt wurden. Ist es dem Herrn Minister unbekannt, daß auf diesem Kongreß Anhänger der verschiedensten politischen Parteien im Verein mit Männern der Wissenschaft bestimmte Forderungen aufstellten, deren Erfüllung das Elend in der Heimindustrie erheblich vermindern würde? Ist es dem Herrn Minister unbekannt, daß schon seit vielen Jahrzehnten in zahlreichen Publikationen das Elend der Hausindustrie geschildert wird? Weiß der Herr Minister nichts von den Reichstagsdebatten, in denen immer und immer wieder die Notwendigkeit eines gesetzgeberischen Eingreifens gegen die Schäden der Heimarbeit betont wurde? Das ist doch das wenigste, was man von einem Minister für Sozialpolitik verlangen müßte.

Im übrigen sprach man in der Sitzung, die im Interesse einer baldigen Erledigung des Etats gegen 1/25 Uhr abgebrochen und auf den Abend vertagt wurde, viel über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter, wobei sich der Minister, der wiederholt in die Debatte eingriff, stets auf die Seite der Kohlenbarone stellte.

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß selbst ein Mann wie Möller sozialpolitisch weiter fortgeschritten war als Delbrück. Von Berlepsch, der zur Durchführung der Februar-Erlasse berufen war, auf Brefeld und Möller, von Möller auf Delbrück — das kennzeichnet die Sozialpolitik in Preußen. Die Aera sozialer Reformen ist in Preußen vorläufig abgeschlossen, sie wird erst dann wieder beginnen, wenn es der Sozialdemokratie gelungen sein wird, in das Dreiklassenparlament ihren Einzug zu halten. —

Antirevolutionäres Ballfest.

Die Creme der adeligen Gesellschaft bringt dieselbe Methode, nach der sie die Schäden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung „lindert", auch gegenüber den „Opfern der russischen Revolution" zur Anwendung. Durch Veranstaltung von Wohltätigkeitstees und Wohltätigkeitsbällen sucht sie in selbstloser Aufopferung Fonds zu schaffen zur Milderung der Not in den baltischen Provinzen — nur erblickt sie, wie von ihrem Standpunkte durchaus begreiflich ist, die Opfer der Revolutionen nicht in den von den Henkersknechten des Zaren niedergemetzelten unteren Volksschichten, nicht in den Witwen und Kindern der Märtyrer, die ihr Leben im Kampf gegen die Unterdrückung des Zarismus hingaben, sondern in dem baltischen Adel, der seit jeher an Herrschsucht, Anmaßung und Mißachtung der arbeitenden Klasse das Junkertum Ost- und Westpreußens noch um mehrere Grade übertroffen hat.

Diesen „notleidenden Deutschen" aus den baltischen Provinzen des Lebens Bürde zu erleichtern, hatte ein Ehrenkomitee, dem unter anderem die Herzogin von Trachenberg, die Fürstinnen von Donnersmarck und von Fürstenberg, Lady Edward Cavendish, Madame de Ruata-y Sichar die Gräfin zu Stolberg-Wernigerode, der Generalintendant v. Hülsen, Graf Görtz-Schlitz, Prinz Franz Arenberg, Vize-Oberzeremonienmeister von dem Knesebeck, Prinz Max zu Hohenlohe-Oehringen angehörten, vorgestern abend im Kaiserhof ein glänzendes antirevolutionäres Wohltätigkeits-Ballfest arrangiert, auf dem sich die **Spitzen der Aristokratie und der Hochfinanz eingefunden hatten.** Gegen entsprechende Preise konnte man dort im Dienste der Wohltätigkeit gut essen und trinken, von Gräfinnen und Freifrauen Zigaretten, Sekt und Blumensträuße kaufen und Prinzessinnen Gavotten tanzen sehen. Leider scheint man verabsäumt zu haben, den hohenzollerischen Hausdichter Herrn Ernst v. Wildenbruch zu der Veranstaltung zu bitten, um der illustren Gesellschaft einige seiner neuesten Reimereien auf die baltischen Adels- und Herrenmenschen vorzutragen, z. B.:

Und es kam herauf aus dem Schoße der Zeit
Eines finsteren Tages finsterste Stunde;
Aus den Tiefen der Menschheit kam ein Geheul:
„Richtet den Adelsmenschen zugrunde!"

Er ist der Sonne näher als wir,
Mit dem Himmel spricht er und mit den Sternen;
Von der Himmelswarte reißt ihn herab!
Laßt das Gespräch ihn mit Göttern verlernen! . . .

Und sie griffen zur Stange, sie schliffen das Beil,
Sie suchten den Deutschen, wo sie ihn fänden,
Zu brechen sein Haus, zu erwürgen sein Gut,
Seine Kinder zu töten, sein Weib zu schänden.

Da wurde das Land, das des Deutschen Hand
Zum Garten erschuf, eine Wüste voll Grausen,
Da wurde die Stadt, wo die Sitte gewohnt,
Eine Stätte, wo brüllende Rotten hausen.

Es mußten deshalb die Anwesenden auf diesen höchsten der künstlerischen Genüsse verzichten, wofür sie sich jedoch durch Champagner zu entschädigen wußten. —

• • •

Deutsches Reich.

Aufgehobene Beschlagnahme.

Vor einigen Monaten erschien im Verlage der Librairie Nilsson in Paris unter dem Titel „Lui, devant l'objectif caricaturel" („Er", vor dem Objektiv der Karikatur) ein Buch, das eine interessante Sammlung von mehr oder weniger gelungenen Karikaturen des deutschen Kaisers aus den verschiedenartigsten Witzblättern bietet. Die von dem Verlag nach Deutschland gesandten Exemplare sind meist von den Zollabfertigungsstellen angehalten und gerichtlich beschlagnahmt worden; sie sollen aber jetzt, wie der nachstehende von unserem Kasseler Parteiorgan, dem „Volksblatt", mitgeteilter Erlaß des preußischen Finanzministers an die Provinzialsteuer-Direktoren zeigt, freigegeben werden:

Der Finanzminister
S.-J. No. 1373 — Berlin, den 4. Dezember 1905.
Geheim.

Seiner Majestät dem Kaiser und König ist nach einer Mitteilung des Herrn Justizministers über ein kürzlich erschienenes, die Allerhöchste Person Seiner Majestät betreffendes Werk des französischen Karikaturensammlers Grand Cartaret: „Lui" devant l'objectif caricaturel (Paris, Librairie Nilsson) Vortrag gehalten worden. Auf Allerhöchsten Befehl soll von einer Strafverfolgung wegen des Inhalts dieses Werkes sowie von seiner Beschlagnahme Abstand genommen werden.

Euer Hochwohlgeboren ersuche ich, die Amtsstellen des dortigen Verwaltungsbezirks alsbald vertraulich zu verständigen, daß sie sich, wenn Exemplare des bezeichneten Werkes zur Einfuhr gelangen sollten, der Herbeiführung der gerichtlichen Beschlagnahme und eines sonstigen Einschreitens zu enthalten haben. Die Beamten der Staatsanwaltschaft sind vom Herrn Justizminister veranlaßt worden, eine etwa vorher verfügte vorläufige gerichtliche Beschlagnahme aufzuheben.

Gez. Freiherr v. Rheinbaben.

Der Kaiser zeigt sich demnach weniger empfindlich als die Minister, die sich trotz ihrer angeblichen „Rhinozeroshäute" vielfach über Karikaturen im Reichstag beschwert haben.

Gegen Posadowsky.

Die konservative Presse betreibt, wie wir bereits mehrfach registrierten, seit einigen Wochen eine halbversteckte Hetze gegen den Grafen Posadowsky. Mit offenem Visier gegen ihn vorzugehen, hält sie allerdings zurzeit noch nicht für angebracht; aber bald erscheinen in diesem, bald in jenem agrarkonservativen Blatt kleine Anrempelungen des „philosophischen Staatsmannes". Das eine Mal wird zu beweisen gesucht, daß er mit dem Reichskanzler in der Auffassung irgend welcher innerpolitischen Fragen nicht übereinstimmt, dann, daß er die Bedürfnisse des Mittelstandes nicht versteht, daß er gegenüber der Sozialdemokratie nicht den richtigen Ton zu finden vermag usw. Allem Anschein nach sind diese Manöver dazu bestimmt, auf eine bestimmte, sogenannte allerhöchste Stelle einzuwirken und Posadowskys Rücktritt zu veranlassen. Selbst die nationalliberale Presse vermag sich dieser Folgerung nicht zu entziehen. So schreibt die „Magdeb. Ztg.":

„Man hält den Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsgewerbeminister für das Haupthindernis einer entschlossenen Gewaltpolitik gegen die Sozialdemokratie. Das Mißtrauen, das man in dieser Beziehung dem Reichskanzler zu jener Zeit entgegenbrachte, wo das Wort von dem notwendig „starken Mann" gesprochen wurde, hat sich ein wenig gemildert, oder es wird unterdrückt, weil man die angenehme agrarische Temperatur, die zurzeit in der Gesamtpolitik hergestellt ist, nicht der Gefahr einer Abkühlung aussetzen möchte. Aber man möchte den ersehnten starken Mann wenigstens neben dem Reichskanzler sehen, mit genügendem Einflusse, um den Kurs der staatserhaltenden Politik im konservativen Sinne zu leiten." —

Konservative Opposition. Die konservative Reichstagsfraktion will, wie die „Post" ankündigt, für die Reichserbschaftssteuer nur in dem Umfange der Regierungsvorlage stimmen. Eine Ausdehnung der Steuer auf Ehegatten und Kinder wollen die Herren Agrarier in jedem Falle ablehnen.

An der Richtigkeit der Meldung ist kaum zu zweifeln, denn solches Verhalten entspräche nur den bekannten vaterländischen Traditionen der Junker. Trotzdem wird aber voraussichtlich die Erbschaftssteuer im Reichstage in erweiterter Form zur Annahme gelangen. —

Die 39 Revolver.

Herr Stöcker weiß, daß vor dem 21. Januar bei einem Waffenhändler 39 Revolver gekauft worden sind. Er war liebenswürdig genug, diese erheiternde Tatsache auch dem Reichstage nicht vorzuenthalten. Leider vergaß er mitzuteilen, wer die Revolverkäufer waren. Da die Sache nun doch einmal ans Tageslicht gekommen ist, müssen wir notgedrungen mit der vollen Wahrheit herausrücken: Ja! Es sind vor dem 21. Januar Revolver gekauft worden! Man ist auch mit solchen bewaffnet Unter die Linden gezogen! Wir sind sogar in der Lage, Namen zu nennen und es ist Herrn Stöcker ein leichtes, sich in seiner allernächsten Umgebung nach der Richtigkeit unserer Mitteilungen zu erkundigen. Einer seiner Intimen, Herr Dr. Erich Kammer, Bayreutherstr. 13 im Gartenhaus wohnhaft und Redakteur an der „Staatsbürger-Ztg.", zog am 21. Januar mit sechs seiner Genossen nach den Linden,

alle wohlbewaffnet mit — Revolvern und Gummischläuchen! Rechnet man dazu die Kronsbein-Garde der „Post“, so mögen 39 Revolver herauskommen, die vor dem 21. Januar gekauft wurden. — „Glauben Sie denn,“ sagte Herr Stöcker, „daß die gekauft sind, um Fliegen zu schießen?“ Nein, sie sollten auf die „Roten“ losgehen! —

An den Meistbietenden.

Die bankerotte „Staatsbürger-Zeitung“ ist nicht in den Besitz der „Post“, sondern in den des „Reich“ übergegangen, weil dieser Verlag für die alte Scharteke ein paar Groschen mehr bot. —

Die Berliner Handelskammer nimmt ebenfalls gegen die Stengelschen Reichsstempelsteuer-Vorlagen Stellung. Sie hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der es heißt:

„Jede Störung dieser Entwickelung (der Erwerbsverhältnisse) durch eine Belastung des Verkehrs mit materiellen Abgaben einerseits, mit Erschwernissen des sich frei abwickelnden Güter- und besonders Geldumsatzes andererseits bedingt einen wirtschaftlichen Rückschritt und betrifft besonders diejenigen Kreise der erwerbtätigen Bevölkerung, welche den inländischen Güterumsatz im einzelnen, den Geschäftsverkehr von Hand zu Hand zum Gegenstande ihrer Berufstätigkeit gemacht haben. Daß diese Geschäftskreise gerade vorwiegend den Mittelstand darstellen, ist eine bekannte Tatsache.“

Die Eingabe sucht dann weiterhin zu beweisen, daß die Paket- und Quittungssteuer progressiv nach unten wirkt. Ferner zeige sich bei einem Vergleich der verschiedenen der gleichen Gewerbesteuerklasse angehörenden Betriebe eine enorme Verschiedenheit der Belastung, je nachdem der Umsatz in einzelnen größeren Posten an eine verhältnismäßig kleine Zahl von Kunden unter weniger starker Benutzung der Transportmittel oder in vielen kleinen Posten an eine große Zahl von Abnehmern erfolgt.

Leipziger Handelskammer. In die Notiz „Die Handelskammern und die Reichsfinanzreform“ der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ hat sich ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Es muß dort im Abdruck der Handelskammer-Resolution heißen:

„Sie hält in Uebereinstimmung mit der Reichssteuervorlage Bier und Tabak einschließlich Zigaretten, für geeignete Steuerobjekte. Mit Rücksicht auf den angestrebten Erfolg der Steuer kann sie nur eine Art der Besteuerung empfehlen, die die Gefahr eines wesentlichen Rückganges des Bier- und Tabakverbrauchs sowie eine unbillige Schädigung aller mit der Herstellung und dem Vertrieb der betroffenen Verbrauchsgegenstände befaßten Industrie- und Handelszweige ausschließt und die Abwälzung auf die Konsumenten ermöglicht.“ —

„Geistige Arbeeter.“

Als „geistiger Arbeiter“ stellte sich bekanntlich im Wahljahre 1903 ein Herr v. Schirp, der als Manager des Professors Dr. v. Wenckstern die konservativen Wahlarbeiten im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreise leitete, unseren Genossen in öffentlicher Versammlung vor. Der Herr ist königlich preußischer Lotteriekollekteur und seine „geistige Arbeet“ besteht im Vertriebe von preußischen Klassenlosen. Der Posten ist zweifellos finanziell weit einträglicher als geistig anstrengend, weshalb auch das „Deutsche Offizierblatt“ in seiner letzten Nummer eine Mehrbeteiligung von verabschiedeten Offizieren an den Lotteriekollekteurstellungen für erforderlich erachtet. Und die „Neue Pol. Korresp.“ beeilt sich sofort zu versichern, daß, sobald das durch den Anschluß verschiedener Bundesstaaten an die preußische Klassenlotterie zurzeit bestehende Uebergangsverhältnis — das die zeitliche Bevorzugung gewiegter Kaufleute bedinge — überwunden sei, sofort eine Mehrberücksichtigung verabschiedeter Offiziere bei Besetzung der in Betracht kommenden Stellen vom Finanzminister in Erwägung gezogen werden würde. Wenn also die eigentliche geistige Arbeit getan ist, dürfen sich die Herren pensionierten Offiziere in das gemachte Bett legen!

Als „geistiger Arbeiter“ stellte sich in der Reichstagssitzung am Montag auch der nationalliberale Abgeordnete Dr. Beumer, Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller vor, der von einem „sechzehnstündigen Arbeitstag“ sprach, den er jetzt noch manchmal habe. Gegenüber einer solchen eminenten Leistung will freilich die neun- oder zehnstündige Schicht in einem Bergwerke oder einer Zinkhütte herzlich wenig bedeuten. Haben wir doch beim Pommernbank-Prozeß vor einigen Jahren erfahren, wie außerordentlich anstrengend die Tätigkeit mancher Bank- und Werkdirektoren, Aufsichtsräte und ähnlicher geistiger Arbeiter ist. Aus den „sekreten Ausgaben“ der Pommernbank wurde bekanntlich nachgewiesen, daß für ein bescheidenes Revisionsfrühstück die zwei Direktoren und fünf Aufsichtsräte der Bank die Summe von 162 M., pro Kopf also 23 M. ausgegeben hatten: eine Ausgabe, die sicherlich auf eine dauerhafte und angestrengte Sitzung schließen läßt, umsomehr, als noch nebenbei 403 M. verbraucht wurden. —

Gut genug dazu?

Bekanntlich wird an der kaiserlichen Yacht „Hohenzollern“ fortwährend herumgebastelt, ohne daß die in den Bau hineingesteckten Millionen aus diesem Zwitterding zwischen Kriegsschiff und Vergnügungsfahrzeug etwas Befriedigendes schaffen konnten. Jetzt scheint man einen Ausweg gefunden zu haben. Während kürzlich die Meldung durch die Presse lief, daß der Plan betreffend Erbauung resp. Einführung von Lazarettschiffen im Kriege seitens der Marineverwaltung aufgegeben sei, was mit Rücksicht auf die mit solchen Schiffen im russisch-japanischen Kriege gemachten Erfahrungen sehr unwahrscheinlich war, so ist es doch sicher, daß in den nächsten Jahren für den Dienst in der deutschen Marine im Kriegsfall ein solches Schiff gefordert werden wird. Bereits sind Projekte hierfür aufgestellt worden, doch ist man darüber noch nicht hinausgekommen. Da ein Lazarettschiff groß, geräumig und schnell sein muß, so weisen die Kieler „N. N.“ darauf hin, daß sich die Kaiseryacht „Hohenzollern“, entsprechend umgebaut, vorzüglich für diesen Zweck eignen würde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein derartiges Projekt erwogen wird. Ehe aber eine solche mit dem Neubau einer Kaiseryacht zu verbindende Forderung an den Reichstag herantritt, dürften immerhin noch einige Jahre vergehen. — Da die „Hohenzollern“ wegen ihres kleinen Aktionsradius (sie kann noch nicht einmal die Fahrt von Europa nach Amerika unter eigenem Dampf machen) auch für den Zweck eines Lazarettschiffes unbrauchbar ist, wäre der vorgeschlagene Ausweg nichts anderes als ein Vorwand, zu einer neuen Kaiseryacht zu gelangen. —

Gerichtliche Schwarzkunst.

Am Tage, nachdem Gen. Löbe-Breslau die Wohlauer Staatspension auf ein langes Jahr bezogen hatte, sandte die Breslauer Staatsanwaltschaft mit anerkennenswerter Gewissenhaftigkeit jene 800 Exemplare der „Volkswacht“ vom 5. Dezember 1905 mit dem zur Berühmtheit gelangten Aufruf an die preußischen Proletarier wieder zurück, die konfisziert worden waren. Aber in welchem schönen und verbesserten Zustande gelangte das Blatt zurück? Wo einstens der gefährliche Artikel stand, ist jetzt ein mächtiger schwarzer Fleck; kein Wort, nicht ein Buchstabe ist mehr zu lesen. So gründlich wurde das Vaterland durch Kienruß gerettet.

Neue Anschläge der sächsischen Wahlrechtsfeinde. Während das werktätige Volk Sachsens mit Einsetzung aller Kräfte für ein besseres Landtagswahlrecht kämpft, tragen sich die Reaktionäre in der Ersten Kammer mit dunklen wahlrechtsfeindlichen Plänen, die auf eine Verkürzung des Gemeindewahlrechts hinauslaufen. In der gestrigen Plenarsitzung der sächsischen Pairskammer wurde über eine Petition des sozialdemokratischen Vereins von Zittau für Erleichterung der Bürgerrechtserwerbung [illegible] Beseitigung einiger Hindernisse für die Ausübung des Wahlrechts verhandelt. Vor allem sollte das Minderrechtsalter für die Bürgerrechtserwerbung von 25 auf 21 Jahre herabgesetzt werden und der [illegible] Ausübung des Wahlrechts und Bürgerrechtserwerbung in der Gemeindeordnung vorgesehene Zensus von 3 Mk. wegfallen. Der Berichterstatter der Deputation, Oberbürgermeister Schmidt aus Plauen, betonte, es enthalte zwar der jetzige Zustand einige Unbilligkeiten, die Deputation habe sich aber nicht entschließen können, die Wünsche der Petenten zu befürworten. Die Ansicht der Deputationsmehrheit hätte sich vielmehr in entgegengesetzter Richtung als die der Petenten bewegt. Vor allen Dingen denke man nicht an eine Herabsetzung des Wahlrechtsalters. Diese halbwegs objektiv gehaltene Berichterstattung paßte dem Dresdener Oberbürgermeister Beutler nicht. Er erklärte mit lauter Stimme, nachdem sich der Kammerherr v. Schönburg schon in ähnlicher Weise geäußert habe, nicht eine Herabsetzung des Wahlrechtsalters, sondern eine Hinaufsetzung müsse man ins Auge fassen. Er halte eine baldige Aenderung der Städteordnung für erforderlich. Gegenwärtig bestehe sowohl in großen Städten wie in Landgemeinden die Gefahr einer Herrschaft der Masse. Um diese Gefahr abzuwenden, werde die Regierung nicht umhin können, das **Gemeindewahlrecht auf eine andere Basis zu stellen.** Diese Erklärung wurde von dem lebhaften Beifall der Erstklassigen begleitet. Weitere Folgen hatte der Vorfall zunächst nicht, das sächsische Volk aber sieht, daß man, nicht zufrieden mit der bisherigen der Wahlrechtsräubereien, weiter darauf sinnt, seine Rechte zu verkürzen. Ganz ungewollt hat der Dresdener Oberbürgermeister etwas von gewissen Plänen ausgeplaudert. Für die Arbeiterschaft muß die Erklärung eine Warnung, ein neuer Kampfesruf zu neuem Ringen um das Wahlrecht sein. — Die Petition ließ man natürlich auf sich beruhen. —

Eine vorsichtige Regierung scheint die des Goetheländchens zu sein. Im Landtag wurde von sozialdemokratischer Seite die Regierung befragt, ob bezüglich der Verweigerung bei Gesuchen um Naturalisation von Ausländern die bisherige Staatsangehörigkeit maßgebend sei und ob generelle Bestimmungen darüber erlassen seien. Die große Anzahl der Naturalisationsverweigerungen ohne jede Angabe des Grundes sei die Veranlassung zu dieser Interpellation.

Die Regierung beantwortete diese Anfrage dahin, daß über jeden einzelnen Gesuchsteller eingehende Erkundigungen eingezogen würden, das liege nicht nur im öffentlichen Interesse des Großherzogtums, sondern aller Bundesstaaten. Es sei dies notwendig, um in der Ausweisung lästiger Ausländer nicht gehindert zu sein. Generelle Bestimmungen seien nicht erlassen, sondern es werde von Fall zu Fall entschieden. — Die weimarische Regierung ist sehr vorsichtig, das muß man sagen. Sie entscheidet von „Fall zu Fall“, und wer politisch oder auch religiös anrüchig ist, der muß auf die Ehre, Staatsbürger des Goetheländchens zu werden, verzichten. Gründe bei der Abweisung brauchen zwar nicht angegeben zu werden, trotzdem ist schon mehrfach Juden ihr Glaube als Ablehnungsgrund mitgeteilt worden. —

Aus Südwest-Afrika.

Nach amtlicher Meldung haben Teile der Ersatzkompagnie Ia unter Oberleutnant Barlach am 5. Februar bei Huams, 80 Kilometer westlich Gibeon, eine 20 Köpfe starke Werft, Hereros und Hottentotten, die sich von Cornelius getrennt hatte, auf. Die Gefangenen sagten aus, daß der Hererokapitän Andreas, der im Frühjahr und Sommer 1905 die Komas-Berge und das Bastardland unsicher gemacht hatte, im Tirasgebirge gefallen wäre. Cornelius soll nach Kundschafternachrichten im Schwarzrand südlich Huams sitzen. Hauptmann Volkmann geht mit 4. und 5. Komp. Rgts. 2 von Kunjas, Hauptmann Buchholz mit Teilen der Ers.-Komp. 1a, der 2. Ers.-Komp. und 4 Etappenkomp. von Grootfontein gegen Cornelius vor.

Im Südbezirke wurde am 7. Februar eine Patrouille bei Eendoorn, 30 Kilometer südöstlich Warmbad, von Hottentotten umzingelt, wobei Leutnant Bender, früher 2. Kol.-Abt., 5 Reiter und 1 Bur fielen. Dieser Offizier und seine Mannschaften hatten sich mehrfach besonders durch kühne Aufklärungsritte ausgezeichnet.

Am 9. Februar stellte eine Patrouille unter Leutnant Cleve stärkere feindliche Kräfte bei Arus fest.

Das Hauptquartier marschierte mit der 2. Kompagnie Rgts. 2 am 12. Februar von Keetmanshoop nach Kalkfontein (Süd) ab, während die 3. Kompagnie Rgts. 2 von dort nach Warmbad rückte.

Der Ergänzungstransport Z 4 (rund 600 Köpfe) ab Hamburg 18. 1. 06, ist am 11. Februar in Lüderitzbucht eingetroffen. —

Neue Opfer.

Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Reiter Ernst Seiter, geb. am 2. 11. 83 zu Heidenheim, früher im königlich württembergischen Dragonerregiment Nr. 26, am 6. Februar im Patrouillengefecht bei Kamkas südlich Kleinpenz, gefallen, Kopfschuß. Reiter Leo Kaluza, geb. am 15. 11. 82 zu Cosel, früher im Infanterieregiment Nr. 51, am 6. Februar 1906 an Bord „Erna Woermann“ an Gehirnhautentzündung gestorben.

Ausland.

Frankreich.

Der reaktionäre Block.

Paris, 12. Februar. (Eig. Ber.) Was man trotz aller Verfallssymptome bei der bürgerlichen Demokratie doch für unwahrscheinlich gehalten hatte, ist bei der Stichwahl in Limoges eingetroffen. Die „radikalsozialistische“ Wählerschaft ist zu den Reaktionären übergegangen! Die progressistische Liste wurde mit 7840 Stimmen gegen 7555 sozialistische gewählt. Die Gemeinde ist also, mitten in der klerikalen Revolte, von den „antiklerikalen“ Bürgern den Pfaffenfreunden ausgeliefert worden. Die Demokratie hat, vor die Wahl: „Sozialisten oder Reaktionäre“ gestellt, sich für diese — als das kleinere Uebel — entschieden, und dies der offiziellen Parteiparole zum Trotz sowie ungeachtet des Verzichts, den die radikalen Kandidaten zugunsten der sozialistischen erklärt hatten. Und nicht einzelne politisch unzuverlässige Gruppen haben diese Entscheidung herbeigeführt. Die Ziffern beweisen, daß es sich diesmal um einen reinen Kampf der Klassen gehandelt hat. Im ersten Wahlgang haben die Radikalsozialisten 2810 Stimmen aufgebracht. In der Stichwahl erhielten die Sozialisten 1448 Stimmen mehr als im ersten Wahlgang, die Progressisten dagegen 2055. Die Reserve von 693 Wählern, die aufgebracht wurde, kam — wie der „Temps“ feststellt — den Sozialisten zugute, d. h. die Progressisten haben fast die ganze radikalsozialistische Bourgeoisie an sich gezogen, auch die kommunale und die staatliche Beamtenschaft. Bei dem notorischen Einfluß, den die Präfekten auf das Wahlergebnis ausüben, kann man sagen, daß die offiziell noch immer linksrepublikanische Regierung dem angeblichen „klerikalen Feinde“ zum Siege verholfen hat. — Für die Sozialisten bedeutet die Wahl eine Lehre, die wohl wertvoller ist als die Herrschaft über eine Gemeindeverwaltung. Die republikanische Bürgerschaft hat hier unzweideutig bewiesen, daß ihr die bourgeoisen Klasseninteressen mehr am Herzen liegen als die idealen Interessen der Demokratie.

Der „Temps“ nennt das Wahlergebnis eine „Lehre politischer Moral“. Die Sozialdemokratie kann dies Urteil nur bestätigen. Die Arbeiterschaft ist nun darauf vorbereitet, wie die „republikanische Solidarität“ aussehen wird, die sie bei den Kammerwahlen von der radikalen Bourgeoisie zu erwarten hat, und sie wird ihre Taktik danach einrichten.

Gestern fand auch in Toulouse eine allgemeine Neuwahl für die zurückgetretene Gemeindevertretung statt. Es standen fünf Listen einander gegenüber: eine sozialistische und vier radikale und radikalsozialistische. Es wurden im ganzen 23 000 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Sozialisten 8000, die Liste der ehemaligen Majorität 5000. Der Ausgang ist ein Triumph für unsere Genossen. —

Italien.

Das Rundschreiben Sonninos gegen die willkürliche Beschlagnahme der Telegramme, die sich in letzter Zeit zu einer Art systematischen Diebstahls zum Schaden der Presse ausgestaltet hatte, hat folgenden Wortlaut:

„Ich erinnere Ew. Hochwohlgeboren daran, daß kein an die Presse oder an Privatleute gerichtetes Telegramm aufgehalten werden darf, es sei denn in den von der internationalen Petersburger Konvention vorgesehenen Ausnahmefällen, wenn nämlich die Telegramme die Sicherheit des Staates gefährden oder den Gesetzen und der Sittlichkeit zuwider sind.“

Wir fürchten nur, daß mit der Zeit der gute Sonnino — wie sein Vorgänger — durch wahrheitsgetreue, aber der Regierung nicht schmeichelhafte Berichte, die „Sicherheit des Staates“ gefährdet sehen wird. —

Belgien.

Wahlvorbereitungen.

Unsere belgischen Genossen beginnen bereits, die Vorbereitungen für die im Mai anberaumten Wahlen zu treffen. Die Föderation von Brüssel hat die Aufstellung der Kandidaten für die Hauptstadt und deren Umgebung beendet; aufgestellt sind 21 Kandidaten und 4 Ersatzmänner. Auch in der Provinz beginnt die Wahlbewegung; für die nächsten Sonntage sind zahlreiche Wahlversammlungen im ganzen Lande anberaumt.

England.

Die Parteien.

Sir Charles Dilke bezeichnete gestern (Mittwoch) in einer Versammlung der neuen regierungsfreundlichen Parlamentsgruppe, die die sogenannten liberalen Arbeiterparteiler umfaßt, als Aufgabe dieser Gruppe: die Förderung der Gesetzgebung in einer radikaleren Richtung, als sie das allgemeine liberale Programm verfolge. Es wurde beschlossen, die 47 Mitglieder der Regierungsmehrheit, von denen man annimmt, daß sie sich der Gruppe anschließen werden, zu der nächsten Versammlung einzuladen.

Die irischen Abgeordneten im Unterhause stimmten in einer Zusammenkunft einem Antrag zu, worin erklärt wird: die irische Partei könne mit keiner englischen Partei oder Regierung ein Bündnis eingehen oder sie unterstützen, die nicht die Frage der nationalen Selbstregierung für Irland zu einem Kardinalpunkt ihres Programms mache.

Da nach den bisherigen Aeußerungen der liberalen Führer kaum daran zu denken ist, daß die liberale Regierung Irland Selbstregierung bewilligen will, muß man damit rechnen, daß die Iren sich angelegen sein lassen werden, dem Ministerium Campbell-Bannerman Schwierigkeiten zu bereiten.

Keir Hardie endlich, zum Führer der Arbeiterpartei designiert, hielt am Dienstag in London eine Rede, in der er erklärte, die Arbeiterpartei sei nicht dazu da, um das Gleichgewicht zwischen anderen Parteien herzustellen, sondern um zu kämpfen, bis sie das Ziel, das sie erreichen müßte, wirklich erreicht hätte, nämlich einen bestimmenden Einfluß nicht nur auf die Geschicke Englands, sondern des ganzen Reiches auszuüben.

Amerika.

Schwere Probleme werden den Staatsmännern in Washington gegenwärtig durch zwei schwebende Verträge aufgegeben, für die keine feste Unterlage gefunden werden kann. Neben dem Handelsvertrag mit Deutschland harrt der Vertrag mit China, wegen des Einwanderungsverbots seines Abschlusses. Die stille Aufhebung des Einwanderungsverbots für die Vereinigten Staaten wagen die Chinesen nicht zu fordern. Daß aber das Verbot gemildert werde, das ist ihnen schon versprochen worden, und eine weniger strenge Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen ist auch zum Teil bereits eingetreten. Reisenden, Kaufleuten und Studenten ist der Eintritt oder die Landung nicht verwehrt, wenn sie sich genügend ausweisen. Was die Chinesen aber entschieden verlangen, das ist die Freiheit der Einwanderung nach den Philippinen und den Sandwichs-Inseln. Ehe die Amerikaner diese Inselgruppen in Besitz nahmen, hinderte niemand die Chinesen an der Einwanderung, die dann später unter den Amerikanern sofort verboten wurde.

Dem Verlangen Chinas steht man in Washington durchaus ablehnend gegenüber. Man fürchtet, daß die Chinesen in ungeheuren Massen kommen würden, weil ihnen unter der amerikanischen Herrschaft mehr Arbeitsgelegenheit geboten ist. Die hereinbrechende gelbe Flut würde aber die Amerikanisierung der Inselgruppen sehr erschweren. Durch eine Konzession an China in der Einwanderungsfrage macht sich die herrschende Partei die gesamte organisierte Arbeiterschaft zum Feinde, und darauf muß man ebenfalls Rücksicht nehmen; denn darüber ist die Arbeiterschaft einer Meinung: daß ein strenges Einwanderungsverbot unter den obwaltenden Umständen der einzige Schutzwall gegen die gelbe Flut ist, die eine verheerende Wirkung auf den Arbeitsmarkt ausüben müßte. — Die chinesische Regierung ist in der letzten Zeit viel steifnackiger geworden, und so sind die Chancen für ein Uebereinkommen in der Einwanderungsfrage sehr geringe. —

Soziales.

Posadowsky in der Heimarbeit-Ausstellung.

Der Anschauungsunterricht über das Elend der Heimarbeit, dem die Deutsche Heimarbeit-Ausstellung jedem bietet, der sehen will und lernen mag, findet immer mehr Teilnehmer. Nachdem er vor vierzehn Tagen der Gemahlin des Kaisers so gut bekommen ist, hat ihn jetzt auch Graf Posadowsky probiert.

Am Mittwoch hat der Herr Staatssekretär, begleitet von mehreren seiner Räte und von seinem Fräulein Tochter, der Ausstellung einen Besuch abgestattet und volle zwei Stunden in den Ausstellungsräumen verweilt. Als er seinen Rundgang begann, zeigte er die kühle Ruhe eines Mannes, der Bescheid weiß und sich nicht zu wundern braucht. Aber schon bei der vom Gewerkverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands ausgestellten Kollektion, mit der er den Anfang machte, wurde seine Wißbegier rege. Als die erklärende Vertreterin darauf hinwies, daß für dieselbe Arbeit an der einen Stelle 27 Pf., an der anderen aber nur 11 Pf. pro Stunde verdient werden, warf der Herr Staatssekretär ein: „Wie kommt das?!“ „Ja, das hängt vom Unternehmer ab“, lautete die Antwort. Diese Antwort zielte ab auf die Idee der Festsetzung von Mindeststücklöhnen, die neben der Registrierung aller Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen manchem schon als wirksames Mittel zur Linderung des Heimarbeitelends gilt.

Zu derselben Kollektion gehört ein Damenmantel, der der Arbeiterin für zwölfstündige Arbeit 2 Mark bringt, während der Zwischenmeister 7 Mark vom Fabrikanten bekommt. Hier fragte der Herr Staatssekretär nach dem Preise des ganzen Mantels. „Nun, so etwa 100 Mark“, antwortete man ihm. Er wandte sich stumm ab und schritt weiter. Die Frage nach dem Preise, den der Käufer für die fertige Ware zahlen muß, wiederholte sich noch mehrfach. Graf Posadowsky bezeichnete es als einen Mangel, daß auf der ganzen Ausstellung fast nirgends die wünschenswerten Angaben über diesen Punkt zu finden waren. Diesem Mangel kann aber schwerlich abgeholfen werden, da die Heimarbeit-Ausstellungen von Arbeiterorganisationen veranstaltet werden und die Arbeitgeber, die hierüber authentische Auskunft geben könnten, recht wenig Neigung haben, auf einer Heimarbeit-Ausstellung neben den Hungerlöhnen der Heimarbeiter auch den Profit der Fabrikanten und der Händler ersichtlich zu machen.

Die Ausstellung des Verbandes der Blumen-, Feder- und Palmenarbeiter und -Arbeiterinnen Berlins gab Gelegenheit, an die gesundheitlichen Gefahren der Heimarbeit zu erinnern. Die Vertreterin des Verbandes wies unter anderem auf die Wirkungen des bei dieser Arbeit entstehenden Staubes hin. Als sie bei einzelnen Gegenständen betonte: „Das ist Kinder-

arbeit!" bemerkte Graf Posadowsky: „Aber wir haben doch ein Kinderschutzgesetz!" Nebenan in der Abteilung des Verbandes deutscher Textilarbeiter erregte dann ein Gegenstück zur Kinderarbeit, die von einer einundachtzigjährigen Frau angefertigte Klöppelspitze, ein besonderes Interesse. Der Vertreter wies darauf hin, daß man hier das Alter angegeben habe, um den sonst kaum glaublichen Stundenlohn von nur 1½ Pf., den die Greisin verdient hat, zu erklären. Der Besucher äußerte seine Befriedigung über das darin zutage tretende Bestreben, ein völlig wahrheitsgetreues Bild zu bieten. Es würde ihm erwidert, daß an der Zuverlässigkeit der Lohnangaben, wie hier, so überall, nicht zu zweifeln sei.

Am eingehendsten wurde die Spielsachenabteilung des Deutschen Holzarbeiterverbandes besichtigt. Als der Vertreter die Kinderarbeit schilderte, die in dieser Industrie eine Hauptrolle spielt, und dabei die Bemerkung fallen ließ: „Die Kinder arbeiten bis in die Nacht!" ergänzte Herr v. Posadowsky: „Die eigenen!" Ja, leider gibt es für die eigenen Kinder noch keinen Schutz gegen Ausbeutung. Die Tatsache, daß manche dieser eigenen Kinder täglich zehn Stunden für's Brot arbeiten, wurde von Herrn v. Posadowsky, wenn wir richtig gehört haben, als „ein Skandal" bezeichnet. Vom Holzarbeiterverband begab man sich zum Metallarbeiterverband und von da zum Verband der Portefeuiller usw., aber die Besichtigung vollzog sich jetzt in rascherem Tempo. Allzu lange wurde nirgends mehr verweilt. Die Zeit, die der Herr Staatssekretär sich zugemessen hatte, war abgelaufen — und im Sturmschritt ging's durch die übrigen Räume. Am Ausgange gelang es gerade noch, den Gast mit sanfter Gewalt an die interessante Kollektion von Uniformen heranzunötigen, auch an die prächtige Reithose, die einen Lohn von 13 Pfennigen pro Stunde bringt. Dann war der Rundgang beendet, und Posadowsky empfahl sich.

Welchen Eindruck er mitgenommen haben mag? Seine Entrüstung über die Schmach der Kinderarbeit klang aufrichtig und ehrlich. Ueber die Hungerlöhne, die die Erwachsenen mit der Heimarbeit verdienen, schien er kühler zu denken. Wiederholt zog er die „höheren Löhne" der Landwirtschaft zur Vergleichung heran. Vor den Perlmutterarbeitern in Frankenhausen rief er unwillig: „Warum gehen die Leute nicht zur Landwirtschaft!" Des Staatssekretärs Tochter stellte mitunter Fragen von köstlicher Naivität, und dennoch blieb es ihr vorbehalten, auf das wichtigste Mittel hinzuweisen, von dem Abhülfe zu erwarten ist. Lebhaft sagte sie einmal: „Die Hauptsache ist, daß die Heimarbeiterinnen sich organisieren." Die Ahnungslose! Wußte sie auch, was sie sagte? Sie hatte den Nagel auf den Kopf getroffen.

Freilich ist eine Heimarbeiterorganisation trotz der außerordentlichen Schwierigkeit absolut notwendig. Schutz, Sicherung, Freiheit des Koalitionsrechts allein kann aber das Elend der Heimarbeit nicht beseitigen. Man täusche sich darüber nicht: die Nachteile der Heimarbeit liegen in dieser Betriebsform selbst. Die Betriebsform ermöglicht es, den Arbeiterschutz den Hausindustriellen zu entziehen. Werden Löhne bezahlt, wie sie für gleiche Waren in Fabriken gezahlt werden, werden für die Arbeitsstätten der Hausindustrie die Schutzvorschriften eingeführt, die für die Beschaffenheit anderer Arbeitsräume vorgeschrieben sind, wird insbesondere soviel Luftraum für jede in der Werkstätte beschäftigte Person vom Gesetz gefordert als zur Gesundheit erforderlich ist, werden sämtliche Hausindustrielle der Gewerbeinspektion und der Versicherungsgesetzgebung unterstellt, kurz werden auch nur die Vorschriften für die Heimindustrie eingeführt, die für Fabriken als erforderlich vorgeschrieben sind, so würde die Heimarbeit mitsamt ihren besonders auffallenden Hungerlöhnen und Gesundheitsschädigungen allmählich aufhören, weil die Möglichkeit verstopft wird, aus dem Elend der Heimarbeiter mehr Profit herauszupressen als aus der Arbeit anderer Arbeiter. Es wird also allein die Beseitigung der Hausindustrie den in ihr Ausgebeuteten helfen können. Wenn der Staatssekretär glaubt, die Hausindustriellen fänden in der Landwirtschaft lohnende und menschenwürdige Ersatzbeschäftigung, so übersieht er, in welch' trauriger sozialer und rechtlicher Lage das deutsche Landproletariat sich befindet. Das ist gegenüber den so häufig im Reichstage, in Landtagen und in der Presse dargestellten Verhältnissen im höchsten Grade auffallend.

Ein Heimarbeiterschutzgesetz, das sich auf der Grundlage der am ersten Heimarbeiterschutzkongreß aufgestellten Forderungen hält, tut dringend not. Wer die Heimarbeiter auf die landwirtschaftliche Arbeit verweist, versucht, solange die elende Rechtlosigkeit und wirtschaftliche Notlage unserer Landarbeiter besteht, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Ausbeutung des Elends, Hungerlöhne, Rechtlosigkeit, Mangel jeglichen Arbeiterschutzes, Mangel des Koalitionsrechts, Mangel jeglicher Kontrolle des Schutzes, gesundheitsschädliche und unzureichende Behausung kennt der Landarbeiter nicht minder wie der Heimarbeiter. Er leidet überdies noch unter besonderen Ausnahmegesetzen.

Her mit dem Heimarbeiterschutz und her mit dem Schutz der Landarbeiter!

Gewerkschaftliches.

Sächsisch-Polizeiliches.

Jeder rechte Polizeimann ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß er als ein Glied der hochwohlweisen Obrigkeit den Staatsbürgern, die natürlich nie wissen, was ihnen zu tun frommt, zum Vormund bestellt ist. Ein von dieser Anschauung durchdrungener Polizeimann wird immer geneigt sein, den Bürgern, namentlich wenn es klassenbewußte Arbeiter sind, seine Fürsorge selbst in solchen Fällen aufzudrängen, wo das Gesetz die Bürger bereits als mündig erklärt hat. Ein kurioses Zeugnis derartiger polizeilicher Bevormundung erhielten kürzlich die organisierten Holzarbeiter in Neuhausen bei Sayda — in Sachsen natürlich. Sie hatten eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung angemeldet und erhielten darauf von der amtshauptmannschaftlichen Delegation folgendes Schreiben:

Sie haben heute eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung, in welcher Marie Wackwitz aus Dresden über die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung sprechen soll, hier angemeldet.

Diese Bezeichnung der Versammlung ist an sich ein Widerspruch, entweder ist sie öffentlich, oder sie ist eine Gewerkschaftsversammlung.

Die Versammlung kann als öffentliche aus denselben Gründen wie die für den 20. Januar 1906 angesetzte nicht genehmigt werden.

Als Gewerkschaftsversammlung für die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes wird sie gestattet, aber nur unter der Voraussetzung, daß lediglich gewerkschaftliche Fragen gemäß der Tagesordnung in ihr erörtert werden.

Bei Abhaltung der Versammlung ist den Bestimmungen des Gesetzes über das Vereins- und Versammlungsrecht vom 22. November 1850 und 21. Juni 1898 gehörig nachzugehen.

Dr. Vollmer.

Eine Musterleistung polizeilich-bureaukratischer Bevormundungs- und Reglementierungssucht, die noch dazu selbst in dem sächsischen Versammlungsrecht keine Stütze findet. Einer Genehmigung des Vertreters der Amtshauptmannschaft bedurfte es nicht. Es war nur seines Amtes, die erfolgte Anmeldung zu bescheinigen, und kein Gesetz verlangt von ihm, sich wegen der kunstvollen Unterscheidung zwischen öffentlicher und Gewerkschaftsversammlung in geistige Unkosten zu stürzen. Aber was tut man nicht, wenn man sich als wohlbestallter Vormund der Bürger — noch dazu in Sachsen — fühlt.

Berlin und Umgegend.

Die [illegible]rbeiter, Packer usw. der Lanolinfabrik (Vereinigte Chemi[illegible] Akt.-Ges.) legten am 6. Februar die Arbeit einmütig [illegible] nachdem die Geschäftsleitung es wiederholt abgelehnt hatte, [illegible]e eingereichten Forderungen, betreffend Regelung der Lohnver[illegible]nisse, mit einer Kommission der Arbeiter sowohl als auch mi[illegible] einem Vertreter des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter zu verhandeln. Die Arbeiter fordern einen Anfangslohn von 35 Pf., nach 6 Wochen 36 Pf., nach ½ Jahr 37 [illegible]f., nach 1 Jahr 38 Pf., nach 1½ Jahr 39 Pf. und nach zweijähr[illegible]er Tätigkeit 40 Pf. pro Stunde, außerdem Bezahlung der Sonntagsarbeit mit 50 Pf. pro Stunde und Gewährung eines Sommerurlaubes. Bisher betrug der Anfangslohn 30 Pf. und weitere Zulagen erfolgten nach Gunst. Demnach erzielten die Arbeiter nach 12—16jähriger Tätigkeit 35—37 Pf. pro Stunde. Daß ein Lohn von 30 Pf. pro Stunde unter den heutigen Verhältnissen unzulänglich ist, kann die Direktion nicht einsehen. — Unter den Streikenden herrscht ein guter Geist, keiner von ihnen ist zum Arbeitswilligen geworden. Leider haben sich einige Streikbrecher aus der Fabrik am Salzufer gefunden und zwar dem Drucke der Direktion folgend, welche diejenigen mit sofortiger Entlassung bedrohte, welche sich weigerten, die Arbeit dort aufzunehmen. Im ganzen sind acht Arbeitswillige vorhanden, mit denen der Betrieb jedoch keineswegs aufrecht erhalten werden kann. Auch in diesem Streik sind es wieder kaufmännische Angestellte, welche sich als Streikbrecher verwenden lassen. Diese haben sich den Streikposten gegenüber geäußert, daß sie wegen der schweren Arbeit, die sie jetzt zu leisten haben, zufrieden wären, wenn erst wieder eine Einigung herbeigeführt wäre. Am Montag hat der Streik insofern eine weitere Ausdehnung angenommen, als von den 37 in der Fabrik beschäftigten Packerinnen 25 ebenfalls die Arbeit niederlegten. Sie haben gleichzeitig Forderungen gestellt und verlangen u. a. einen Anfangslohn von 22 Pf., nach 6 Wochen 23, nach ½ Jahr 24 Pf., nach 1 Jahr 25 und nach zweijähriger Tätigkeit 27½ Pf. pro Stunde. Bisher betrug der Anfangslohn 18 Pf. pro Stunde. Ein am Montag gestelltes schriftliches Ersuchen um Verhandlungen hat die Direktion wiederum unbeantwortet gelassen. Sämtliche Streikenden sind gewillt; solange im Ausstande zu verharren, bis die Direktion sich geneigt zeigt, die berechtigte Forderung zu erfüllen.

Der Zuzug ist unter allen Umständen fernzuhalten.

Erwiderung. In der Erklärung der Vereinigung der Fliesenleger vom letzten Sonntag wird behauptet, daß der den Unternehmern seitens der Sektion vorgelegte Vertrag keine Forderungen auf höheren Lohn oder kürzere Arbeitszeit enthält. Dieses ist nicht richtig. In dem alten Vertrage, welcher seinerzeit für beide Organisationen Gültigkeit hatte, war im § 1 gesagt: „Der Lohn beträgt 80 Pf. Mindestlohn." Protokollarisch war festgelegt, daß Anfängern, welche noch nicht ein halbes Jahr im Beruf tätig waren, der Lohn nach freier Vereinbarung gezahlt wird.

In dem neuen, von der Vereinigung allein beschlossenen Vertrage heißt es in dieser Beziehung in § 1: „Der Stundenlohn bleibt beim Eintritt in die Branche der Vereinbarung überlassen, jedoch darf er nicht niedriger sein als der jeweilige Maurerlohn. Dagegen ist er a) im zweiten Halbjahr auf 77½ Pf. pro Stunde, b) im zweiten Jahre auf 80 Pf. pro Stunde, c) im dritten Jahre auf 82½ Pf. pro Stunde festgesetzt."

In bezug auf die Arbeitszeit wollen wir folgendes feststellen: Im § 7 des alten Vertrages heißt es unter anderem: „Das Tragen des Handwerkszeuges von einer Baustelle zur anderen gehört zur Arbeitszeit".

In dem Vertrage der Vereinigung heißt es in dieser Beziehung unter § 6 Abs. b: „Beim Wechsel eines Baues während der Tagesschicht geschieht der Transport des Handwerkszeuges wie bisher während der Arbeitszeit. Geschieht der Wechsel mit dem Beginn der Tagesschicht, so erhält der Arbeiter eine halbe Stunde vergütet, dergestalt, daß er eine halbe Stunde später mit der Arbeit beginnt, aber den vollen Stundenlohn erhält."

Feststeht, daß die Unternehmer jetzt ganz strikte verlangen — abgesehen von dringenden Fällen — daß das Handwerkszeug vor Beginn oder nach Beendigung der Arbeitszeit befördert wird. Unter Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse wird jedermann zugeben, daß dieses keine Verkürzung der Arbeitszeit ist. Wenn wir verlangen, daß die Vereinigung nur die von uns verlassene Arbeit liegen lassen soll, so verlangen wir dieses nicht von ihnen als Vertragskontrahenten des Unternehmers, sondern als Parteigenossen und klassenbewußte Arbeiter. Wir haben nicht verlangt, daß die Mitglieder der Vereinigung wegen uns streiken oder vertragsbrüchig werden sollen. Wenn die Vereinigung uns bei diesem Kampf, der sich nach ihrer Meinung um ein Nichts dreht, nicht in den Rücken fällt, wozu schreibt denn der Vorsteher des Arbeitsnachweises der Vereinigung solche Karten an auswärtige Kollegen, wie die nachstehende, die uns aus Bunzlau zur Verfügung gestellt wurde:

Berlin, den 5. Februar 1906.

Werter Kollege!

Deinen Brief habe ich erhalten, Du frägst an, ob Ihr anfangen könnt. Gewiß sofort, wenn Ihr man schon hier wäret. Beeile Dich, komme sofort, melde Dich bei mir.

Besten Gruß
Carl Baberschke
Berlin, Petersburgerstr. 81.

Wenn Dresdener Kollegen schon seit dem Herbst hier sind wie kommt es denn, daß solche am Mittwoch, den 31. Januar und Donnerstag, den 1. Februar 1906 in Berlin angekommene Fliesenleger bei R. Schäffer unsere Arbeitsstellen besetzten und, nachdem wir sie von der Arbeitsstelle herunterholten, von ihrer Organisation aufgefordert wurden, weiter zu arbeiten? Ebenfalls bei R. Schäffer arbeiteten vier Münchener Fliesenleger, welche von uns am Freitag nach München abgeschoben wurden. Diesen wurde vom Münchener Ortsverein der Vereinigung das Fahrgeld gezahlt, um in Berlin den Vertrag einzuhalten. Trotz des Vertrages wollte man mit ihnen 14tägige Kündigung vereinbaren. Diese vier erklärten, daß sie ihre Handlung selbst als Streikbruch ansähen, hätte man ihnen die Berliner Verhältnisse klargelegt, wären sie auf keinen Fall nach Berlin gekommen.

Ob die Nürnberger Fliesenleger Mitglieder des dortigen Ortsvereins oder der Sektion sind, wird der Vorstand der Vereinigung nach Lage der Sache am besten wissen.

Es steht unumstößlich fest, daß, wenn die Vereinigung sich nur neutral verhalten und unsere Arbeit nicht fertig gemacht hätte, es ein leichtes gewesen wäre, den Kampf mit Erfolg zu Ende zu führen.

Der Vorstand der Sektion der Fliesenleger.

•

Die Behauptung, daß die Sektion der Hülfsarbeiter ihren Mitgliedern ausdrücklich gestattet haben soll, bei sogenannten gesperrten Firmen weiter zu arbeiten, erklären wir für unwahr. Wahr ist vielmehr, daß die Sektion der Hülfsarbeiter beschlossen hat, bei allen vom Streik betroffenen Firmen darauf zu achten, daß zunächst ihr jetzt bestehender Vertrag, der ebenfalls Verbesserungen des Lohnes gegenüber dem der Lokalisten enthält, anerkannt und daß ihnen nicht zugemutet wird, arbeitswillige Fliesenleger zu bedienen. Allerdings ist denjenigen Kollegen das Weiterarbeiten gestattet, die ihren richtigen Lohn erhalten und vor dem Streik sowie jetzt noch lokalistische Fliesenleger — bei geregelter Arbeit — bedienen. Sowie ihnen aber das erstere zugemutet wird, haben dieselben die Arbeit einzustellen. Der sicherste Beweis, daß dies der Wahrheit entspricht, ist die Arbeitseinstellung derselben bei den Firmen R. Schäffer und Warnebold u. Nasse. Aber auch diese Stellen sind anstandslos von dem Arbeitsvermittler der Lokalisten mit solchen besetzt worden.

Der Vorstand der Sektion der Fliesenleger-Hülfsarbeiter.

Deutsches Reich.

Ausstand in der Leipziger Baumwollspinnerei.

1800 Textilarbeiter und Arbeiterinnen der Leipziger Baumwollspinnerei sind am Mittwoch wegen der Maßregelung ihrer Kommissions-Mitglieder ausständig geworden. Eine frühere Versammlung wählte eine Kommission aus den in dem genannten Betriebe beschäftigten Kollegen bestehend, die mit der Direktion wegen der Einführung des Zehnstundentages und einer zehnprozentigen Lohnerhöhung verhandeln sollte. Statt aller Verhandlung warf die Direktion die Mitglieder einfach auf die Straße. Da beschloß eine am Dienstag abgehaltene überfüllte Versammlung den Abwehrstreik. Nur einige Frauen und Minderjährige suchten nach der allgemeinen Arbeitsniederlegung weiter zu arbeiten, sie wurden aber dann von der Fabrikleitung selbst hinausgewiesen, so daß der Betrieb jetzt völlig ruht.

Die organisierten Hafenarbeiter in Swinemünde sind ausgesperrt worden. Die Unternehmer haben die Aussperrung lediglich deshalb ins Werk gesetzt, um die Organisation der Arbeiter zu vernichten. Als Ersatz für die Ausgesperrten suchen die Unternehmer Arbeitswillige von auswärts heranzuziehen. Die Swinemünder Mitgliedschaft des Hafenarbeiter-Verbandes ersucht darum, daß der Zuzug ferngehalten werde.

Ausland.

Großer Sägewerksarbeiterstreik in Finnland. Im ganzen nördlichen Finnland und an der schwedischen Grenze befinden sich die Sägewerksarbeiter seit Ende Januar im Streik. Sie verlangen Lohnerhöhung. Ihre Arbeitgeber sind teils schwedische, teils finnische Aktiengesellschaften, die den Holzreichtum des Landes ausbeuten. Eine dieser Gesellschaften, die allein ungefähr 3000 Arbeiter beschäftigt, hat beschlossen, für diesen Winter alle Arbeit ruhen zu lassen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Hamburger Wahlrechtsraub in der Spezialberatung.

Hamburg, 14. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Bürgerschaftssitzung wurden zwei Senatseingänge verlesen, wonach der Senat der Verfassungsänderung zustimmt. Ferner beantragte der Senat für die durch Exzesse in Mitleidenschaft gezogenen Geschäftsleute 50 000 Mk. Entschädigung. Dann folgte die Spezialberatung der Wahlrechtsvorlage. Dr. Wenzel (Rechte) verlangte die **Ablehnung** des Entwurfes, wir haben noch Zeit und können erst die Ergebnisse der Wahlen von 1907 und 1910 abwarten. Die Ausschußstatistik ist mit Erfolg angegriffen und müssen wir erst neue Grundlagen haben. Die Aenderung der Verfassung ist ja beschlossen, Sie können ja, wenn erforderlich, später darüber beschließen. **Der Antrag wird abgelehnt.** Die Ueberschrift der Vorlage: „Wahlgesetz für die Wahlen zur Bürgerschaft" wird **angenommen mit Dreiviertelmehrheit.** Bei § 1 beantragten **die Sozialdemokraten geheime Abstimmung mittels Kugeln.** (Lebhafte Bewegung und Heiterkeit.) Der Paragraph handelt von der Zusammensetzung der Bürgerschaft und der Erweiterung des Notabelnwahlkörpers. Eine solche Abstimmung mittels Kugeln nimmt **eine halbe Stunde in Anspruch.** Die Vorlage besteht aus **42 Paragraphen.**

Deportierte.

Hamburg, 14. Februar. (W. T. B.) Mit dem Dampfer „Kronprinz" sind in der letzten Nacht **drei junge Boeren** hier eingetroffen, die wegen Landesverrats vom Bezirksgericht in Windhuk zu fünf Jahren zehn Monaten bis fünf Jahren vier Monaten Gefängnis verurteilt worden sind. Die Gefangenen sollen ihre Strafe in **Deutschland absitzen** und sind vorläufig nach Harburg gebracht worden. Demnächst sollen noch **sieben Landesverräter von Deutsch-Südwestafrika hier eintreffen.**

Pückler nervenleidend.

Konstanz (Bodensee), 14. Februar. (B. H.) Seit einigen Tagen weilt Graf Pückler-Klein-Tschirne in einer Nervenheilanstalt unweit Konstanz.

Die lieben Freunde.

Paris, 14. Februar. (W. T. B.) Präsident Loubet empfing heute nachmittag den russischen Botschafter Nelidow, der vom Kaiser Nikolaus den besonderen Auftrag hatte, dem Präsidenten Loubet aus Anlaß des Ablaufes seiner Amtszeit die Gefühle persönlicher Freundschaft des Kaisers erneut zum Ausdruck zu bringen und ihm **zum Andenken die Insignien des Andreasordens in Brillanten zu überreichen.**

Neuer Streik in Fiume.

Fiume, 14. Februar. (W. H.) Da die ungarisch-kroatische Seeschifffahrtsgesellschaft den Forderungen der Matrosen nicht nachgekommen ist, sind sämtliche Matrosen in den Ausstand getreten. Der **ganze Dampferverkehr mußte eingestellt werden.** Aus **Solidarität streiken auch die Matrosen fremder Dampfer.** Die **Kapitäne** der Adriagesellschaft und der ungarisch-kroatischen Seeschifffahrtsgesellschaft haben ihrer Direktion ein **Memorandum eingereicht, in dem sie eine 20prozentige Lohnerhöhung fordern.**

Eine Attrappe.

Barcelona, 14. Februar. (W. H.) Die Behörden erklären, daß die Bombe, die gestern aufgefunden wurde, **unschädlich war.** Bekanntlich hatte die Auffindung der Bombe zu Gerüchten über einen Attentatsversuch Anlaß gegeben.

Verhaftung von Revolutionären.

Moskau, 14. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) In der Wohnung eines Druckereiarbeiters in der Gogetnajastraße **wurde heute ein revolutionäres Komitee, das gerade eine Sitzung abhielt, verhaftet.** Fünf Personen, darunter zwei Studenten und eine Studentin, wurden festgenommen. Die vorgefundenen Schriftstücke wurden beschlagnahmt.

Die Henker bei der Arbeit.

Petersburg, 14. Februar. Die Petersburger Telegraphenagentur verbreitet nachstehende Meldungen:

Liban, 14. Februar. Bei **Prekuln** wurde ein Piquet von sechs Dragonern von Bewaffneten angegriffen. Drei Dragoner wurden verwundet, auf Seite der Angreifer wurde ein Mann getötet. In **Hafenpot** wurden von einer Militärabteilung **vier Revolutionäre erschossen und zwei gehenkt.**

Riga, 14. Februar. Das Kriegsgericht verurteilte heute zwei Personen wegen **versuchter Ermordung von Kosaken zum Tode durch den Strang. Zwei Personen wurden wegen gewaltsamer Entwaffnung von Polizeibeamten ebenfalls zum Tode verurteilt.**

Kiew 14. Februar. Eine in der Khmelnitzkyschen Apotheke vorgenommene Haussuchung führte zur Entdeckung vieler revolutionärer Schriften und 60 Tabletten Schießbaumwolle.

Mißglückter Anschlag.

Odessa, 14. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf dem Alexander-Prospekt wurden drei in Zeitungspapier eingewickelte Bomben gefunden. Zwölf Anarchisten wurden verhaftet.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

43. Sitzung vom Mittwoch, den 14. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der ersten Beratung des Antrags Albrecht (Soz.) und Genossen, der folgenden Wortlaut hat: „Der Art. 3 der Verfassung des Reiches enthält folgenden Zusatz: In jedem Bundesstaat und in Elsaß-Lothringen muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht zu wählen und gewählt zu werden haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Bundesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderlich."

Abg. **Bebel** (Soz.):

Wie zu erwarten war, hat unser Antrag von den verschiedensten Rednern der bürgerlichen Parteien eine scharfe Kritik erfahren. Der Hauptvorwurf geht dahin, daß wir nur agitatorische Zwecke mit unserem Antrage verfolgten. Daß das zum Teil richtig ist, leugne ich gar nicht. Ich behaupte aber, alle Parteien verfolgen mit ihren Initiativanträgen agitatorische Zwecke. Als in den neunziger Jahren die agrarischen Kreise über die herrschende Zollpolitik sehr erregt waren, da haben die Herren bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ihre Ziele in agitatorischer Weise dargestellt. Ich behaupte ferner, daß das Zentrum mit dem Jesuitenantrag und dem Toleranzantrag ganz wesentlich agitatorische Zwecke verfolgt. Ebenso stellt der Antrag Mißler, der heute als zweiter Punkt auf der Tagesordnung steht, eine Agitation dar. Die ganze parlamentarische Tätigkeit ist eben eine öffentliche Tätigkeit. Am Schluß der Legislaturperiode legen alle Parteien den Wählern Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab. In diesen Rechenschaftsberichten spielen die Initiativanträge eine große Rolle.

Was nun die Kompetenzfrage anlangt, so kann gar kein Zweifel darüber herrschen, daß die meisten bürgerlichen Parteien schon wiederholt sich dahin ausgesprochen haben, daß der Reichstag die Kompetenz hat, seine Kompetenz zu erweitern. Als in den Jahren 1891—1892 die Gewerbegesetznovelle kam und darin die Sonntagsruhe für den Kaufmannsstand ausgesprochen werden mußte, handelte es sich zweifellos um eine Erweiterung der Kompetenz des Reiches. Das Zentrum hat das damals vollkommen anerkannt. Ich erinnere ferner daran, auf welche Weise die verschiedenen Landtage versucht haben auf die Reichsgesetzgebung einzuwirken. Aber das Ganze sollte doch eher die Teile beeinflussen können als umgekehrt. So wurde in der bayerischen Kammer ein Antrag angenommen, einen möglichst hohen Gerstenzoll in den neuen Generaltarif aufzunehmen. Das preußische Herrenhaus hat sich für ein neues Zuchthausgesetz ausgesprochen. Und Fürst Bismarck hat direkt empfohlen, es sollte möglichst viel von der Gesetzgebung, die sonst im Reiche gemacht würde, in die Landtage verlegt werden. (Zuruf des Abg. v. Kardorff: Die Landtage bezwecken doch nur den Einfluß auf die Regierungen.) Das kommt auf dasselbe heraus. (Zuruf des Abg. Henning: Die Landtage haben dasselbe Recht wie der Reichstag.) Das bestreite ich ja gar nicht. (Zuruf des Abg. Henning: Na also!) Ich sage nur, daß der Reichstag das Recht haben müsse, die Erweiterung der Kompetenz der Reichsgesetzgebung zu beantragen.

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich bitte den Redner doch nicht fortwährend zu unterbrechen.

Abg. **Bebel** (fortfahrend): Die Zentrumserklärung zu unserem Wahlrechtsantrag war ja sehr platonischer Natur. Sie erklären, Sie wollten warten, bis die Regierung etwas unternimmt. Sie warten doch sonst nicht auf die Initiative der Regierung, wenn Sie etwas wünschen. Ferner machen mich die Worte in der Zentrumserklärung „in entsprechender Weise" stutzig. Das Zentrum scheint also wenig Lust zu haben, konsequent vorzugehen, sondern es scheint

halbe Maßregeln

befürworten zu wollen. Am wenigsten ist das Zentrum in Preußen geneigt, das allgemeine gleiche Wahlrecht zu verlangen. Seit dem Jahre 1874, in welchem der Abg. Windthorst einen solchen stellte, ist er vom Zentrum nicht mehr wiederholt worden. Später hat der Abg. Bachem erklärt, seine Partei würde für einen solchen Antrag stimmen, aber er wolle nicht dafür sprechen. Was sind das für Halbheiten! Wenn eine Partei sich gegenüber einer Regierung, deren Abneigung gegen das allgemeine Wahlrecht bekannt ist, so ausspricht, dann weiß die Regierung ganz genau, daß sie keine weitgehende Reform zu bringen braucht. — Ferner steht in der Erklärung des Zentrums: Eine Wahlrechtsreform solle in Zeiten der Ruhe und des Friedens vorgenommen werden. Was soll das heißen? Leben wir jetzt nicht in Ruhe und Frieden? Die preußischen Arbeiter haben nunmehr **57 Jahre in Ruhe und Frieden auf das allgemeine Wahlrecht gewartet.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Frage nunmehr endlich in Fluß gekommen ist, so ist das der friedlichen Demonstration meiner Partei zu verdanken.

Der Krawall in Hamburg

darf uns durchaus nicht in die Schuhe geschoben werden, wie es der Senator Klügmann meinem Parteifreunde Bernstein gegenüber getan hat. Wenn bei den Exzessen am Schoppenstehl in Hamburg wirklich — wie behauptet wurde — einige gewerkschaftlich organisierte Arbeiter beteiligt sein sollten, so werden die Gewerkschaften diese Elemente so schnell wie möglich aus ihren Reihen stoßen. In der Zeit, als diese Krawalle passierten, ist ein Zug von mehreren Tausend Arbeitern vor das Haus des Bürgermeisters gezogen, um diesem eine Ovation darzubringen, weil sich das Gerücht verbreitet hatte, der Bürgermeister sei ein Gegner der Wahlentrechtung. Der Bürgermeister erklärte den Arbeitern, es werde wohl noch alles gut werden. Nun — leider ist nicht alles gut geworden. Der Wahlraub ist geschehen. In der Gegend am Schoppenstehl stehen in normalen Zeiten die Polizisten in dreifacher Anzahl als anderwärts. So unsicher ist die Gegend. Wenn nun dort gerade an jenem Tage weit und breit kein einziger Polizist vorhanden war, so darf man sich über den Exzeß kaum noch wundern. — Jedenfalls kann man unmöglich der Sozialdemokratie diese Tatsache an die Rockschöße hängen wollen. — Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, daß die Sozialdemokratie in den Hansastädten auch unter dem alten Wahlrecht schwerlich je viel mehr als ein Viertel der Sitze hätte erringen können. Zu einem maßgebenden Einfluß hätte sie es also nicht gebracht, schon weil es 30 M. kostet, das Hamburger Bürgerrecht zu erwerben, und weil man, um wählen zu können, jahrelang ein Einkommen von mindestens 1200 M. versteuern muß. Wohl aber hätte die Sozialdemokratie, wenn sie etwas mehr als ein Viertel der Sitze errungen hätte, den Wahlrechtsraub, zu dem eine Dreiviertel-Mehrheit gehörte, verhindern können. Deshalb nahm man schon jetzt jene reaktionäre Maßregel vor. Bei der Cholera dagegen war die sozialdemokratische Organisation der Bürgerschaft sehr angenehm. Die Bürgerschaft hatte die hygienischen Einrichtungen der Stadt in einer geradezu schandbaren Weise verwahrlost, so daß diese Seuche in so gefährlichem Maße um sich griff. Die reiche Bürgerschaft floh aus der Stadt hinaus. Als nun an die ärmere Bevölkerung 300 000 Flugblätter mit hygienischen Vorschriften verteilt werden sollten, war die Polizei hierzu nicht imstande, sondern nahm die Hülfe der sozialdemokratischen Organisation in Anspruch. Diese Tatsache hätte doch der Bürgerschaft die Scham ins Gesicht treiben sollen, als sie vorhatte, der Arbeiterschaft das Wahlrecht zu verschlechtern. Das ist der Dank der Hamburger Bourgeoisie! Der Herr Klügmann meinte, die Sozialdemokratie wolle den Handel abschaffen, und das würde Hamburg ruinieren. Ich habe Herrn Klügmann immer für einen guten Mann gehalten, und er ist es wohl auch. Daß aber ein gebildeter Mann eine solche Unwissenheit über die Ziele der Sozialdemokratie hier im Parlament äußern könnte, das hätte ich wirklich nicht für möglich gehalten. Da kann man sich ja kaum noch über den furchtbaren Unsinn wundern, den man Tag für Tag in der Presse lesen kann. Ja, denken Sie denn, die Sozialdemokraten wollten in der Zukunft von spartanischer schwarzer Suppe leben? Nein, gerade wir sind immer für die

Ausdehnung des deutschen überseeischen Handels

eingetreten. Wir wollen, daß alle Produkte der Erde billig nach Deutschland eingeführt werden. Wenn bei den Zollkämpfen der vergangenen Jahre eine Partei für den freien Handel eingetreten ist, so war das unsere Partei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sogar der „Hamburgische Correspondent" hat ähnliche törichte Angriffe auf die Sozialdemokratie zurückgewiesen. **Nicht wir, sondern die neuen Handelsverträge beschränken den Handel.** Selbst wenn die Sozialdemokratie das Heft in den freien Handelsstaaten in die Hand bekommen würde, glauben Sie denn, daß wir dann dort eine Art kleinen Zukunftsstaat einrichten könnten? Das beweist nur wieder, daß Sie

von unseren Zielen keine Ahnung

haben. Würden wir das tun, so würden schließlich auf Grund des § 76 der Verfassung sogar die Preußen in Hamburg einziehen können. Unter den heutigen Verhältnissen könnte eben auch ein Sieg der Sozialdemokratie in einzelnen Teilen des Reiches nur zur Folge haben, daß unsere nächsten Forderungen durchgeführt würden, die am Bestand der bürgerlichen Gesellschaft nichts ändern. — Herr Bassermann hat auch Kompetenzbedenken gegen unseren Antrag vorgeschützt. Beim Toleranzantrag, der mindestens ebenso in die Rechte der Einzelstaaten eingreift, haben die Nationalliberalen das Bedenken nicht gehabt, nur ihre kulturkämpferischen Traditionen veranlassen sie, gegen diesen Antrag zu stimmen. Herr Bassermann behauptete, die Nationalliberalen seien stets für das allgemeine Wahlrecht eingetreten. In Sachsen aber sind es die Nationalliberalen in Gemeinschaft mit den Konservativen gewesen, die 1895 den Wahlrechtsraub verübt haben (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten) auf Grund dessen es uns bis jetzt nur mit Mühe möglich gewesen ist, einen einzigen Sozialdemokraten in den sächsischen Landtag zu bringen. Sie haben einen Zensus von 600 M. beschlossen. So wenig 600 M. ist, so gibt es doch Hunderttausende von Arbeitern in Sachsen, wie Ihnen Förster gestern nachgewiesen hat, die unter 600 M. Einkommen haben. Ebenso sind in Hamburg und Lübeck die Nationalliberalen für die Beschränkung des Wahlrechts eingetreten, und Sie selbst, Herr Bassermann, sind in Baden erst durch die Konkurrenz des Zentrums gezwungen, für das allgemeine Wahlrecht einzutreten. In Bayern waren es die Liberalen aller Schattierungen, die am längsten gegen das allgemeine Wahlrecht gekämpft haben. — Durch die Einführung der Proportionalwahl, für die wir immer eingetreten sind, könnten Sie es vermeiden, daß z. B. Hamburg nur Sozialdemokraten in den Reichstag schickt und die großen Handelsherren unvertreten bleiben. Wie wir es gar nicht bestreiten, daß Sie auch manchmal einen guten Gedanken haben, so hätten Sie es anerkennen können, daß auch bei uns sich gute Gedanken finden (Heiterkeit), daß auch wir gelegentlich „erzieherisch" auf Sie wirken könnten. Deshalb hätten Sie unseren Gedanken der Proportionalwahl längst einführen können. — Es heißt, wir seien das Hindernis der sozialen Gesetzgebung. Aber wer das Bürgertum kennt, der weiß, daß es für Sozialreform, von einzelnen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, niemals allzu warm eingetreten ist. Bismarck hat das ja anerkannt, indem er gesagt hat: nur die Furcht vor der Sozialdemokratie sei die Ursache der sozialpolitischen Gesetzgebung gewesen. (Widerspruch rechts.) Sie werden das Zitat im Laufe der Debatte noch wörtlich zu hören bekommen! Ein Korrespondent der nationalliberalen „Neuen Züricher Zeitung", ferner ein nationalliberaler Professor in Heidelberg haben sich ganz ähnlich ausgesprochen. Und als Bamberger unsere Wahlhülfe brauchte, da hieß es in seinem Flugblatt, man könne im Reichstage sehr gut mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiten. Aehnlich geschah es seitens der Nationalliberalen in Köln, als wir dort noch die schwächste Partei waren. Und soll ich Sie erst an das Wahlkompromiß in Baden erinnern? Da haben Sie, da haben die Landsleute und Parteigenossen des Herrn Bassermann sehr gern unsere Wahlhülfe in Anspruch genommen. Bei den nächsten Wahlen werden wir einmal diese schönen Zeugnisse der Kompromißpolitik sammeln und den Wählern vor Augen führen, wenn wieder einmal in blutigen Flugblättern gegen uns gehetzt wird. Sie loben die mildere Tonart der süddeutschen Sozialdemokratie, aber sollte dies nicht vielleicht durch eine bessere Behandlung seitens der bürgerlichen Parteien entstanden sein? Freilich — die Vorfahren des Herrn Bassermann hatten immer Angst vor den Revolutionären. Daher der Ausdruck: „Bassermannsche Gestalten". (Große Heiterkeit.) 1848 hat das Bürgertum die polnische Erhebung genau so beglückwünscht, wie wir die russische Revolution beglückwünschen. Aufgabe eines liberalen Mannes wäre es gewesen, sich zu fragen: Was sind denn die Ursachen dieser Revolution? Selbstverständlich denkt auch in Rußland kein Sozialdemokrat daran, schon jetzt den Zukunftsstaat einzurichten. Die Sozialdemokratie kämpft dort für die konstituierende Versammlung, für die Verfassung, also für dasselbe Ziel, das einst die Vorfahren des Herrn Bassermann in Deutschland auf demselben Wege erstrebten. Und sie können nicht bestreiten, daß die Unterdrückung und die Unfreiheit in Rußland weit schlimmer sind, als sie in Deutschland waren. Um das, was heute in Rußland die Revolutionäre wollen, zu unterstützen, dazu braucht man nicht einmal freisinnig, dazu braucht man nur ein fühlender Mensch zu sein. Wir wollen, daß endlich auch dort im Osten ein moderner Kulturstaat entsteht. Und daß dies Streben die lebhaftesten Sympathien der Arbeiter aller kultivierten Länder findet, ist nur selbstverständlich. Welche ungeheuere Wirkung hat schon die französische Revolution auf die Nachbarstaaten ausgeübt — eine rein bürgerliche Revolution! Selbst Kaiser Wilhelm hat es ausgesprochen: **Die große französische Revolution ist der Ausgangspunkt unserer ganzen modernen Entwickelung gewesen.** Wenn jemals ein wahres Wort gesagt worden ist, so dieses Wort des Kaisers. Und was sagte der angeblich unpolitische Goethe, der als Schlachtenbummler der Schlacht von Valmy beiwohnte: „Von heute an beginnt ein neuer Abschnitt in der Weltgeschichte." Und wer will bestreiten, daß die Revolution von 1832 der Anstoß gewesen ist zu Revolutionen in ganz Europa, in Spanien, in Oesterreich-Ungarn, in Deutschland? Ihre Folge war der 18. März in Berlin, jener 18. März, der Preußen in die Reihen der konstitutionellen Staaten brachte. Auch diese Revolution war eine rein bürgerliche. Freilich — wenn man heute die Epigonen jener Revolutionäre — die Mugdan und Bassermann — sieht, dann möchte einem das Herz in die Hosen fallen. (Sehr wahr! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie verbrennen, was Ihre Väter und Großväter angebetet haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Heute hat das Bürgertum nur noch Sinn für den Erwerb, nicht mehr für politische Freiheit und für das Recht. Herr Bassermann zitierte hier allerlei Stellen aus der sozialdemokratischen Presse. Wenn ich sie aber mit alle dem vergleiche, was das Bürgertum früher, in der Zeit von 1848, geschrieben hat, so sind das zahme Lüftchen gegenüber einem Sturmwinde. Wenn man das alles, was ein Hoffmann v. Fallersleben, ein Herwegh, ein Prutz usw. gedichtet haben, Ihnen vorlesen würde, so würden Ihnen die Haare, soweit sie noch welche besitzen, zu Berge steigen! (Heiterkeit.) Den Ausdruck wie

„der Pöbel auf den Thronen"

war da etwas ganz Gewöhnliches. Der vor zwei Jahren verstorbene Nationalliberale Wilhelm Jordan hat gedichtet:

„Wie soll das Volk zum Kampf die Schwerter wetzen,
Solang es an ein Jenseits-Leben glaubt?"

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Auch der Nationalliberale Herr v. Dingelstedt hat ähnliche Sachen gedichtet. Der Hohn und Spott über Fürsten, Monarchie, Kirche, Geistlichkeit, den früher die liberale Presse gebracht hat, den werden Sie in der sozialdemokratischen Presse niemals finden. Als das Bürgertum in seiner oppositionellen Periode war, erlitt es ja denn auch die härtesten Verfolgungen. Es war die Zeit der sogenannten Demagogenverfolgung. Man denke, was Fritz Reuter gelitten hat! Scharenweise mußten die Liberalen über den Ozean ziehen, oder sie kamen ins Zuchthaus oder entrannen ihm nur, wie Richard Wagner, mit Not und Mühe. Selbst der Magistrat von Berlin feierte einst die Märzgefallenen. Heute — denkt er ja anders. (Sehr richtig! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Im heiligen Köln wurde noch 1849 ein feierliches Requiem für Robert Blum abgehalten. Miquel bot sich einst als junger Mann Marx gegenüber an, Bauernaufstände organisieren zu wollen. Aber selbst 10 Jahre später als gefestigter Mann, im Jahre 1863, als Führer des Nationalvereins sagte er: **Wenn die Hohenzollern nicht Vernunft annehmen, werden wir ihnen das Schicksal der Bourbonen bereiten und ihnen die Arbeiter auf den Hals hetzen.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bismarck hat im Jahre 1863 die liberalen Zeitungen denn auch tüchtig verfolgt. Leider versäumte es damals die Fortschrittspartei, die Frage des allgemeinen Wahlrechts in die Verfassungskämpfe hineinzuwerfen. Und heute sehen wir, wie ebenfalls die Freisinnigen in Hamburg in kommunalen Vertretungen gegen das allgemeine Wahlrecht auftreten. Der alte Ziegler hat mir selbst einmal im Vertrauen erklärt, als die Freisinnigen sich besonders feige benommen hatten: „Wenn Ihr 'mal die Macht habt, hängt Ihr uns allesamt an die Laterne" — das hab' ich ihm denn auch versprochen. (Große Heiterkeit.) Heute treten ja die Freisinnigen für die Sozialdemokratie, welche doch dieselben freiheitlichen Forderungen vertritt, nicht einmal bei den Stichwahlen ein. Wir wissen genau, daß wir bei den nächsten Wahlen die gesamten bürgerlichen Parteien geschlossen gegen uns haben werden. Davor fürchten wir uns nicht. Je klarer die Situation, desto besser für uns. Die Herren von der bürgerlichen Linken können sich gar nicht schlimmer kompromittieren, als wenn sie für die Konservativen eintreten. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun hat sich auch Graf Posadowsky am letzten Mittwoch veranlaßt gesehen, zu unserem Antrag Stellung zu nehmen. Er hat sehr richtig betont, daß Fürst Bismarck aus seinen Erfahrungen in der Konfliktszeit in Preußen zur Gewährung des allgemeinen Wahlrechts kam. 1863 waren noch eine ganze Reihe anderer Konservativer für das allgemeine Wahlrecht in Preußen. — Graf Posadowsky sagte, das deutsche Reichstagswahlrecht sei das radikalste. Das ist unrichtig. In der Schweiz, in Nordamerika besteht keine Beschränkung des passiven Wahlrechts, und das Wahlrechtsalter tritt bereits mit 20 resp. 21 Jahren ein. Sehr charakteristisch war die Aeußerung des Grafen Posadowsky: Wenn die Arbeiter Einfluß im preußischen Parlament haben wollten, müßten sie erst politisch reifer werden und sich auf Forderungen beschränken, deren Erfüllung politisch möglich sei. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß Graf Posadowsky von den deutschen Arbeitern verlangt, daß sie ihr gegenwärtiges politisches Glaubensbekenntnis vollkommen verleugnen. Wie man im Mittelalter keinem das Staatsbürgerrecht einräumte, der nicht auf dem Boden der Kirche stand, so will man jetzt keinem Arbeiter die politischen Rechte geben, wenn er nicht auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft steht — das ist der Sinn der Worte des Grafen Posadowsky. Wenn er das Schmähliche, daß er in der dritten Klasse wählt, nicht empfindet, dann ist das seine Sache, aber die hunderttausend Arbeiter, die vor dem Geldsack zurückgestellt werden, empfinden es als Unrecht. Der Staatssekretär scheint einen Republikaner als menschliches Ungeheuer anzusehen. Aber wir haben doch in Deutschland drei Republiken, und der Herr Staatssekretär kommt im Bundesrat sehr gut mit ihren Vertretern aus. Und selbst Fürst Bismarck hat sich seinem Vertrauten, Busch, gegenüber als innerlichen Republikaner bekannt; alle seine Erfolge den Fürsten gegenüber verdanke er diesem seinem inneren Glauben! Die Nationalliberalen waren selbst früher Republikaner; die „Kölnische Zeitung" hat das noch im Jahre 1892 betont und geschrieben, die Nationalliberalen seien jetzt

„Vernunftmonarchisten"

geworden. Aber wenn die Zustände so weitergehen, so sammele sich solche Unzufriedenheit in den Herzen der Liberalen, daß man nicht wissen könne, was das eines Tages noch geben werde. Der Republikanismus ist ein Ideal; gegen ihn kann man mit Strafbestimmungen ebenso wenig vorgehen als etwa gegen die Weltanschauung des Atheismus. Nur wenn etwa ungesetzliche Maßnahmen ergriffen würden, kam der Staat dagegen vorgehen. Nun wollen Sie aber doch nicht behaupten, daß der gegenwärtige Staat und die gegenwärtige Gesellschaftsordnung etwas so Ideales darstellen, daß man sie nicht mehr verbessern kann. Gerade so wie das Bürgertum einst den Feudalstaat allmählich überwunden hat, so wollen wir die Monarchie allmählich überwinden. Was wir jedoch jetzt fordern: das allgemeine Wahlrecht, das müssen Sie als gerecht anerkennen. Sie müssen also mit uns für diese gerechte Reform stimmen oder Sie müssen zugeben, daß Sie die eigentlichen Revolutionäre sind. Preußen soll in Deutschland vorangehen? Das ist

eine elende Phrase.

In Süddeutschland denkt man gerade das Gegenteil; **die süddeutschen Abgeordneten und die Herren vom Zentrum nicken mir zu.** Preußen hat seine Führung in Deutschland verloren. Es hinkt heute hinten dran. Am 21. Januar hat der preußische Staat ganze Armeekorps gegen uns aufgeboten. Der preußische Staat zitterte vor uns wie Espenlaub. (Unruhe rechts. Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die preußische Regierung sah das eigene Volk im Aufruhr, obgleich es nur von seinem Versammlungsrecht Gebrauch machen wollte. Da hat der preußische Staat sich vor der ganzen Kulturwelt

bis auf die Knochen blamiert.

Vizepräsident Graf **Stolberg**: Herr Abgeordneter! Sie haben gesagt, der ganze preußische Staat habe sich blamiert. (Stürmisches Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. **Bebel** (fortfahrend): Die Soldaten werden gedrillt, auf Brüder und Schwestern zu schießen. Wir aber haben an Straßendemonstrationen gar nicht gedacht. Auf dem Berliner Parteitag wurde ein dahingehender Vorschlag mit großer Mehrheit abgelehnt. Unsere Wahlrechtsdemonstration hatten wir übrigens schon im Jahre 1904 geplant. Was sich aber jetzt am 21. Januar gezeigt hat, das hat

das Hohngelächter der ganzen Welt

erregt. Wovor der preußische Staat sich fürchtete, das waren die sozialdemokratischen Stimmzettel. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der einzig Vernünftige auf der Regierungsseite am 21. Januar, das war die Berliner Polizei. Ehre, dem Ehre gebührt. (Heiterkeit.) Mein Gerechtigkeitsgefühl zwingt mich, dem Verhalten der Polizei am 21. Januar auch an dieser Stelle

Meine Allerhöchste Anerkennung

auszusprechen. (Stürmische, immer wiederholte Heiterkeit im ganzen Hause.) Aber das hat sich ja immer gezeigt: wenn die Polizei sich zurückhält, bleibt alles ruhig; denn das Auftreten der Polizei hat an und für sich etwas Aufreizendes. Aus meiner Ver-

sammlung ging der Polizeileutnant nach Hause und übergab dem Ordner die Sorge für die Ruhe, und es ging ausgezeichnet. Als ich nachher nach Hause ging, sah ich weit und breit nur einen einzigen Polizisten, wie er an jedem gewöhnlichen Tage sich dort aufhält. Als ein Redner aufgetreten war und aufgefordert hatte, nach Hause zu gehen, rief ihm die Versammlung zu, das wüßte man schon allein. Die Massen haben am 21. Januar eine Disziplin bewiesen, die weit höher steht als die militärische, weil sie nicht gezwungen, sondern freiwillig ist. Sie hätten gar keine Angst zu haben brauchen, daß wir unsere Leute in die Bajonette treiben würden. (Zurufe rechts: Angst hatten wir ja auch nicht!) Nun also, Sie wußten recht gut, daß wir uns nicht zu ungesetzlichen Maßnahmen würden verleiten lassen. Wir wissen, daß wir Sie am meisten ärgern, wenn wir gesetzlich sind. Die Gesetzlichkeit tötet Sie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der ganze Fanatismus, mit dem Herr Stöcker hier aufgetreten ist, beweist das ja. Die Kinder sollen die Geschichte von dem Aufruhr, der geplant wäre, von ihren Eltern gehört haben. Aber das halte ich für ganz unwahrscheinlich. Die Kinder werden es in der Schule gehört haben. (Widerspruch rechts. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mir ist von allen Seiten gesagt worden, daß die Lehrer in der Schule kurz vor dem 21. Januar große Reden geschwungen hätten, so daß die Eltern, als ihnen die Kinder davon berichteten, nachher einfach baff waren. Sowohl auf den Volksschulen wie auf den Gymnasien hat es Lehrer gegeben, die den Kindern gesagt haben: Am 21. Januar wird geschossen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe bisher die allergrößte Hochachtung vor den Lehrern gehabt. Aber in dieser Zeit hat ein großer Teil der Lehrerschaft ein hohes Maß von Vorniertheit gezeigt. Wie denken sich die Leute das eigentlich? Revolutionen werden doch nicht auf Kommando „gemacht“. Man kann doch nicht sagen: Nächsten Sonntag 12 Uhr beginnt die Revolution. (Große Heiterkeit.) Selbst in den Hotels hat man vielfach den Fremden aufgebunden, am Sonntag gebe es Revolution. Aber war denn das ein Wunder? Die Militärbehörde hat ja nicht nur die Kriegsmannschaften bereit gehalten, sondern sie hat sogar die Lazarette darauf vorbereitet, daß Verwundete aufgenommen werden können. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Alles in allem kann man nur sagen: O sancta simplicitas! (O heilige Einfalt!) Das Wort, das mir sonst noch auf der Zunge schwebt, darf ich nicht sagen. (Heiterkeit.) Ich würde sonst den zweiten Ordnungsruf bekommen. (Heiterkeit.) Halten Sie denn die Sozialdemokraten für so dumm, daß Sie ihnen zutrauen, sie wollten mit Revolvern gegen die Hinterlader der Soldaten kämpfen? Nein, die Leute, die die Revolver gekauft haben, sind reiche Bourgeois gewesen, die geglaubt haben, man wolle ihnen in den Geldschrank steigen. (Heiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ein Bankbeamter hat mir erzählt, daß die Bank ihre gesamten Depositen für den Sonntagnachmittag fortgeschafft hat. Sie sprechen immer von dem Durst nach Revolution. Gab es jemals irgend ein Volk, das Durst nach Revolution gehabt hätte? Ein Volk schreitet immer nur dann zur Revolution, wenn es nichts mehr anders kann. Aber deutsche Junker und deutsche Geistlichkeit haben seit Jahrhunderten das Volk in der allerfurchtbarsten Weise ausgebeutet. (Unruhe rechts.) Was für einen Fanatismus der christliche Pastor Herr Stöcker entwickeln kann, wenn er gegen die Sozialdemokratie losgeht, das hat sich neulich gezeigt. Der Fanatiker schlägt in ihm den Christen tot. Alle die wunderbaren Grundsätze und Lehren des Christentums: „Liebet Eure Feinde“, „Tut wohl denen, die Euch hassen“, „Vergebt denen, die Euch beleidigen“, hat Herr Stöcker vergessen. Man mußte nur das fanatisch verzerrte Gesicht sehen, (Große Heiterkeit.) mit dem er ausrief: „Kampf bis zum äußersten!“ **Den Kampf mit Herrn Stöcker nehmen wir sehr gern auf.** Der Geist Stöckers ist der Geist der regierenden Kreise in Preußen. Es war sehr charakteristisch, daß ein Mann wie Graf Posadowsky, der doch für den modernsten Minister gilt — früher war es der Reichskanzler, aber da wir ihn noch nicht gekannt, (Große Heiterkeit links.) jetzt hat er sich schlimmer entpuppt als der ärgste Junker — daß also auch Graf Posadowsky das allgemeine Wahlrecht glatt ablehnte. Der „rocher de bronce“ (eherne Fels!) zittert vor den sozialdemokratischen Wahlzetteln. Gegenüber der Stellungnahme des deutschen Staatsmannes erinnere ich an die Haltung des Barons Fejervary, der im Namen der ungarischen Regierung erklärte: Ein Parlament ohne das allgemeine Wahlrecht könne keine Empfänglichkeit für die wahren Bedürfnisse des Volkes haben, von der Ausübung der politischen Rechte könne niemand ausgeschlossen werden, der seine Pflichten gegen den Staat erfülle. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei uns aber will Herr v. Zedlitz sogar, daß der Süden die Reaktion des Nordens nachahmt, während Prinz Ludwig in Bayern hinwiederum das von der zweiten Kammer geschaffene Wahlrecht für eigentlich noch nicht weit genug gehend erklärte. Er verlangte, daß die jeweilige Volkszählung zur Basis des Wahlrechts genommen wird. Durch seine Haltung hat Prinz Ludwig den Herren in Preußen eine recht

kräftige moralische Ohrfeige

gegeben: (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein preußischer Prinz es wagen würde, derartige Anschauungen kundzugeben, wehe ihm! Ich glaube, es gäbe unter den Junkern Leute, die ihn für verrückt erklärten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir eine Bestimmung in der Verfassung hätten, wonach das Volk aus den regierenden Fürstenhäusern den Kaiser zu wählen hätte, ich gebe Ihnen mein Wort: Prinz Ludwig hätte die allergrößte Aussicht, nächstens deutscher Kaiser zu werden. (Große Heiterkeit.) Fürst Bülow merkt die agrarische Fliege hinter seinem Rücken, aber er sieht nichts und hört nichts, wenn Millionen von deutschen Arbeitern nach politischer Gleichberechtigung schreien. Für deren Bedürfnisse hat er eine Rhinozeroshaut, (Abg. v. Heyl: Sehr gut!) und Herr v. Heyl findet, daß diese Rhinozeroshaut dem deutschen Reichskanzler sehr gut steht. (Große Heiterkeit.) Lassen Sie es mir darauf ankommen — die Bewegung ist im Fluß, die Massen lassen von ihren Forderungen nicht ab, und wenn nicht anders, so werden einst in einer neuen 4. August-Nacht

die ganzen Reaktionäre in den Orkus

geworfen. Der deutsche Arbeiter fühlt sich als vollberechtigter Staatsbürger; er wird sich sein Recht nehmen, wenn man es ihm nicht gibt. Politische Gleichheit, soziale Gerechtigkeit für alle Menschen auf dem Boden eines gleichen Wahlrechts! Wir erobern dieses Recht —

unser die Welt trotz alledem!

(Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bundesratsbevollmächtigter der freien Hansestädte, Senator Dr. **Klügmann**: Es ist mir mitgeteilt worden, daß Herr Bebel die Aeußerung getan hat, in der Cholerazeit sei die Hamburger Bürgerschaft aus ihrer Vaterstadt geflüchtet und habe die Sorge für die Cholerakranken den sozialdemokratischen Arbeitern überlassen. Als Beweis dafür ist lediglich angeführt worden, daß zur Verbreitung eines Flugblattes sozialdemokratische Arbeiter benutzt worden seien. Der Herr Abgeordnete von Hamburg hat hiermit eine Aeußerung getan, die er nicht verantworten kann. (Widerspruch des Abg. Bebel.) Ich muß die Behauptung auf das entschiedenste als gänzlich unbegründet zurückweisen. Die Leistungen der Hamburger Bürgerschaft und aller mit bürgerlichen Mitgliedern besetzten Behörden während der furchtbaren Epidemie sind als ausgezeichnet in jeder Hinsicht anerkannt worden, nicht nur in Deutschland, sondern weit über Deutschland hinaus. — Auf die gegen mich persönlich gerichteten Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Bebel gehe ich selbstverständlich nicht ein. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Meine prinzipielle Aeußerung über die Einwirkung einer Durchführung der sozialdemokratischen Organisation auf den Handelsbetrieb halte ich für in keiner Weise widerlegt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Büsing** (natl.): Wir halten das Reich nicht für kompetent, den Einzelstaaten die Form ihres Wahlrechts vorzuschreiben. Nicht aus Furcht vor der Sozialdemokratie nehmen wir diesen Standpunkt ein, den wir schon vor 35 Jahren vertreten haben. Wir lassen nicht rütteln an der staatlichen Selbständigkeit der Einzelstaaten und lassen sie nicht zu Provinzen degradieren. Meine Parteigenossen in Sachsen haben allerdings in der Mehrheit 1895 der Wahlrechtsverschlechterung zugestimmt. Aber die Nationalliberalen im Reiche haben dieses Verhalten der Mehrheit der sächsischen Kammermehrheit nie gebilligt. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.)

Auf der anderen Seite mißbillige ich ebenso entschieden das Wahlbündnis unserer badischen Freunde mit der Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Die ganzen langatmigen Ausführungen des Abg. Bebel über die bürgerlichen Parteien in der Vergangenheit waren hinfällig. Was unsere Väter erstrebt haben, wir haben es ohne Revolution erreicht durch die Siege unserer Armee. (Lebhafter Beifall rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Bebel warf uns vor, das deutsche Bürgertum habe keine politischen Ideale mehr. Aber was sind denn Ihre Ideale? (Sehr gut! rechts.) Wollen Sie bloß die Massen verhetzen und unzufrieden machen? Oder ist Ihr Ideal die russische Revolution, die Pariser Kommune? Fast möchte ich das von dem Abg. Bebel glauben. Habe ich doch selbst mitangehört, wie er von dieser Stelle aus die Kommune verherrlichte und mit den Worten schloß: „Krieg den Palästen, damit die Hütten Frieden haben!“ Aber allgemein kann doch das Ideal der Sozialdemokratie nur in jenem nebelhaften Zukunftsstaat bestehen, von dem Sie träumen. Wir aber haben ein anderes Ideal: Das geeinte Deutsche Reich und den Kaiser an der Spitze. (Stürmischer Beifall rechts und in der Mitte. Lachen bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Abg. Ledebour: Dieses Preußen ist Ihr Ideal?!) Wohl wissen wir, daß noch nicht alles gut und herrlich ist, aber die Grundlage ist geschaffen. Fragen Sie uns, wie tief uns ins Herz geschrieben steht unser herrliches Deutsches Reich und sein Kaiser. (Lachen bei den Soz.) Ihr Lachen berührt mich nicht. Ich bin ein alter Mann — aber nie vergeß' ich den Tag, da zu uns durchs ganze deutsche Volk die Kunde drang: Wiedererstanden sei das Deutsche Reich und ein deutscher Kaiser. (Jubelnder Beifall bei allen Parteien des Hauses außer der Sozialdemokratie.) Ein Jubel ging durch alle deutschen Gaue wie nie zuvor. Wie himmlischer Glockenton durchflog die Kunde vom neuerstandenen Reich und Kaiser das ganze Reich! Versuchen Sie es, uns zu nehmen, was wir haben, anzustürmen gegen unsere Ideale. Ich gebe Ihnen die Versicherung: Ihre Revolutionsversuche werden scheitern und zerschellen an dem granitenen Fels der politischen Ideale des deutschen Bürgertums. (Stürmischer, minutenlanger Beifall. — Als er sich zu legen beginnt, ruft Abg. Bebel: Aber warum sagen Sie das alles? Wie gehört das hierher? — Abg. Büsing schlägt die Hände über dem Kopfe zusammen.) Es war die Antwort auf Ihre Angriffe auf den Idealismus des Bürgertums, die auch nicht zum Wahlrechtsantrage gehörten. Der Redner geht dann in längeren Ausführungen auf die Verfassungsfrage in Mecklenburg ein und fragt an, warum noch immer nichts geschehen sei, trotzdem Graf Posadowsky im Vorjahre wiederum von dem ernsten Willen der mecklenburgischen Regierung gesprochen habe, endlich eine Verfassung zu schaffen.

Abg. **Pachnicke** (frs. Vg.): Der Abg. Büsing hat zugegeben, daß Kompetenzbedenken dem sozialdemokratischen Antrag nicht entgegenstehen. Wenn er juristisch möglich ist, wird also jede Partei sachlich so urteilen, wie sie es mit dem Wahlrecht meint. Ich nehme den Konservativen es also gar nicht übel, daß sie das preußische Wahlrecht behalten, ja womöglich auf das Reich ausdehnen wollen. Graf Limburg-Stirum, Graf Mirbach und in den jüngsten Tagen erst die „Kreuzzeitung“ sind ja offen für die Beseitigung des Reichstagswahlrechts eingetreten. Aber auf der anderen Seite sollte über mangelnden Idealismus nicht klagen, wer ihn durch Appell an die Sonderinteressen und die Begehrlichkeit der einzelnen Klassen getötet hat. Uns ist das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht ein

Ausfluß des deutschen Rechtsgefühls,

das die Wurzel der konstitutionellen Monarchie ist, uns ist es die Grundlage der deutschen Macht auf dem Weltmarkte, gleich der allgemeinen Wehr- und Steuerpflicht ein Eckpfeiler des deutschen Staatenhaus, der nicht ohne tiefgreifende Erschütterung beseitigt werden könnte. Diese Verhandlung hat **das Wesen eines Glaubensbekenntnisses.** Deshalb hoffen wir, daß die Einzelstaaten unseren Wünschen schließlich doch nachgeben und das Wahlunrecht beseitigen, wenn dieser Antrag auch abgelehnt wird.

Als Vertreter eines mecklenburgischen Kreises will ich noch einige Worte im Interesse Mecklenburgs hinzufügen: In Mecklenburg gilt leider noch immer das alte so unwahre Wort, daß für mecklenburgisches Wesen das Wählen überhaupt nicht tauge! Dort gilt noch immer der

Landesvertrag von 1755

zwischen dem Landesherrn und den Ständen, also **ein privater Vertrag.** Der mecklenburgische Stamm ist so tüchtig wie jeder andere. Trotzdem ist Mecklenburg auf allen Gebieten zurückgeblieben — in der Schule, der Finanz, der Kommunalverwaltung. Daher kommt es, daß in Mecklenburg-Schwerin nur 46, in Strelitz sogar nur 35 Einwohner auf den Quadratkilometer kommen. Das ist die Folge davon, daß die vorhandenen Kräfte in Handel und Industrie künstlich zurückgehalten werden im Interesse des Großgrundbesitzes, der dort herrscht. Rußland wird seine Duma erhalten, Montenegro seine freiheitliche Verfassung, ein chinesischer Prinz wird parlamentarische Regierungsformen studieren. (Heiterkeit.) Mecklenburg bleibt allein in der Entwickelung zurück. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Reich nach Artikel 78 der Verfassung für diese Fragen zuständig ist. Dieser Ansicht ist auch der Staatsrechtslehrer Laband. Indessen ist diese Frage ja weniger eine juristische als eine politische. Um das Unrecht zu beseitigen, stimmen wir dem ersten Teile des Antrages zu, den zweiten Teil lehnen wir ab, weil er die Durchführung unserer Forderungen erschwert. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. **Frhr. v. Maltzan** (k.): Ich gehöre zu denjenigen konservativen Abgeordneten, welche einem Ausbau der mecklenburgischen Verfassung wohlwollend gegenüber stehen. Alle Konservativen sind aber darin einig, daß eine Einmischung des Reiches unbedingt zu verwerfen ist. Redner polemisiert sodann gegen Ausführungen des Abg. Herzfeld im mecklenburgischen Volkskalender. Dort werde gesagt, es sollten keine Zinsen mehr gezahlt werden. Was sagen denn Herr Bebel, der eine große Erbschaft gemacht hat, Herr Singer und Herr Dr. Südekum, der doch auch nicht zu den Armen gehört, dazu? (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich bitte, nicht auf die Privatverhältnisse von Abgeordneten einzugehen. (Heiterkeit.)

Abg. Freiherr **v. Maltzan** (fortfahrend): Der Abgeordnete Dr. Pachnicke meinte, wir hielten die Kräfte in Handel und Industrie zurück. Nicht wir tun das, sondern die Sozialdemokraten. So hat z. B. die Stadt Güstrow durch einen Streik an Bevölkerungszahl abgenommen. Gleiche Befürchtungen hegen wir wegen der Vorgänge auf der Neptunwerft in Rostock. Der Abg. Herzfeld hat früher erklärt, jetzt sei er noch der einzige mecklenburgische Vertreter, der der Sozialdemokratie angehöre, bald würden es drei sein. Dr. Herzfeld ist der einzige sozialdemokratische Vertreter geblieben. **Im mecklenburgischen Landtag wollen wir die mecklenburgische Verfassung so ändern, wie es im Interesse des Reichs und Mecklenburgs liegt** (Beifall rechts).

Abg. **Blumenthal** (südd. Volksp.):

Alle Redner haben eine Verbeugung vor dem allgemeinen Wahrecht gemacht, auch der Regierungsvertreter. Daraus geht die agitatorische Bedeutung dieses Antrages hervor. Zweifellos ist das allgemeine Wahlrecht allein geeignet, den wirklichen Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Man hat ein allzu großes Anwachsen der Sozialdemokratie von der Gewährung des allgemeinen Wahlrechts befürchtet. Die sozialdemokratische Gesinnung aber kann man doch dadurch nicht beseitigen, daß man ihr den Ausdruck verwehrt. Man kann nicht gegen den Strom schwimmen, man muß vielmehr suchen ihn zu regulieren. (Sehr richtig! links.) Unsere Reichslande nehmen ja leider noch eine besondere Stellung ein. Der vorliegende Antrag unterscheidet mit Recht zwischen den Bundesstaaten und den Reichslanden. In Elsaß-Lothringen erstreben alle Parteien eine Aenderung dieses als unwürdig empfundenen Zustandes. Ich freue mich, daß der Kollege Delsor sich hier neulich auch in diesem Sinne ausgesprochen hat. Immerhin kann er sich nicht wundern, wenn einige den Kampf der Partei des Herrn Delsor für das allgemeine gleiche Wahlrecht nicht ganz ernst nehmen; denn bei der Abstimmung im Landesausschuß haben zehn Mitglieder, die der Partei des Herrn Delsor angehören oder doch mit ihrer Hülfe gewählt sind, ohne Entschuldigung gefehlt. Auch unter den 32 Stimmen, die dafür waren, sind einige unsichere Kantonisten. Einige Leute sprachen sich so aus, daß man glaubte, man hörte den Fürsten Bülow im preußischen Herrenhause sprechen. (Heiterkeit.) Ein richtiger Demokrat darf sich nicht davor fürchten, wenn die sozialdemokratischen Stimmen zunehmen. Zwei Argumente hat der Abgeordnete Delsor vorgebracht. Heimlich hätten die Beamten für den Sozialdemokraten agitiert, sagt er. Woher weiß Herr Delsor es denn, wenn es heimlich geschehen ist? (Heiterkeit!) Einer Erweiterung durch sozialdemokratische Stimmen bedarf die Regierung in Elsaß-Lothringen nicht. Da ist vor kurzem eine Schrift von einem Herrn Stephany erschienen, deren Lesen verboten ist, womit nicht gesagt sein soll, daß sie nicht gelesen wird. (Heiterkeit!) Er hat eine Reihe von Dingen gesagt, die unwahr waren, aber das ist nicht das Interessante (Heiterkeit!), er hat auch Dinge gesagt, die wahr sind. (Heiterkeit!) Aus diesen Veröffentlichungen sieht man, welche bodenlose Sorglosigkeit die elsaß-lothringische Verwaltung besaß, als es sich darum handelte, einen Vertrauensposten zu besetzen. Diese Chronique scandaleuse hat die uralte Praxis: sogenannte

schwarze Listen

zu führen, aufgedeckt. In diese Listen werden Leute eingetragen, welche im Falle der Einführung des Belagerungszustandes oder eines Krieges sofort unter Schloß und Riegel gesetzt werden sollen. Selbstverständlich sind die harmlosesten Leute auf die Listen gesetzt worden; denn wie sollte man die etwa vorhandenen nicht-harmlosen Leute finden, wenn die Behörden auf Leute wie Stephany angewiesen sind! Leute, die vielleicht einmal einen Polizeikommissar oder den Freund eines Polizeikommissars geärgert haben! (Heiterkeit.) Diese Veröffentlichung hatte in den Reichslanden die allergrößte Empörung hervorgerufen. Die Regierung aber erklärte, sie könne diese schwarzen Listen nicht entbehren, so lange es noch so viele Leute gäbe, die nach dem Westen hinüberschauten. Ja wenn man all die Leute, die nach dem Westen schauen, auf die Listen setzen sollte, so hätten sie ja gar nicht genug Papier. (Heiterkeit.) Was sollen denn die Leute tun? Sollen sie etwa nach dem Osten schauen? Das ist ja heutzutage noch viel gefährlicher. (Heiterkeit.) Im Frieden den Belagerungszustand vorzubereiten, das ist wirklich mehr als man selbst von der gewissenhaftesten Regierung begehren darf. (Heiterkeit.) Die Regierung macht sich selbst zum fürsorgenden Denunzianten. (Sehr richtig! links.) Unter solchen Umständen ist an eine gedeihliche Entwickelung der Verhältnisse in Elsaß-Lothringen nicht zu denken.

Herr Delsor hat dann auch gegen

das Frauenstimmrecht

gesprochen. Man kann darüber streiten, aber seine Argumente waren verkehrt. Er führte an, er sei nachträglich zu der Ueberzeugung gekommen, daß er mit 20 Jahren doch noch nicht reif genug war. Nun — 1867 war Herr Delsor Seminarist; sollte er etwa als solcher in einer schwachen Stunde rot gestimmt haben? Ich glaube, er wird auch damals schon schwarz gestimmt haben, und dazu gehörte auch 1867 keine übermäßige Urteilskraft. (Heiterkeit links.) Was das Frauenwahlrecht anbetrifft, so werden wir uns da mit Herrn Delsor leicht verständigen. Wenn er erklärte, er habe alle Frauen unter seiner Kutte, so bin ich überzeugt, daß wir auch noch einige für uns behalten werden. (Heiterkeit.) Am meisten hat sich Herr Delsor doch wohl über das Resultat geärgert, daß wir die Klerikalen geschlagen haben. Ich meine, einen richtigen „Block“ kann es nur nach links geben, der wird nie auseinanderfallen. (Beifall links.)

Geheimrat **Halley**: Wir haben in Elsaß-Lothringen die direkten Wahlen für alle Selbstverwaltungskörper. Darin gehen wir sehr viel weiter als viele Bundesstaaten.

Auf die bekannte, vom Vorredner erwähnte Broschüre eines verkommenen früheren Beamten will ich im allgemeinen nicht eingehen und nur bemerken, daß die Verzeichnisse, die sogenannten schwarzen Listen,

von der höchsten Instanz,

nicht von den Polizeikommissaren aufgenommen wurden. Es sind in die Listen nur solche Personen aufgenommen, bei denen man vermöge ihrer Gesinnung, ihres Charakters und ihrer bisherigen Haltung glaubte, daß sie im Falle eines Krieges dem Feinde tätige Hülfe leisten würden. Irgendwelche Unbequemlichkeiten sind diesen daraus nicht erwachsen und werden ihnen nicht erwachsen, solange wir den Frieden haben, und wir hoffen diesen noch sehr lange zu erhalten. (Heiterkeit.) Anders ist es im Falle eines Krieges, da heißt es: à la guerre comme à la guerre. (Im Kriege gilt Kriegsrecht!)

Wie nötig solche Listen sind, kann man schon daraus ersehen, daß — als früher einmal die Gefahr eines Krieges bestand — von einer solchen Person die Sprengung eines Tunnels vorbereitet wurde. Wir haben also Ursache, uns unsere Stellung nicht durch eigene Sorglosigkeit zu erschweren. Es ist also nichts als

eine zweckentsprechende Kriegsvorbereitung.

Je mehr sich das Land beruhigt, desto weniger Leute befinden sich in der Liste. Ich werde den Tag begrüßen, an dem niemand mehr auf dieser Liste verzeichnet ist. Von all den Leuten, die in der Broschüre angeführt sind, befindet sich kein einziger auf der Liste; der Herr hat wahrscheinlich die Namen aufgeschrieben, die er selbst vorgeschlagen hat. Aber seine Vorschläge sind von den höheren Behörden nicht angenommen worden.

Abg. **Bruhn** (Antis.): Wir sind Anhänger des allgemeinen gleichen Wahlrechts, halten jedoch den sozialdemokratischen Antrag für verfehlt, weil die Einführung des Wahlrechts Sache der Einzelstaaten sein muß. Die Sozialdemokratie will in dieser Frage das Gute, bewirkt aber das Böse, weil durch ihre Agitation die Abneigung der herrschenden Kreise gegen das gleiche Wahlrecht verstärkt wird. Die Freisinnigen üben bei dem Dreiklassenwahlrecht den schlimmsten Terrorismus aus. (Lachen bei den Freisinnigen.) Wenn der sozialdemokratische Antrag auch so abgeändert werden sollte, daß man an sich zustimmen könnte, so halte ich zurzeit die Zustimmung nicht möglich, weil die Großmannssucht, der Größenwahn einen Dämpfer verdient. (Beifall bei den Antisemiten.)

Abg. **Semler** (natl.): Ich habe die Gerechtigkeit bei Herrn Bebel vermißt. Schwer ungerecht war sein Vorwurf, die Bourgeoisie sei vor der Cholera in Hamburg geflohen. Mit vielen anderen bin ich damals heimgereist: in der ersten Bürgerschaftssitzung fehlten nur drei kranke Mitglieder. Das war die Flucht der Bourgeoisie — Ungerecht ist auch der Vorwurf gegen die Hamburger „Pfeffersäcke“, sie mißbrauchten leichtfertig ihre Macht. Jeder dieser Männer ist sich bewußt gewesen, daß sie dem dritten Stande angehören, der einmal auch um sein Recht gerungen hat. Diese 120 Leute haben sich zufällig zusammengefunden in der bitteren Not (lautes Gelächter bei den Soz.) ihrer eigenen Anschauung. Im Falle eines Fehlschlages ihrer Absicht waren sie sicher ihr Mandat zu verlieren. (Zurufe bei den Soz.: Geheime Stimmabgabe!) Das ist ein ganz anderer Punkt. (Widerspruch bei den Soz.) Schlimm genug, daß Sie mit Ihrem Boykott, Ihren schwarzen Listen eine Anzahl von Leuten um ihrer Existenz willen in die Notlage gebracht haben, den Antrag auf geheime Abstimmung einzubringen. (Lachen bei den Soz.).

Abg. **Liebermann von Sonnenberg** (Antis.): Die Regierung kann sich von der Sozialdemokratie nicht die Pistole auf die Brust setzen lassen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein starkes Stück, daß der Abgeordnete Bebel uns mit einer mehr als zweistündigen Rede gelangweilt hat. Ich habe eine so

„langweilige“ Rede

noch nicht gehört. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Der Abgeordnete Bebel hat mit einem ihn auszeichnenden

Mangel von Volksbewußtsein

von der Knechtung der Estländer und Livländer gesprochen. Was diese Volksstämme geworden sind, sind sie geworden durch deutsch-

Kraft und deutsche Gesinnung (Lebhafter Beifall rechts); sie sind es geworden durch die Ritterschaft, die die Bauernemanzipation durchgeführt hat. Die Sozialdemokraten dagegen haben erst das große Wort geführt und sich nachher feige gedrückt. Also dieses Blut haben die Sozialdemokraten außerhalb dieses Hauses auf ihrem Gewissen. Die sich innerhalb dieses Hauses befinden, mögen sich mit ihrem Gewissen allein abfinden. (Heiterkeit rechts.) Ich bedauere, daß in Hamburg Sozialdemokraten zum Verteilen der Flugblätter benutzt worden sind. Es hätten sich auch andere dazu gefunden. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (frs. Vp.): Der Abg. Bebel hat den Berliner Lehrern (Abg. Bebel: Nur einem Teil!) den Vorwurf gemacht, daß sie ein unglaubliches Maß von Borniertheit gezeigt hätten. Wenn seitens einzelner Lehrer Fehler gemacht werden sollten, so möge man diese Fälle im einzelnen darlegen. So lange man das aber nicht tut, muß ich den allgemeinen Vorwurf der Borniertheit zurückweisen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. **Hermes** (frs. Vp.): Ich möchte kurz die Angriffe zurückweisen, welche der Kollege Bruhn gegen den angeblichen Terrorismus der Freisinnigen bei den Stadtverordnetenwahlen und bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause gemacht hat. Ich erkläre seine Aeußerungen hierüber für ein **reines Märchen!** Wenn er eine solche Behauptung aufstellt, so müßte er Namen nennen. Er müßte bezeugen, welche Leute von uns boykottiert sind usw.

Abg. **Bruhn** (Ant.): Die freisinnige Volkspartei wirft den Konservativen ebenfalls ganz im allgemeinen Terrorismus bei den Wahlen vor. Wenn also meine Behauptung ein Märchen sein soll, so ist auch diese Behauptung der Freisinnigen ein Märchen. (Beifall bei den Antisemiten.)

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (frs. Vp.): Herr Bruhn hat soeben gesagt, daß seine Behauptungen über die freisinnige Volkspartei auf demselben Niveau stehen wie die Behauptungen der freisinnigen Volkspartei über Wahlbeeinflussungen durch die Konservativen. Unsere diesbezüglichen Behauptungen haben wir niemals in solcher Allgemeinheit gemacht, sondern — genau substantiiert und mit Beispielen belegt — in der Wahlprüfungskommission aufgestellt. Mit unsubstantiierten allgemeinen Behauptungen zu arbeiten, ist echt antisemitisch. (Sehr richtig! links.)

Damit schließt die erste Beratung des Antrages. Ein Antrag auf Kommissionsberatung liegt nicht vor. **Die zweite Beratung erfolgt im Plenum und zwar nächsten Mittwoch.**

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Zweite Beratung des Gesetzes über die Ausgabe von Reichsb[illegible] 5 und 20 Mark. Fortsetzung der zweiten Etatsberatung.

Schluß $6^1/_2$ Uhr.

Parlamentarisches.

Regierungsschulen neben Missionsschulen? und Begnadigung des Hauptmanns Kannenberg bildeten die Hauptthemata in den Verhandlungen der Budgetkommission am Dienstag und gestern.

Die Forderung von 52 200 M. für Regierungsschulen wurde vom Zentrum mit dem Hinweis auf die schon bestehenden Missionsschulen bekämpft. Dabei verriet das Zentrum, wie ihm Genosse Bebel sofort auf den Kopf zusagte, daß es in erster Linie um der Christianisierung der Neger willen die Kolonialpolitik akzeptiert. Das Bestreben des Zentrums, den Mohammedanismus auszurotten, werde vergeblich sein, denn bisher seien alle Versuche in dieser Richtung gescheitert. Wenn das Zentrum sich darüber beklage, daß in Ostafrika die Regierung auch den Mohammedanismus dulde, ja als Schützerin dieser Religion angesehen werde, wolle es sich auch der Tatsache erinnern, daß der deutsche Kaiser im ganzen Orient als Schutzherr des Mohammedanismus betrachtet werde. Die Regierung tue sehr gut daran, in Ostafrika das kulturell fortgeschrittenere mohammedanische Element nicht zu unterdrücken. Die Regierungsforderung wurde gegen die Stimmen des Zentrums bewilligt.

Eine Forderung von 979 440 M. für europäische Angehörige der Schutztruppe führte zu einer sehr scharfen Debatte. Der Abg. Erzberger wies nämlich darauf hin, wie dem Abg. Genossen Bebel vor vier Jahren im Reichstage, auf eine Anfrage über schwere Verfehlungen eines Hauptmanns Kannenberg in Ostafrika, geantwortet worden ist. Der Hauptmann soll eine Mutter und ihr Kind im Zorn darüber, daß das Kind ihn nachts durch Schreien gestört habe, erschossen haben. Dem Abg. Bebel ist geantwortet worden, der Hauptmann sei mit Dienstentlassung und 3 Jahren Gefängnis bestraft worden. Die Regierung habe jedoch verschwiegen, daß dem Hauptmann durch ein Gnadenerlaß des Kaisers, zwei Monate **vor** Bebels Anfrage, die volle Pension gewährt worden ist. Warum habe die Regierung das verschwiegen, statt dem Abg. Bebel die volle Wahrheit zu sagen? Besonders interessant dabei ist, daß die Kolonialverwaltung beim Militärkabinett angefragt hat, was sie im Reichstage antworten solle, wenn der Fall des Hauptmanns Kannenberg zur Sprache komme. Das Militärkabinett erklärte: Alles sagen, was nötig ist. Weiter erhob Abg. Erzberger gegen den Geheimrat v. König den Vorwurf, wissentlich in Eingaben an das Stettiner Oberlandesgericht und an das Justizministerium die Unwahrheit gesagt zu haben. Es handelte sich dabei um die Wiedereinstellung eines Beamten in den Justizdienst, der bisher im Kolonialdienst tätig war. Oberst Ohnesorg erklärte, von der Tötung eines Kindes und seiner Mutter durch den Hauptmann Kannenberg sei ihm und der Regierung nichts bekannt. Der Hauptmann sei verurteilt worden, weil er einem Dorfhäuptling und einem anderen Neger 100 bezw. 175 Hiebe verabreichen ließ. Der mit 100 Hieben mißhandelte Neger ist gestorben, vermutlich aber nur deshalb, weil ein Soldat den so barbarisch mißhandelten Mann noch extra mit dem Gewehrkolben traktiert habe. Als Kannenberg auf Grund seiner Selbstbezichtigung verurteilt war, bat er den Kaiser, ihm doch die Pension zu belassen. In Anbetracht der großen Verdienste des Offiziers sei dem Gesuch entsprochen worden. Der Zentrumsabgeordnete Dahlem bezeichnete diese Pensionsgewährung als einen Schlag ins Gesicht der öffentlichen Meinung. Genosse Ledebour übte gleichfalls scharfe Kritik daran, daß man einem Manne, der einer solchen Barbarei fähig sei, wie Hauptmann Kannenberg, aus Reichsmitteln eine Pension gewähre, während armen und bedürftigen Kriegsteilnehmern geringster Vergehen wegen eine Beihülfe abgeschlagen wird. Wenn gewisse Leute dem Hauptmann eine Rente gewähren wollten, so mußten sie richtigerweise in die eigene Tasche greifen, die ja gefüllt genug sei. Herr Peter Spahn schien von der Kritik seines Fraktionsgenossen Erzberger und der des Genossen Ledebour entsetzt zu sein. In einen Gnadenakt des Kaisers dürfe nicht eingegriffen werden, der ein unveräußerliches Recht des Monarchen sei. Für die Kolonialverwaltung habe auch keine Verpflichtung bestanden, in ihrer Antwort auf Bebels Anfrage den Gnadenakt zu erwähnen. Erbprinz Hohenlohe erklärte, daß er jede Vertuschung für sehr töricht und unrecht halte. Von den besprochenen Fällen sei er nicht unterrichtet. Genosse Schöpflin kritisierte die bisher praktizierte Methode der Kolonialverwaltung, Anfragen nur halb zu beantworten. Das habe zu dem großen Mißtrauen gegen die Verwaltung geführt, verlängere die Verhandlungen, die jetzt zu einer förmlichen Qual geworden seien. Es liege im Interesse der Regierung und fördere die Arbeiten, wenn der neue Kolonialleiter anders verfahre, was er ja in anerkennenswerter Weise auch versprochen habe. — Heute Fortsetzung der Beratung.

Kraftfahrzeugsteuer und Quittungssteuer. Die Finanzreformkommission beschäftigte sich gestern zunächst mit der Vorlage der Versteuerung der Kraftfahrzeuge. Es wird für Krafträder eine Steuer von 10 M., für Kraftwagen mit 1 bis 2 Sitzplätzen 100 Mark, und für mehr als 2 Sitzplätze 150 Mark; als Grundbetrag außerdem von jeder Pferdekraft des Fahrzeuges bis zu 4 Pferdekräften 2 Mark, im übrigen 5 Mark. Dazu liegt ein Antrag von Dr. Becker vor, unterzeichnet von Held, Müller-Fulda, Racken und Sielermann, der entgegen dem Doppelprinzip der Vorlage nach Sitzen und Pferdekräften die Versteuerung nur nach Pferdekräften vorschlägt und zwar für Krafträder 10 Mark, für Kraftwagen von nicht mehr als 6 Pferdekräften 25 Mark, bis zu 10 Pferdekräften 50 Mark, bis zu 20 Pferdekräften 100 Mark und über 20 Pferdekräften 150 Mark als Grundbetrag, außerdem von jeder Pferdekraft und Teilen einer solchen bei Fahrzeugen (also auch Krafträdern) bis zu 6 Pferdekräften 2 M. und in derselben Staffelung wie oben 3, 5 und 10 M. Auch die Erlaubniskarten für Ausländer werden nach demselben Prinzip zu besteuern vorgeschlagen, wobei sich auch eine höhere Steuer ergibt, wie die Vorlage vorschlägt. Befreit von der Steuer sollen nach dem Antrage solche Kraftfahrzeuge sein, welche zur ausschließlichen Benutzung im Dienste des Reiches, eines Bundesstaates oder einer Behörde bestimmt sind und solche, die ausschließlich der gewerbsmäßigen Personenbeförderung dienen. Der Referent v. Oertzen sowohl wie der Korreferent Dr. Becker befürworteten die Ablehnung der Regierungsvorlage zugunsten des Antrages. Beide vertreten die Ansicht, daß es auf diesem Wege leichter sei, die Luxusfahrzeuge besser zu treffen und den von der Regierung berechneten Steuerbetrag von 3—4 Millionen wesentlich zu erhöhen. Genosse Reißhaus und Dr. Wiemer erklären sich gegen die Vorlage sowohl wie gegen den Antrag, trotz der Popularität, die etwa die Automobilsteuer für sich hat. Es sei dadurch eine Schädigung der in der Entwickelung begriffenen jungen Industrie zu befürchten, und Genosse Hoffmann bemerkt auf eine Aeußerung Müllers, daß diese Steuer eine wohltätige Wirkung auf den Automobilunfug auf der Landstraße auszuüben vermöchte, daß dies nur durch ein besonderes Gesetz zu erwarten sei, das merkwürdig lange auf sich warten lasse. Die Regierungsvorlage wird schließlich einstimmig abgelehnt und der Antrag Dr. Becker und Genossen mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Sodann wurde zur Quittungssteuer übergegangen. Sowohl der Referent Raab, wie der Korreferent Genosse Bernstein beantragen Ablehnung der Vorlage, weil durch deren Annahme eine ungeheure Belastung des ganzen Verkehrslebens herbeigeführt werde, unter der gerade die kleinen und mittleren Geschäftsleute und nicht minder die Arbeiter zu leiden haben würden. Zu der Vorlage liegt ein von Racken eingebrachter Antrag vor, der von Müller-Fulda erweitert worden ist. Nach diesem soll die Tarifnummer 9 folgende Fassung erhalten:

	Steuersatz vom Hundert
Quittungen über Bezüge (Gewinnanteile, Tantiemen), welche an die zur Beaufsichtigung des Geschäftsbetriebes von inländischen Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Genossenschaften bestellten oder gewählten Personen (Aufsichtsratsmitglieder) gezahlt werden	
soweit die jährliche Vergütung 500 M. nicht übersteigt	frei
soweit die jährliche Vergütung mehr als 500 M., jedoch nicht über 5000 M. beträgt	3
soweit die jährliche Vergütung mehr als 5000 M., jedoch nicht über 50 000 M. beträgt	4
soweit die jährliche Vergütung mehr als 50 000 M., jedoch nicht über 100 000 M. beträgt	5
soweit die jährliche Vergütung mehr als 100 000 M. beträgt	6
vom Betrage der an jedes Aufsichtsratsmitglied gezahlten Bezüge (Gewinnanteile, Tantiemen).	

Der Referent Raab erklärte sich für diesen Antrag, wohingegen unsere Genossen Bernstein, Lipinski und Singer sich prinzipiell gegen den Antrag erklären, so populär er immer erscheinen mag. Desgleichen nehmen Büsing und Dietrich dagegen Stellung und der Staatssekretär v. Stengel erklärt, daß er nicht im stande sei über die Aufnahme, die der Antrag bei dem Bundesrat finden werde, Auskunft geben zu können.

Die Debatte wurde schließlich abgebrochen und bis zur nächsten Sitzung auf Donnerstag vertagt. Soviel steht aber jetzt schon fest, daß die Quittungssteuervorlage auch einstimmig abgelehnt wird.

Erbschaftssteuer-Gesetzentwurf. Die Regierungsvorlage schlägt bekanntlich (im § 12) eine Erbschaftssteuer vor, die je nach dem Verwandtschaftsgrade 4 bis 10 Proz. betragen soll. In den §§ 13, 14, 15, 17 sind Ausnahmen zugunsten der Deszendenten, Kirchen, Fürsten, Großgrundbesitzer usw. vorgeschlagen. Seitens der sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission zur Vorberatung des Erbschaftssteuergesetzes (Singer, Albrecht, Bernstein, Metzger, Südekum, Thiele) ist vorgeschlagen, unter Beseitigung der §§ 13, 14, 15, 17 dem § 12 der Regierungsvorlage folgende Fassung zu geben:

„Die Erbschaftssteuer beträgt:

		für jede Nachlaßmasse im Werte von		
I. a) eins	vom Hundert	2 001	bis	3 000 M.
b) eineinhalb	„	3 001	„	5 000 „
c) zwei	„	5 001	„	10 000 „
d) drei	„	10 001	„	20 000 „
e) vier	„	20 001	„	30 000 „
f) fünf	„	30 001	„	40 000 „
g) sechs	„	40 001	„	50 000 „
h) sieben	„	50 001	„	75 000 „
i) acht	„	75 001	„	100 000 „
k) neun	„	100 001	„	200 000 „
l) zehn	„	200 001	„	300 000 „
m) elf	„	300 001	„	400 000 „
n) zwölf	„	400 001	„	500 000 „
o) dreizehn	„	500 001	„	1 000 000 „
p) vierzehn	„	1 000 001	„	5 000 000 „
q) fünfzehn	„	5 000 001	„	10 000 000 „
r) sechszehn	„	10 000 001 und darüber.		

II. Die Anteile an der Nachlaßmasse, die auf Grund gesetzlicher Erbfolge oder laut testamentarischer Verfügung des Erblassers an Erben oder als Legate zu verteilen sind, sind nach Abzug der vorbezeichneten Steuerbeträge von der Nachlaßmasse festzustellen und sind sodann für sie noch folgende weitere Steuerbeträge zu Lasten der Empfänger zu entrichten:

1. fünf vom Hundert für solche Erbanteile, die auf Verwandte des Erblassers entfallen, welche nicht gesetzliche Erben der ersten, zweiten oder dritten Ordnung (B. G.-B. §§ 1924, 1925, 1926) sind;
2. zehn vom Hundert für solche Erbanteile, die auf testamentarisch bedachte Nichtverwandte entfallen.

Anmerkung. Uneheliche Kinder sowie alle an Kindesstatt angenommenen Kinder sind hierbei den ehelichen Kindern, halbbürtige Geschwister den vollbürtigen Geschwistern gleichzusetzen."

Für die Berechnung der Erbschaftssteuer wird folgender Modus vorgeschlagen:

„Die Erbschaftssteuer wird für die Erhebung auf Grund von § 12 I nach dem Wert des Gesamtnachlasses, für den Zweck von § 12 II nach dem Gesamterwerb jedes der Erben oder letztwillig Bedachten aus der Erbmasse und seinem Verwandtschaftsverhältnis zum Erblasser berechnet."

Der sozialdemokratische Antrag verlangt ferner die Zufügung eines Paragraphen folgenden Inhalts:

„Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes treten die Abgabe und der Zoll auf Salz (Salzabgabengesetz vom 8. Mai 1867 mit Nachträgen und Nr. 280 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902) sowie der Zoll auf Petroleum und sonstige Mineralöle und fossile Rohstoffe (Nr. 239 des Zolltarifes vom 25. Dezember 1902) außer Erhebung."

Die Anträge kommen dieser Tage zur Beratung in der Kommission.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am Mittwoch über mehrere Petitionen sozialpolitischen Inhalts.

Der Süddeutsche Bund deutscher Rechtsanwaltsgehülfen-Verbände zu Augsburg petitioniert um gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse **der Angestellten der Notare und Rechtsanwälte.** In bezug auf die Arbeitszeit, Kündigungsfristen 2c. sollen ähnliche Bestimmungen erlassen werden, wie sie das Handelsgesetzbuch für die Handelsangestellten enthält. Ferner wird gefordert, daß statistische Erhebungen über das Arbeitsverhältnis der Rechtsanwaltsgehülfen veranstaltet und dabei Arbeitgeber und Arbeitnehmer gutachtlich vernommen werden sollen. — Die Kommission beschloß, die Petition dem Reichskanzler **zur Berücksichtigung** zu überweisen.

Der Rheinisch-Westfälische Frauenverband petitioniert um Abänderung des § 120 der Gewerbeordnung in dem Sinne, daß **obligatorische Fortbildungsschulen** durch Ortsstatut für **weibliche Gewerbe- und Handlungsgehülfen** eingeführt werden können. Die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule ist jetzt nur für die weiblichen Handlungsgehülfen zulässig, während sie auf gewerbliche weibliche Arbeiter nicht ausgedehnt werden darf. Auch diese Petition soll auf Beschluß der Kommission dem Reichskanzler **zur Berücksichtigung** überwiesen werden.

Der Süddeutsche Bezirksverband deutscher Kaufleute fordert, daß der obligatorische **Fortbildungsschulunterricht für männliche und weibliche Handlungsgehülfen** allgemein durch Reichsgesetz eingeführt werde. Die gewerblichen weiblichen Arbeiter wären aber davon ausgeschlossen, und für die gewerblichen männlichen Arbeiter würde die Angelegenheit nach wie vor der ortsstatutarischen Bestimmung überlassen bleiben. — Diese Petition soll dem Reichskanzler **zur Erwägung** überwiesen werden.

Eine Petition betreffend Einführung besseren Bauarbeiterschutzes und **Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf Bauplätze und Bauten** unter Zuziehung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande soll dem Reichskanzler ebenfalls **zur Erwägung** überwiesen werden, während über eine andere aus Unternehmerkreisen (den bekannten Anhängern des Herrn Felisch) gekommene Petition, die sich gegen die Baukontrolle durch Arbeiterkontrolleure ausspricht, **zur Tagesordnung übergegangen** wurde.

Uebergang zur Tagesordnung wurde ebenfalls beschlossen bezüglich einer Petition betreffend Abänderung der §§ 123 und 124 der Gewerbeordnung in dem Sinne, daß bestimmt wird, daß das Arbeitsverhältnis von beiden Teilen gelöst werden kann, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Von mehreren Seiten liegen Petitionen vor, welche die Einführung von **Arbeitskammern und Handlungsgehülfenkammern** im Anschluß an die Gewerbe- bezw. Kaufmannsgerichte fordern. Die Petitionskommission beschloß: Ueberweisung an den Reichskanzler **zur Berücksichtigung.**

Derselbe Beschluß wurde gefaßt bezüglich einer Petition der Frau Cauer, welche wünscht, daß eventuell bei den Wahlen zur Arbeits- und Handlungsgehülfenkammer auch **den weiblichen Personen das aktive und passive Wahlrecht** zuerkannt werde.

Die **technischen Angestellten** fordern **Zuständigkeit der Gewerbegerichte** für ihre Berufsgenossen, soweit deren Gehalt 3000 Mark nicht übersteigt. Ihre Petition geht auf Beschluß der Kommission **als Material** an den Reichskanzler.

Eine Petition wendet sich **gegen Einführung der Sonntagsruhe** in der Binnenschiffahrt; eine andere fordert die **Einführung von Legitimationskarten** an Stelle von Wandergewerbescheinen an die Detailreisenden. Ueber beide Petitionen wird **Uebergang zur Tagesordnung** beschlossen.

Der Christlichsoziale Metallarbeiter-Verband Ortsgruppe Stolberg (Rheinland) petitioniert **um Einschränkung der Sonntagsarbeit in den Zinkhütten.** Die Ausnahmebestimmungen, welche in bestimmten Fällen die Sonntagsarbeit zulassen, sollen keine Anwendung finden auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest. — Die Kommission beschloß, diese Petition dem Reichskanzler **zur Berücksichtigung** zu überweisen.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung der Berggesetznovelle betr. die Neuregelung des Knappschaftswesens setzte am Dienstagabend ihre Beratungen fort zu § 171b, welcher lautet: „Die Leistungen, welche Knappschaftsvereine und besondere Krankenkassen ihren Mitgliedern und deren Angehörigen in Krankheits- und Sterbefällen zu gewähren haben müssen die im Krankenversicherungsgesetz für die Betriebs- und Fabrikkrankenkassen vorgeschriebenen Mindestleistungen erreichen" lagen zwei Zentrumsanträge vor: 1. das Krankengeld auch an Sonn- und Feiertagen zu bezahlen, 2. als Mindestkrankengeld $^2/_3$ des ortsüblichen Tagelohnes festzusetzen. Diese Anträge riefen längere Erörterungen hervor. Von den Antragstellern wurde hervorgehoben daß die Krankenkassen bei höheren Leistungen besser fahren, weil die Kranken eher gesund werden würden. Seitens der Regierung wurden den Anträgen widersprochen, da sich die Bestimmungen der Novelle genau an die Bestimmungen des Krankenkassengesetzes anlehnen Im Gesetz seien nur die Mindestleistungen festgelegt und es sei den einzelnen Kassen erlaubt, statutarisch höher Beiträge zu zahlen. Beide Anträge wurden schließlich gegen die Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und der Polen **abgelehnt** Ebenso wurde der Zentrumsantrag abgelehnt, wonach die nach den Satzungen zu verhängenden Ordnungsstrafen der Betrag des täglichen Krankengeldes nicht übersteigen dürfen, und es blieb bei der Bestimmung der Vorlage, wonach **Ordnungsstrafen bis zum dreifachen Betrage des täglichen Krankengeldes** verhängt werden dürfen!! Bei § 171d, der den Kassenmitgliedern wenn sie das Arbeitsverhältnis lösen, die Möglichkeit gibt, die Mitgliedschaft freiwillig noch ein Jahr lang zu behalten, wurde von Zentrum ein Antrag auf Streichung dieser einschränkenden Bestimmung gestellt, so daß die freiwillige Mitgliedschaft auf unbegrenzte Dauer ermöglicht wird. Dieser Antrag wurde **abgelehnt.** Ein von polnischer Seite gestellter Antrag auf Streichung der Bestimmung, daß die ausgeschiedenen Mitglieder weder Stimmrecht ausüben noch Kassenämter übernehmen dürfen, wurde **abgelehnt.**

Zu § 171e, wonach Personen, welche infolge eintretender Erwerbslosigkeit aus einer Krankenkasse ausscheiden, der Anspruch auf die gesetzlichen Mindestleistungen verbleibt, wenn der Ausscheidende vor seinem Ausscheiden mindestens 3 Wochen ununterbrochen einer Knappschafts-, Orts-, Betriebs- oder Baukasse angehört hat, wollte ein nationalliberaler Antrag einfügen, „nicht selbstverschuldeter Erwerbslosigkeit". Es wäre damit bestimmt worden, daß streikende Arbeiter der Wohltaten des Paragraphen verlustig gegangen wären! Der nationalliberale Antrag wurde aber von der Mehrheit abgelehnt. Bei § 172, welcher bestimmt, daß auch Beamte in die Kasse aufzunehmen sind, wurde vom Zentrum beantragt, besondere Beamtenkassen mit eigener Verwaltungs- und Rechnungsführung zu bilden. Dieser Antrag wurde aber zugunsten eines nationalliberalen Antrages, wonach die Errichtung solcher Beamtenkassen nicht obligatorisch, sondern nur fakultativ festgelegt werden soll, zurückgezogen.

Aus der Partei.

Wahlrechtsdemonstrations-Versammlungen haben am Montag in einer großen Anzahl der größeren Orte des Großherzogtums Sachsen stattgefunden. In allen Versammlungen wurde die gleiche Resolution angenommen, welche sich gegen den Privilegiertenlandtag wendet und eine Volksvertretung auf Grund des gleichen geheimen und direkten Wahlrechts nach dem Pluralwahlsystem fordert. Aus den verschiedensten Teilen des Landes wird gemeldet, daß am Dienstagmorgen auf hervorragenden Punkten rote Fahnen gehißt waren mit der Inschrift: „Heraus mit dem gleichen geheimen und direkten Wahlrecht!"

Alt-Heidelberg, du Feine! In das Heidelberger Stadtparlament ziehen zum ersten Male Sozialdemokraten ein.

Rexhäuser und die „Leipziger Volkszeitung".

Unter dieser Ueberschrift lesen wir in der „Täglichen Rundschau":

Im „Korresp. für Deutschlands Buchdrucker" erklärt Redakteur Rexhäuser mit seiner Unterschrift auf eine Münchener Auslassung:

„Was soll denn nicht wahr sein? Beides ist wahr. Einmal ist wahr, daß die „Leipziger Volksztg." die viehischen Beschimpfungen gegen mich gebraucht hat, und zum andern ist wahr, daß seinerzeit Franz Mehring in der „Gartenlaube" die betreffenden Ausführungen (gegen die Sozialdemokratie, Schriftleitg.) gemacht hat. Doch steht, das ist meine Meinung, Mehring mit den gedachten Gemeinheiten nicht in Verbindung."

Die „Tägliche Rundschau" bemerkt dazu:

„Diese Erklärung wird veröffentlicht, nachdem der Vorstand des Buchdruckerverbandes beschlossen hat, dem „Korr." in Sachen „Leipz. Volksztg." einen Maulkorb anzulegen."

Aufruf

an die Organisationen aller Parteigenossen deutscher Zunge im Auslande.

Der unterzeichnete Verein, die Organisation der sozialdemokratischen Arbeiter deutscher Zunge in Paris, hält es im Interesse der internationalen sozialistischen Bewegung für geboten, die Gründung einer neuen Organisation anzuregen:

Eine Vereinigung aller Organisationen deutscher Sozialdemokraten im Auslande.

Welches sind die Aufgaben unserer Vereine? Sie lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Die Erhaltung und Förderung des sozialistischen Geistes bei den Ausgewanderten und die Propaganda unter den noch nicht für unsere Sache gewonnenen Landsleuten.

2. Die Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen den ausgewanderten Genossen und der Partei des Heimatlandes.

3. Die Unterstützung, geistige Ausbildung und Pflege der Geselligkeit im sozialistischen Geiste.

4. Die Anknüpfung von Beziehungen unserer Organisationen und unserer Mitglieder zu den sozialistischen Organisationen des Aufenthaltlandes, Anwerbung unserer Mitglieder für die dortigen Gewerkschaften, Genossenschaften usw.

Warum wollen wir diesen Aufgaben eine neue den Zusammenschluß mit den Parteigenossen in den verschiedenen anderen Ländern hinzufügen?

Unsere Anfrage beim deutschen Parteivorstande hat ergeben, daß diesem nur die Adressen von drei Organisationen im Auslande bekannt sind, obgleich deren eine große Anzahl besteht. Wenn nun auch eine unmittelbare Teilnahme an den politischen Parteiaktionen uns sowohl in der Heimat als im Auslande teils durch tatsächliche, teils durch gesetzliche Hindernisse versagt ist, so halten wir doch eine stärkere Betätigung für möglich, als sie bisher ausgeübt worden ist.

Die deutschen Vereine im Auslande sind die natürlichsten Stützpunkte der Mutterpartei und Bindeglieder zwischen ihr, den heimatlichen Gewerkschaften und den entsprechenden Organisationen des Auslandes. Dazu werden sie aber in nur ganz verschwindendem Maße benutzt. Das soll anders werden. Es ist offenbar im Interesse der Partei, die proletarische Energie der Hunderttausende, ja Millionen der im Auslande lebenden deutschen Arbeiter nutzbar zu machen, sie, wenn auch in ganz lockerer Form, einander anzugliedern, sei es durch eine Vertrauensmännerorganisation, sei es nach einem noch zu findenden System.

Dazu bedarf es einer Verbindung der ausländischen Organisationen deutscher Arbeiter. Aber nicht allein zu diesem Zwecke ist es erwünscht. Erfahrungsgemäß veranlaßt der Wandertrieb der deutschen Arbeiter sie häufig, von einem Lande ins andere zu gehen, und der Fälle sind unzählige, daß sie z. B. aus der Schweiz nach Frankreich, nach England oder Amerika wandern, ohne daß es ihnen gelänge, den Anschluß an unsere Organisationen zu finden, oft lediglich aus dem Grunde, weil sie unsere Adressen nicht kennen. Auch das soll besser werden. Der erste Schritt ist, daß wir diese Adressen sammeln.

Wir ersuchen die Organisationen der deutschen Sozialdemokraten im gesamten Auslande, uns ihre Namen und Adressen bezw. die ihrer korrespondierenden Vertrauensmänner mitzuteilen.

Wir werden, solange nicht weitere Bestimmungen getroffen sind, diese Adressen untereinander austauschen. Das Resultat wird uns einen Ueberblick darüber erlauben, wie wir unsere weiteren Ziele erreichen können.

Mit sozialdemokratischem Parteigruß

Deutscher sozialdemokratischer Leseklub in Paris,

9 Rue de Valois 9.

Alle sozialdemokratischen Zeitungen deutscher Sprache, welche im Auslande erscheinen oder dort einen Leserkreis haben, werden um Abdruck gebeten.

Gerichts-Zeitung.

Das Urteil vor der Verhandlung gesprochen. Kürzlich berichteten wir über die Ablehnung eines Richters an der hiesigen Strafkammer, die erfolgt war, weil der Verteidiger zufällig unter dem Aktendeckel vor Beginn der Verhandlung das Urteil fix und fertig vom Referenten geschrieben vorfand. Das Gericht erachtete damals das Ablehnungsgesuch als gerechtfertigt. Die Sache wurde vertagt. Gestern stand in dieser Sache Verhandlung unter Ersatz des abgelehnten Richters durch einen anderen an. Die Verhandlung betraf eine unbedeutende Unterschlagung, deren sich ein Ehepaar J. schuldig gemacht haben sollte. Die Angeklagten wurden zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

In einigen Zeitungen wird es so dargestellt, als ob jene Vorbereitung eines Urteils etwas ganz Außergewöhnliches sei. Leider steht es nicht so. Selbst in politischen Prozessen ist es vorgekommen, daß Richter auf Grund der Akten, vor Beginn der mündlichen Verhandlung, das Urteil fix und fertig, einschließlich der Strafzumessungsgründe, ein solches Urteil mitbrachten und daß hernach diesem Urteil das Gericht beitrat. Gegen diese Vorschnelligkeit des Urteils schützt die Strafprozeßordnung nicht.

Der Arbeitsraum des Buchhalters. Der Buchhalter W. hatte mitten im Monat seine Tätigkeit bei der Destillationsfirma Wilhelm K. unterbrochen und klagte das Restgehalt bis zum Ablauf der Kündigungsfrist bei dem Kaufmannsgericht ein. In der gestern vor der ersten Kammer stattgehabten Verhandlung begründete der Kläger das plötzliche Verlassen seiner Stellung damit, daß der Raum, der ihm zur Arbeit angewiesen war, ein völlig ungeeigneter und wegen des Mangels an Luft und Licht geradezu gesundheitsschädlich gewesen sei. Der Kontorraum bestand in einem schlecht beleuchteten Verschlage, in dessen nächster Nähe sich der von den Kunden während des ganzen Tages stark frequentierte Abort befand. Er sei daher außerstande gewesen, seine Tätigkeit unter den gegebenen Verhältnissen weiter auszuüben und habe die Arbeit niedergelegt. Der Beklagte führte demgegenüber aus, daß der Kläger sowohl die Licht- wie die Luftverhältnisse schwärzer geschildert habe als sie in der Tat sind, der Kontorraum sei zwar kein Salon, aber immerhin ein menschenwürdiger Aufenthaltsort, in dem ja auch Kläger über ein Jahr lang, ohne an seiner Gesundheit Schaden zu leiden, gearbeitet habe. Das Kaufmannsgericht wies den Kläger mit seinem Anspruch ab. Der Buchhalter könne zwar verlangen, daß ihm ein Ort zur Arbeit angewiesen werde, an dem ihm auch die Ausübung seiner Tätigkeit möglich sei, in Geschäftsbetrieben kleinerer Art pflege jedoch meistens der Kontorraum auf ein Minimum beschränkt zu werden, und da die Geruchsnerven des Klägers die üblen Gerüche aus der Nachbarschaft ein Jahr lang ertragen haben, so konnte auch die zweifellos ungünstige Lage des Aborts nicht als Berechtigung zur plötzlichen Niederlegung der Tätigkeit angesehen werden. Die Verpflichtung des Prinzipals zur Beschaffung gesunder Kontorräume wurde anerkannt.

Das Opfer eines Raubanfalls will der Kutscher Franz Berwig geworden sein, der gestern unter der Anklage der Unterschlagung vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte verbüßt zurzeit in der Strafanstalt Tegel eine mehrjährige Gefängnisstrafe, die ihm wegen Diebstahls und Unterschlagung zudiktiert worden war. Wegen gleicher Vergehen ist B. auch schon früher vielfach vorbestraft. Unter Verschweigung seines Vorlebens gelang es dem Angeklagten, bei dem Kaufmann Lobbecke, der ein Kaffeegeschäft betreibt, eine Stellung als Kutscher zu erlangen. Herr L. sollte in nicht allzu langer Zeit die Entdeckung machen, daß er den Bock zum Gärtner gesetzt hatte. Der Angeklagte, der auf einen Vertrauensposten gesetzt worden war, weil er freihändig Geld von den Kunden einkassieren konnte, mißbrauchte dieses Vertrauen in der schnödesten Weise. Im September v. J. hatte er mehrere Kunden in der Umgegend von Köpenick aufzusuchen und Geld einzukassieren. Das Geld bewahrte er gewöhnlich in einer Ledertasche auf. Am nächsten Morgen erschien der Angeklagte bei seinem Chef und erzählte, er wäre auf der Heimfahrt auf der Chaussee in der Nähe von Niederschönweide von drei unbekannten Männern überfallen worden. Während einer dem Pferd in die Zügel gefallen sei, wären die beiden anderen Wegelagerer auf den Kutscherbock gesprungen und hätten ihm die Tasche, in der sich zirka 200 Mark befunden haben, weggerissen. Die Kriminalpolizei nahm diese Angaben von vorneherein mit einem gewissen Mißtrauen entgegen. Die Tasche selbst wurde bald darauf auf dem Hof einer Kaserne aufgefunden. Längere Ermittelungen führten schließlich zu der Verhaftung des Angeklagten, der sich die ganze abenteuerliche Geschichte des Raubanfalls erdacht hatte, um seine Veruntreuung des Geldes zu verdecken. Das Schöffengericht I nahm eine Unterschlagung an und erkannte auf sechs Monate Gefängnis. Die hiergegen eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer verworfen.

Schwindelkassenprozeß. Ein großer Betrugsprozeß, dessen Dauer auf drei Tage berechnet war, sollte gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I seinen Anfang nehmen. Die Anklage richtete sich gegen den Kaufmann Ewald Ley, der beschuldigt wird, als Vorsitzender des aus über 1000 Mitgliedern bestehenden Vereins „Volkswohl" eine Reihe von Unregelmäßigkeiten begangen zu haben. Zur Hauptverhandlung waren 66 Zeugen geladen, die aber noch rechtzeitig abbestellt wurden, da der Verteidiger des Angeklagten dem Gericht Tatsachen unterbreitet hatte, die es notwendig erscheinen ließen, zunächst über den Geisteszustand des Angeklagten ins klare zu kommen. Der Gerichtshof kam gestern nach kurzen Erörterungen zu dem Beschluß, die Verhandlung zu vertagen und den Gefängnisarzt Dr. Strauch mit der Beobachtung des Angeklagten zu betrauen. — Bedauerlich ist, daß nicht bereits zu der Zeit gegen die Gründer des „Volkswohl" vorgegangen ist, als wir vor dem Beitritt zu der offenbaren Schwindelkasse warnten.

Versammlungen.

Fünfter Wahlkreis. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag im alten Schützenhause seine gut besuchte Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben von drei verstorbenen Mitgliedern in der üblichen Weise geehrt und alsdann wurden 103 neue Mitglieder in den Verein aufgenommen. Hierauf gab der Vorsitzende Zucht einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes, dem Liepmann den Kassenbericht über die letzten fünf Monate folgen ließ. An Einnahmen wurden erzielt 5694,69 Mark; die Ausgaben beliefen sich auf 4615,62 Mk., sodaß ein Kassenbestand von 1079,07 Mk. verbleibt. Die Mitgliederzahl ist im verflossenen Jahr auf 1581 angewachsen. An Sammelgeldern kamen ein, auf den Kassenlisten 1317,20 Mk., auf den Parteitagslisten 592,15 Mk., auf den Stadtverordnetenlisten 236,71 Mk., aus dem Bonsverkauf 377,30 Mk. und aus Tellersammlungen 323,91 Mk. Die alsdann vorgenommenen Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Zucht, 2. Vorsitzender Hanisch, 1. Kassierer Kirste, 2. Kassierer Liepmann, 1. Schriftführer Funk, 2. Schriftführer Ritter; Revisoren Lier, Dr. Stulz und Schrolle. Als Abteilungsführer der sieben Abteilungen wurden bestätigt Wasser, Christen, Schrage, Holzapfel, Schäfer, Stobbe und Wiese.

Es entspann sich nun eine lebhafte Debatte über einen Antrag, der die **teilweise Aufhebung des Boykotts über die Philharmonie** verlangte. Schrolle sen. begründete den Antrag, indem er den Boykott in seiner jetzigen Form als unzweckmäßig bezeichnete. Einer Aufhebung des Boykotts schlechthin wolle er nicht das Wort reden, sondern er wünsche nur, daß die Philharmonie zu künstlerischen Veranstaltungen freigegeben werde, wie sie beispielsweise die Neue freie Volksbühne für billiges Geld veranstalte. Zucht erinnerte demgegenüber daran, daß die Philharmonie ja für den persönlichen Verkehr freigegeben sei, es also jedem Genossen freistehe, sein Kunstbedürfnis nach Belieben zu befriedigen. Friedländer spricht sich entschieden gegen eine auch nur teilweise Aufhebung des Boykotts aus. Dem ersten Schritt würde bald der zweite folgen. Zunächst kämen die Kunstabende und dann bald die Vergnügungen. Was dem einen recht sei, müsse dem anderen billig sein. Gebe man die Philharmonie für einen Verein frei, so müsse man sie auch für alle übrigen freigeben. Es könnten dann aber auch mit Recht alle übrigen boykottierten Wirte die Freigabe ihrer Lokale unter Berufung auf den Fall mit der Philharmonie verlangen. Schrolle junior vermag nicht einzusehen, weshalb man starr auf dem alten Standpunkt verharren wolle. Es sei ja doch nur ein kleiner Schritt von der persönlichen Freigabe des Lokals bis zur Freigabe an Vereine zum Zweck gemeinsamer künstlerischer Veranstaltungen. Kasten führt den Antrag auf eine Marotte der Neuen freien Volksbühne zurück und kann sich nicht dafür erwärmen, daß diesem Verein eine Extrawurst gebraten werde. Es sei notwendig, den Boykott über die Philharmonie weiter mit der alten Energie aufrechtzuerhalten. Der Antrag auf Aufhebung des Boykotts wurde darauf mit übergroßer Majorität abgelehnt.

Funk richtete hierauf eine Anfrage an das Preßkommissionsmitglied Wels, ob ihm bekannt sei, daß der frühere „Vorwärts"-Redakteur Wetzker etwa einen Teil des ihm bis zum 1. April ausgezahlten Gehalts wieder an das Vorwärtsgeschäft zurückgezahlt habe. Es sei dies umsomehr eine moralische Pflicht Wetzkers gewesen, als dieser schon bald nach dem Austritt aus dem „Vorw." bei dem Bochumer Parteiorgan Stellung gefunden habe und somit bis zum 1. April gewissermaßen doppeltes Gehalt einstreiche. Wels antwortete, von einer Rückzahlung irgend eines Betrages von Wetzker sei ihm nichts bekannt, er glaube auch kaum, daß Wetzker rechtlich dazu verpflichtet sei. (Rufe: aber moralisch!) Wels wurde beauftragt, die Angelegenheit in der Preßkommission zur Sprache zu bringen. Radke kritisierte sodann scharf, daß so viele sozialdemokratische Reichstags-Abgeordnete in der Sitzung fehlten, als die Interpellation über das „Borussia"-Unglück verhandelt werden sollte, wegen des Fehlens der Abgeordneten aber von der Tagesordnung abgesetzt werden mußte. Hier habe auch der „Vorwärts" seine Pflicht der Kritik vernachlässigt. Erst als andere Parteiblätter die Unterlassung unserer Abgeordneten angenagelt hätten, da habe der „Vorwärts" deren kritische Bemerkungen rein referierend wiedergegeben. Eigene Worte der Kritik habe er bis heute nicht gefunden. Der Vorsitzende Zucht erklärte darauf unter allseitiger Zustimmung, es sei wohl selbstverständlich, daß die Versammlung das Verhalten jener Abgeordneten auf das entschiedenste mißbillige. Von einer weiteren Debatte darüber wurde dann Abstand genommen. — Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß der Genosse Fellechner irrtümlich beschuldigt worden war, bei der Stadtverordnetenwahl nicht gewählt zu haben. Der genannte Genosse hat im Gegenteil seiner Wahlpflicht genügt.

Der Verband der Glaser (Zahlstelle Berlin) hielt am 5. Februar eine Generalversammlung ab. Den Jahresbericht erstattete Krause. Danach hatte der Verband eine Gesamteinnahme von 32 524,71 Mark, Gesamtausgabe 30 226,30 Mark. An die Hauptkasse wurden abgeführt 4000 Mark. Dem Lokalvermögen wurden 8250 Mark zugeführt. Die Lokalarbeitslosenunterstützung beträgt 1270 Mark. Die Zentralarbeitslosenunterstützung 2475 Mark. Für die russischen Freiheitskämpfer und für andere Gewerkschaften wurden 1719,71 Mark aufgebracht. Für Bibliothekszwecke wurden 315 Mark ausgegeben. Der Vorsitzende Jahn gab einen ausführlichen Jahresbericht. Der unvermeidlichen Kleinarbeit ist es zu danken, daß die Mitgliederzahl von 633 auf 982 angewachsen ist. Durch den Arbeitsnachweis wurden 1660 Stellen an Organisierte vermittelt. Die Tätigkeit des Vorsitzenden, sowie die des Kassierers und des Gesamtvorstandes wurde allgemein anerkannt und Decharge erteilt. Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Jahn, 2. Vorsitzender Neufert, 1. Kassierer Rothe, 1. Schriftführer Engel.

Eingegangene Druckschriften.

H. Seelmann. Reformblatt für Arbeiterversicherung. Nr. 3. Erscheint monatlich zwei mal. Preis: 3,50 M. pro Halbjahr. Verlag E. Schnapper, Frankfurt a. M.

Illustrierte Volksausgabe von Schillers Werken. Heft 26—31 soeben erschienen. Einzelheft 30 Pf. Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart.

E. Fr. Kirchstein u. B. Torniné. Wir Balten! Keine unzeitgemäßen Betrachtungen über das Deutschtum in den Ostseeprovinzen. 73 Seiten. Preis 1 M. Verlag Fr. Rothbarth, Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Theod. Aud. 104. Meldungen sind zu machen beim Bureau der Fleischbeschau, Schlachthof, Eldenaerstraße. Dort erfahren Sie alles Nähere. — **A. S. 41.** 1. Alber, Unter den Linden 13 und Behr, Unter den Linden 47 (Berlin). 2. „Der freie Arbeiter", Berlin, Naunynstr. 73. — **O. 101.** Die Wahlen haben inzwischen stattgefunden. Adressieren Sie an den Herren Direktor der Fortbildungsschule, Langestr. 76. — **O. St.** Bildete sich auf dem kgl. Gewerbe-Institut Berlin für das Baufach aus. — **Reichstag.** Wenden Sie sich an das Bureau des Reichstages oder an die Druckerei der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", Berlin, Wilhelmstraße 32.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

E. B. 1. 6 bis 15 M. für die Entbindung und für jeden Gang 1 bis 2 M. gelten als angemessene Sätze. 2. Nach der Leistung der Dienste, Vorauszahlung kann begehrt werden. — **M. F. 777.** Gegen die Firma, die über Sie solche Auskunft erteilt hat, können Sie auf Unterlassung fernerer Schädigung und auf vollen Schadenersatz klagen. — **K. H. 26.** 1. Ja. 2. bis 5. Nein. — **A. 59.** 1. Nein. 2. Meistertitel in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks kann sich nennen: a) wer am 1. Oktober 1901 ein Handwerk ausübte und die Befugnis zur Lehrlingsanleitung besaß, b) wer die Meisterprüfung bestanden hat. Die Prüfungskommissionen für das betreffende Handwerk ersehen Sie aus dem Adreßkalender. — **P. S. 100, N. M. 28, E. L. 100.** Ja. — **10 000 A. K.** Uns nicht erinnerlich. — **S. K.** Auskunft über Fahrpreise erhalten Sie durch Einsicht in das Kursbuch und durch Anfrage auf einem der amtlichen Auskunftsstellen (Alexanderplatz, Anhalter, Potsdamer Bahnhof). — **G. T. 200, Amanda I.** Nein. — **M. T. 24.** Nein, aber sicherer gehen Sie, wenn Sie vor der Eheschließung einen Ehevertrag (Beispiel S. 225 Nr. 22 des dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führers; das Buch liegt in den öffentlichen Lesehallen aus) in notarieller oder gerichtlicher Form schließen. — **J. E. 7.** Weisen Sie nach, daß die Wohnung gesundheitsgefährdend ist, so sind Sie vom Vertrage zu entbinden und haben Schadenersatz zu begehren. Stellen Sie eine dahin gerichtete Klage an. — **K. 10., L. B. 11.** Ist nichts vereinbart, so steht dem Dienstmädchen sechswöchentliche Kündigungsfrist zum Quartalsersten zu. — **Alt-Geltow.** Eine Beschwerde wäre erfolglos. — **P. L. 37.** 1. und 2. Sie können selbst weiter kleben, wenn Sie nicht mehr arbeiten; es müssen aber mindestens 20 Marken in je 2 Jahren geklebt werden. 3. Sind nicht zurückzufordern. — **O. Sch. B. 30.** Eine Reklamation würde wohl Aussicht auf Erfolg haben. — **F. G.** 1. und 2. Die Klage ist aber innerhalb sechs Monaten nach Kenntnisnahme einzureichen. 3. Zunächst erfolgt Sühnetermin (zuständig das Amtsgericht), dann lassen Sie sich vom Armenvorsteher ein Attest geben und beantragen beim Ehescheidungsgericht (Landgericht) Erteilung des Armenrechtes. — **W. W.** Nein. — **H. Friedländer.** Ist nicht erlaubt. — **R. W. 1875.** 1. Beweislast liegt Ihnen ob. 2. und 3. Nein. 4. Nach herrschender Ansicht nicht. — **J. H. R. 5., Alter Abonnent.** — **M. O. 73.** Sie müssen beweisen, daß das Geld mit der Absicht der Verteilung gegeben ist. — **R. W. 179.** Geburtsurkunden und Militärpapiere sind erforderlich. Zuständig ist das Standesamt, in dem einer der Brautleute wohnt. — **L. 2.** Nein: die hinreichende Form finden sie auf den letzten Seiten des dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **O. K. 38.** Ja, aber auf Zahlung des Pflichtteils kann geklagt werden. — **K. G. 22.** Sie müssen den Sie betreffenden Fall darlegen und an diese Darlegung Ihre Frage knüpfen. Ihre allgemeine Frage ist je nach dem ihr zugrundeliegenden Tatbestand verschieden zu beantworten. Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnenten offen. — **P. N.** 1. Nein. 2. und 3. Ja. — **Totenkopf 2.** 1. und 2. Beides ist möglich: Die nicht mitgeteilten Vertragsbedingungen sind entscheidend. 3. und 4. Nein. — **K. S. 117.** Ein solcher Vorfall hat nicht stattgefunden. — **M. Sch. 100.** Waren Sie bei Abschluß des Vertrages und bei der letzten Anerkennung des Vertrages durch Sie minderjährig, so ist er ungültig. Welche Rechte oder Pflichten aus dem Vertrage sonst folgen, ist ohne Einsicht in denselben nicht zu sagen. — **St. 30.** Die Einwilligung Ihres Mannes in die Auszahlung wäre erforderlich. Der Dritte könnte seine Forderung gegen Ihren Mann einklagen. — **B. 15.** Die Aufnahme eines Deutschen in den preußischen Staatsverband dauert mehrere Monate. Kosten entstehen nicht. Als Bayer bedürfen Sie des Verehelichungszeugnisses Ihrer Heimatgemeinde, dessen Kosten zwischen einigen bis 100 Mark betragen können. Wenden Sie sich an die Gemeinde. — **M. M., Unter den Linden.** Nein. — **A. M. 1000.** 1. 6 bis 10 M. 2. Sie könnten sich nur an die Armenkommission wenden. — **W. M. 20.** Wenden Sie sich an das Standesamt, in dem Sie oder an das, in dessen Bezirk Ihre Braut wohnt. Militärpapiere und die Geburtsurkunden müssen Sie mitbringen. Ist die Braut minderjährig, so ist auch die Einwilligung des Vaters erforderlich. — **D. G.** 1. u. 2. Ja. 2. Nein. — **W. G. 100.** Ja, Sie können aber an die Steuerdeputation des Magistrats einen Antrag auf Erlaß richten. — **R. W. 100.** Wenn der betreffende amerikanischer Bürger geworden ist, kann er ohne Gefährdung herkommen, es sei denn, er ist bestraft und hat die Strafe noch nicht verbüßt. Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnenten offen.

Witterungsübersicht vom 14. Februar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer 0 mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. C.	Stationen	Barometer 0 mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. C.
Swinemünde	755	O SO	1	bedeckt	0	Haparanda	762	S	4	Schnee	—5
Hamburg	755	O	1	Nebel	1	Petersburg	766	SO	1	bedeckt	—5
Berlin	754	SO	1	bedeckt	2	Scilly	752	WNW	2	wolkig	6
Frankf. a. M.	755	SW	2	bedeckt	1	Aberdeen	747	SSW	1	wolkig	2
München	756	W	4	Nebel	—4	Paris	756	SW	1	bedeckt	0
Wien	756	SO	2	bedeckt	2						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 15. Februar 1906.

Ziemlich mild, vorwiegend neblig oder wolkig, bei schwachen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 13. Februar. Elbe bei Aussig —,— Meter, bei Dresden 1,54 Meter, bei Magdeburg + 1,47 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,45 Meter. — Oder bei Ratibor + 0,89 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,86 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,60 Meter, bei Frankfurt + 1,55 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 3,06 Meter. — Warthe bei Posen —,— Meter. — Netze bei Usch + 1,31 Meter.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus Industrie und Handel.

Kohlenwucher und Kohlenhandel.

Der in Nr. 28 des „Vorwärts“ unter der Ueberschrift „Kohlenwucher“ enthaltene Artikel hat uns zwei Zuschriften eingebracht, die wir nachfolgend unter Fortlassung allzu weiter Abschweifungen vom Kern der Sache wörtlich zum Abdruck bringen. Aus dem Verbande der Vereine der Holz- und Kohlenhändler wird geschrieben:

„Der Artikel bedarf in verschiedener Beziehung der Berichtigung. Richtig daran ist, daß für das nächste Jahr die Kohlen teurer werden, und zwar um 2½ bis 5 Pf. pro Zentner, nicht, wie in dem Artikel vermutet, 10 Pf. und darüber. Die jetzt geltenden Verkaufspreise für den Winter werden nicht durch die Sommerpreise überholt werden, sondern höchstens für den Sommer bestehen bleiben, was allerdings auch eine Erhöhung bedeutet, während die nächstjährigen Winterpreise um etwa 50 Pf. pro 1000 Stück höher sein werden, als dies heute der Fall ist. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Briketts um 10 bis 15 Pf. pro 100 Stück im Preise steigen. Wenn in dem Artikel weiter gesagt wird, daß „man“ für Koks 75 bis 80 Pf. pro Scheffel einheimsen will, so muß doch zunächst darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Produzenten, also die Gasanstalten, heute schon und seit langer Zeit den Scheffel Koks mit 60 Pf. abgeben. Bei diesem Preise hat sich aber der betreffende den Koks selbst zu holen, während der Händler der doch auch erst den Koks von der Gasanstalt beziehen muß, 15 Pf. für das Heranschaffen bis in die Küche des Verbrauchers berechnet. Wer die bedeutenden Entfernungen von den Gasanstalten resp. Bahnhöfen bis zum Verbraucher, sowie die Arbeitsleistung für das Hinaufschleppen bis zu vier Treppen und höher in Betracht zieht, wird zugeben müssen, daß diese Arbeit mit 15 Pf. nicht zu hoch bemessen ist, von Wucher kann erst recht keine Rede dabei sein. Es könnte eingewendet werden, der Händler beziehe jedesmal größere Quantitäten und kaufe darum billiger ein, das trifft allerdings zu, aber sehr erheblich ist dieser Vorteil nicht, andererseits muß auch die Miete für den Lagerraum und sonstige Spesen für Beleuchtung, Abnutzung, Verluste und Sonderbesteuerung als Gewerbetreibender in Rechnung gesetzt werden. Für das nächste Jahr ist seitens der Gasanstalten, also wiederum der Produzenten, nicht der Händler, eine Erhöhung der Preise für Koks vorgesehen. Der Preis für Steinkohlen, wenigstens für oberschlesische, beträgt heute schon 1,20 M. pro Scheffel und wird der Aufschlag von 2 bis 4 Pf. pro Zentner wahrscheinlich vom Händler getragen werden. Die Preissteigerung für Kohlen ist sicher, doch ist dieselbe nicht so hoch, als wie in dem Artikel angegeben ist. Wenn der Verfasser sagt, die Zufuhr nach Berlin — abzüglich des Versandes — an Braunkohlen und Briketts habe im Jahre 1905 1 656 453 Tonnen betragen, so ist dies ein Irrtum; nach Ausweis der vom Reichsamt des Innern herausgegebenen Nachrichten betrug die Tonnenzahl nur 1 195 246, der voraussichtliche Gewinn für den Großhandel beträgt demnach nicht 3½ Millionen Mark, sondern höchsten 1½ Millionen. Allerdings auch eine nette Summe.

Die Erhöhung der Preise ist keine willkürliche, sondern eine der Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Je stärker die Nachfrage, je rationeller also die Betriebseinrichtungen ausgenutzt werden, um so niedriger müßte folgerichtig der Preis für das Produkt sein; statt dessen ist das Umgekehrte der Fall — doch nicht nur bei der Kohlenproduktion und dem Kohlenhandel. Unter diesen und ähnlichen Widersinnigkeiten hat natürlich nicht nur der Arbeiter resp. Konsument, sondern auch der Kleinhändler zu leiden.“

In der Zuschrift wird dann versucht, die Widerwärtigkeiten, mit denen der Händler zu rechnen hat, auseinander zu setzen. Die geringe Spannung zwischen Ein- und Verkaufspreis, die hohen Lagermieten usw. ließen dem Händler nur bescheidenen Nutzen.

„Die viel zu geringe Differenz zwischen Sommer- und Winterpreis für den Händler verbieten es von selbst, daß er größere Räume als Lagerstätte mietet. Nur die wenigsten Marken haben zwischen Sommer- und Winterpreis eine Differenz von 10 M. pro Waggon, in der Regel beträgt diese nur 5 M. Ein Lagerkeller aber, der z. B. 10 Waggon Briketts faßt, kostet schon in einem Monat zirka 50 M. Miete, der höhere Verkaufspreis im Winter bringt den offenbaren Verlust auch nicht herein, so daß es dem Kleinhändler gar nicht verdacht werden kann, wenn er sich nicht besondere Lagerräume mietet.“

Sodann folgt noch eine lange Darlegung über die Gründe, weshalb sich viele Personen dem Kohlenhandel zuwenden — meist aber Enttäuschungen erlebten. Ferner wird Klage geführt, daß die Großhändler den Kleinhändlern Konkurrenz machen, indem sie an Vereinigungen und bei sogenannten Sammelbestellungen Händlerpreise berechnen. Aus dem Bestreben, solche Konkurrenz zu beseitigen oder wenigstens einzuschränken, sei auf Betreiben der Händler die Konvention entstanden.

Ein Kohlenhausierer schreibt uns:

„Sie veröffentlichen in Nr. 28 unserer Zeitung unter „Kohlenwucher“ einen Artikel, der das Geschäftsgebaren der Kohlenbarone ins rechte Licht gesetzt hat. Ich fahre schon jahrelang mit Briketts auf der Straße hausieren und kann manches aus meiner Erfahrung mitteilen.

Es besteht hier in Berlin ein Kohlenkleinhändler-Verband, ein liebes Kind der Gruben, von dem in dem Artikel gar nichts bemerkt wird. Dieser Verband, dem beileibe kein Hausierer angehören darf, ist in allererster Linie die treibende Kraft gewesen, daß sich jetzt alle Gruben, die für den Berliner Markt in Frage kommen, der Konvention angeschlossen haben. Dieser Verband will in seiner Kurzsichtigkeit seinen Mitgliedern durch die Konvention einen Mehrverdienst zuweisen, den dann die Gruben resp. Engroshändler durch Preisaufschläge und die Herren Hauspaschas durch horrende Lagermiete schon wieder „regulieren“ werden.

Dieser Verband hat es fertig gebracht, bei den hiesigen Engroshändlern zu beantragen, den Hausierern für den Zentner Briketts 5 Pf. mehr zu berechnen, weil die Hausierer zu billig verkauften. Auch bemüht sich der Verband, die Sammelbestellungen von Arbeitern aus Fabriken zu hintertreiben . . .“

Zu den Zuschriften haben wir nur wenig zu bemerken. Unsere Angaben über die beabsichtigten Preissteigerungen stützen sich auf die Zahlen, die der Redakteur des Verbandsorgans der Kohlenhändler als Referent in einer Bezirksversammlung des Händlervereins seinen Ausführungen zugrunde gelegt hatte. Auch die Korrektur unserer anderen tatsächlichen Angabe — betreffend Kohlenzufuhr nach Berlin — müssen wir ablehnen. Wir ersuchen den Einsender, ehe er berichtigt, sich genau zu informieren. Nach den statistischen Angaben, enthalten in den „Nachrichten für Handel und Industrie“, Beilage zu Nr. 13, vom 31. Januar 1906, betrug im Jahre 1905 die Zufuhr von Braunkohlen und Briketts daraus — abzüglich Wiederausfuhr — genau wie wir angaben 1 656 453 Tonnen. Die von dem Einsender angegebene Ziffer stellt lediglich die Zufuhr an den Bahnhöfen und Häfen innerhalb des Weichbildes der Stadt Berlin dar. Die außerhalb des Weichbildes eingetroffenen Kohlen werden jedenfalls nicht an die Konsumenten verschenkt und auch nicht von der Preissteigerung ausgeschlossen. Im übrigen nur dies: Wir sprechen den Kohlenhändlern durchaus nicht das Recht ab, ihre Interessen zu wahren und für ihre Arbeitsleistung entsprechende Bezahlung zu beanspruchen. Wir gönnen dem Händler eher einen größeren Gewinn, als den Aktionären der Gruben, die gar nichts leisten. Unsere Aufgabe ist es aber auch, die Interessen der Konsumenten in Schutz nehmend, die Schäden in unserem Wirtschaftsleben, die der Einsender übrigens ja auch als Widersinnigkeiten charakterisiert, zu beleuchten. Des Konsumenten Interesse erheischt, die Spannung zwischen Produktionskosten und Verkaufspreis möglichst gering zu gestalten. Dem steht allerdings das Händlerinteresse entgegen. In der Nr. 2 des Verbandsorgans lesen wir z. B.: Unser Verband hat stets auf dem Standpunkt gestanden, daß Sammelbestellungen und Vereinseinkäufe überhaupt nicht gestattet werden dürften.

Konsumenten und Volkswirte können solche Forderungen durchaus nicht als berechtigt anerkennen. Das Interesse der Gesamtheit muß dem Einzelinteresse unbedingt vorangestellt werden. Daß zudem die Kleinhändler nur den Großhändlern und den Gruben die Kastanien aus dem Feuer holen, dieser Erkenntnis kann doch kein Einsichtiger sich verschließen. Die fortgesetzte Preissteigerung wird mit vollem Recht als Wucher bezeichnet. Wenn die Händler dabei nur den von anderen getriebenen Keil spielen, so wird damit an der Tatsache und Wirkung nichts geändert.

Geschäftslage im Holzgewerbe. Der Beschäftigungsgrad im Holzgewerbe hat sich in letzter Zeit ziemlich ungünstig gestaltet; das Jahr 1905 schloß mit einer Arbeitslosenziffer, die höher war als in irgend einem Quartal seit Mitte 1904. Dabei ist gerade der Bezug von ausländischem Rohmaterial im letzten Jahre ganz besonders kräftig angewachsen, es wurden 29 Millionen Doppelzentner eingeführt gegen 27 Millionen im Jahre 1904. Nicht so stark ist dagegen die Aufnahmefähigkeit des Inlands- respektive des ausländischen Marktes gewachsen. Die Ausfuhr von den meisten Erzeugnissen des Holzgewerbes war sogar ziemlich stark eingeschränkt. Die Ausfuhr von halb und ganz bearbeiteten Gegenständen der Holzindustrie betrug nur 2 286 543 Doppelzentner gegen 2 481 624 im Jahre 1904. Er ging also um 195 081 Doppelzentner zurück. Auch die Wertsumme der ausgeführten Waren war erheblich geringer als im Jahre 1904. Nur grobe Tischler-, Drechsler- und Wagnerarbeiten wurden stärker exportiert als 1904.

Die Aussichten für das laufende Jahr sind im Holzgewerbe günstig, wenn auch gegenwärtig der Beschäftigungsgrad vielfach eine gewisse Mattigkeit zeigt. Namentlich erwartet man eine starke Zunahme des Bedarfs seitens der Schiffswerften; ebenso dürfte die Bautätigkeit wieder viel Arbeit bringen.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sprach am 12. d. M. Frau Klara Weyl über das Thema: „Welches Interesse haben die Frauen an unserer städtischen Verwaltung?“ Eingehend besprach und kritisierte die Referentin alle Zweige unserer Stadtverwaltung. Die vier neu geschaffenen Säuglingsfürsorgestellen bewähren sich gut und soll jetzt eine fünfte im Norden eingerichtet werden. In der Waisenpflege müßten mehr Frauen als Pflegerinnen eingestellt werden, denn es gilt dort nicht nur für elternlose Kinder zu sorgen, sondern auch für die unehelichen Mütter und Kinder. Da könnten gerade die Frauen durch Rat und Tat beweisen, daß ihnen nicht nur ein gutes Herz, sondern auch ein praktischer Sinn gegeben ist. Ein Gleiches gilt auch von der Armenpflege. Unsere Schulen sind fast alle überfüllt, die 36 angestellten Schulärzte sind überbürdet, da ein jeder Arzt zirka 7000 Kinder zu untersuchen hat. Eine schnellere Lieferung der unentgeltlichen Lehrmittel an Unbemittelte wäre sehr zu wünschen. Der Besuch der Fortbildungsschulen müßte für die Mädchen, wie es jetzt für die Knaben der Fall ist, obligatorisch sein. Auch der Haushaltungsunterricht, wie er an einzelnen Schulen erteilt wird, wäre mit Nutzen zu verallgemeinern. Unsere Krankenhäuser sind fast ständig überfüllt, das neue Virchow-Krankenhaus mit 2000 Betten schafft hoffentlich etwas Abhülfe, dort sollen auch 100 Betten für Mädchen, die ihrer Entbindung entgegengehen, eingerichtet werden. Sie können dort Hausarbeit mit verrichten, auch nach der Entbindung dort bleiben, um ihre Kinder selbst zu stillen. Für die Heimstätten ist in diesem Jahre dank unserer Agitation der Freistellenfonds von 13 000 M. von unbemittelten kranken Frauen zum erstenmal vollständig aufgebraucht. Die Desinfektion der Wohnungen bei ansteckenden Krankheiten müßte, da sie zwangsweise für die Allgemeinheit geschieht, kostenlos sein. Dann sprach die Referentin noch über die Fleischversorgung, die Lage der städtischen Arbeiter, Verkehrsanstalten, und wie die Stadt verpflichtet wäre, gute und billige Arbeiterwohnungen zu schaffen, wie z. B. Frankfurt a. M. In allem bewies die Referentin, daß es im eigensten Interesse der Frauen liegt, sich um unsere kommunale Verwaltung zu kümmern. Reicher Beifall der aufmerksamen Zuhörer lohnte die Rednerin.

Die nächste Vereinsversammlung findet Montag, den 19. d. M., in den Arminhallen statt, wo Herr Dr. Borchardt sprechen wird. Das siebente Stiftungsfest des Vereins ist Sonntag, den 18. Februar. Beginn abends 6 Uhr. Einlaßkarten a 30 Pf. bei Jordan, Lübeckerstraße 43; Kühnemann, Müllerstraße 160; Kulicke, Prinzenstraße 102; Deutschmann, Zorndorferstraße 11; Matschke, Wolgasterstraße 8; Steinkopf, Schwedterstraße 34; Klotsch, Koppenstraße 81.

Vom gleichen Recht für alle.

Das italienische Zivilrecht kennt bekanntlich keine Scheidung. Eine Frau, deren Mann zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wird oder im Irrenhaus vegetiert, ist ihr ganzes Leben hindurch an ihn gebunden. Geht sie eine neue Verbindung ein, so haben die ihr entsprossenen Kinder nicht einmal das Recht auf einen Namen und können weder vom Vater noch von der Mutter gesetzlich anerkannt werden. Diesen geradezu barbarischen Verhältnissen, an denen ungezählte Existenzen zugrunde gehen, können sich die reichen Leute entziehen durch Erwerbung der französischen oder schweizerischen Nationalität. Sie gehen auf ein paar Jahre ins Ausland, lassen sich dort nationalisieren und erwirken dann die Scheidung und schließen die neue Ehe. Das Gerichtserkenntnis des ausländischen Gerichts ist dann in Italien gültig und das neue Ehepaar kehrt einfach in die Heimat zurück. Bisher hatten nur zwei Appellhöfe die Rechtskraft dieser Scheidungsurteile nicht anerkannt, nämlich die von Florenz und Lucca. Jetzt veröffentlicht nun die Zeitschrift „La Legge“ ein Urteil des Florentiner Appellhofes, das die im Auslande erlangten Scheidungserkenntnisse in Italien als rechtskräftig erklärt. Somit sind acht von neun Appellhöfen in der Anerkennung dieses letzten Ausweges aus der „unlösbaren Ehe“ einig; wer das nötige Geld hat und zwei Jahre im Auslande leben kann, kann sich also heute auch als geborener Italiener eine Scheidung leisten. Wann wird man aber endlich daran denken, die Untrennbarkeit der Ehe auch für die Besitzlosen und den Mittelstand aufzuheben? Wie denkt der Ministerpräsident Sonnino über den Fall?

Versammlungen.

Die zweite Konferenz des Bundes der sozialdemokratischen Lese- und Diskutierklubs

tagte am 10. Februar im Gewerkschaftshause. Vertreten waren 10 Klubs durch 32 Delegierte.

Den Bericht des Vorstandes erstattete für das erste Jahr des Bestehens der Vorsitzende Buhl: Die Entwickelung des Bundes sei eine zufriedenstellende zu nennen. Ein in letzter Konferenz angenommener Antrag: „Museumsbesuche unter sachverständiger Führung zu veranstalten“, habe dem Arbeitsausschuß eine Unmasse Arbeit und Mühewaltung gebracht, bis es schließlich mehr durch Zufall gelang, wenigstens für ein Museum einen sachverständigen Führer zu gewinnen, so daß nunmehr an vier Sonntagen des Mai der erste Besuch (Naturwissenschaftliches Museum) gemacht werden könne. Verschwiegen könne auch nicht werden, daß ursprünglich auch seitens der einzelnen Direktionen Schwierigkeiten bereitet wurden. Viel Mühewaltung erforderte auch der innere Ausbau des Bundes und der einzelnen Vereine, dann aber auch das Bestreben, dem Bunde nach außen hin mehr Ansehen zu verschaffen. Dem Bunde beigetreten sind zwei Klubs, „Sokrates“ und „Wedding“, ausgetreten „Stralauer Allee“. Gegenwärtig gehören demselben an 13 Klubs mit zirka 360 Mitgliedern (etwa 100 mehr als im Vorjahre). Vom Bunde vermittelt wurden 15 Referenten. Auch in Zukunft müsse es heißen: Tüchtig weiter arbeiten. Nichts der Partei entziehen, sondern zu versuchen, neue Kämpfer für dieselbe heranzubilden.

Nach kurzer Diskussion wurde ein Antrag angenommen, als Unterlagen für die von den einzelnen Klubs zu liefernden Geschäftsberichte im neuen Jahre Fragebogen herauszugeben.

Zum zweiten Punkt: „Der weitere Ausbau unserer Organisation“, referierte Genosse Kossiol: Es gebe im agitatorischen Wirken des Bundes einen Fehler. Dieser liege in der unglücklichen Fassung des § 8 des Statuts, wonach alle organisatorische Arbeit lediglich vom Vorsitzenden des Arbeitsausschusses zu erledigen sei. Bei den verschiedenen Angelegenheiten, die im internen Leben der einzelnen Klubs spielen, ferner bei der Gewinnung neuer und dem Ausbau alter Bundesvereine sei diese Arbeit aber von einer Person allein nicht zu bewältigen. Hier müsse Wandel geschaffen werden dadurch, daß für die einzelnen Klubs bezirksweise Arbeitsausschußmitglieder zur Agitation bestimmt werden. Dringend reformbedürftig sei auch die Referentenfrage, hier aber auch unerläßlich, daß die einzelnen Vereine ihren Wunsch auf Stellung von Referenten früher als bisher kundgeben. Die erweiterten schriftlichen Arbeiten machten aber auch die Wahl eines Schriftführers zur Entlastung des Vorsitzenden unbedingt nötig. Er stellt schließlich diesbezügliche Anträge.

Tarnow (Freie Zusammenkunft) hätte gewünscht, daß der Referent auch der Frage näher getreten wäre, wie sich in Zukunft das Verhältnis der Klubs zur Partei zu gestalten habe. Hier sei es notwendig, daß ganze Arbeit gemacht werde. Da Massenversammlungen resp. die Zahlabende für die Vertiefung der sozialdemokratischen Ideen nicht in wünschenswerter Weise sorgen können, seien die Klubs eine Notwendigkeit. Deshalb sei auch das von einem großen Teil der Parteigenossen gepflegte Vorurteil gegen die Klubs durchaus unangebracht. Der Arbeitsausschuß müsse versuchen, hierin Wandel zu schaffen. — In ähnlicher Weise äußern sich Vogt (Süd-Ost) und Wesse (Vorwärts), welcher die „Bezirksleiter“ als zu schwerfälligen Apparat bekämpft. Nach Schluß der Debatte wird dem Arbeitsausschuß ausdrücklich Genehmigung erteilt, im Sinne der Anträge Kossiol zu handeln. — Unter Punkt 3: „Anträge“, gelangt zunächst ein solcher der „Freien Zusammenkunft“: „zur Agitation für die Bestrebungen des Bundes eine öffentliche Versammlung abzuhalten“, gegen fünf Stimmen zur Annahme. — Ein Antrag „Süd-Ost“: „zur wirksamen Unterstützung dieser Versammlung ein Flugblatt herauszugeben“, wird gegen zwei Stimmen angenommen. — Ein die Referentenfrage behandelnder Antrag des Klub „Vorwärts“ wird dem Arbeitsausschuß überwiesen. — Ein weiterer Antrag der „Freien Zusammenkunft“ verlangt: „Die Vorstände der Klubs haben die Verpflichtung, ihre Mitglieder zum Besuch der Arbeiterbildungsschule zu bewegen. Im Bedürfnisfalle sind die Kosten teilweis oder ganz aus der Bundeskasse zu tragen.“ Den Antrag begründet Zacher: Er gibt ein Bild des Wirkens der Arbeiterbildungsschule. Die von dieser gehegte Befürchtung, daß die Klubs der Schule Konkurrenz machen würden, habe sich nicht bewahrheitet. Die ersteren könnten nur das Rohmaterial heranziehen, es aber mangels geistiger und finanzieller Kräfte nicht genügend ausbilden. Das sei aber bei der Schule der Fall, obgleich auch sie sich einer gewissen Animosität seitens der Parteigenossen zu erfreuen habe. Deshalb liege die Annahme des Antrages im Interesse der Klubs selbst. — Nach kurzer Diskussion erfolgt Annahme des ersten Absatzes gegen zwei und Ablehnung des zweiten Absatzes gegen zwei Stimmen.

In einer Versammlung der städtischen Markthallenarbeiter gab der Kassierer den Kassenbericht. Der Bestand vom vorigen Quartal betrug 2066,55 M.; die Einnahme 462,85 M., die Ausgabe 272,80 M., bleibt ein Bestand von 2256,65 M. Die Anzahl der Mitglieder beträgt 141. Die neuen Statuten wurden nach einer längeren Diskussion angenommen. — Unter Verschiedenes wurde ein Fall zur Diskussion gestellt, der für sämtliche städtischen Arbeiter von weittragender Bedeutung ist. Das Mitglied Liebner ist infolge mangelhafter Zähne magenkrank geworden, wie demselben von 4 Aerzten bestätigt wurde. Die Krankenkasse weigert sich, ein Gebiß machen zu lassen, da, wie dies allen Mitgliedern durch Krankenkassenstatut bekannt gegeben wurde, die Landesversicherung sich verpflichtet hat, für künstliche Gebisse, Gliedmaßen usw. die Kosten zu tragen. Die Landesversicherungsanstalt erklärt, nach Gutachten ihres Vertrauensarztes wäre der Patient zu alt. Das in Frage kommende Mitglied ist ein rüstiger Mann im Alter von 63 Jahren. Es wurde beschlossen, in der Angelegenheit weitere Schritte zu unternehmen.

Die Filiale Berlin des Zentralverbandes der Töpfer hielt am Freitag im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung ab, die über das neue Arbeitsnachweisstatut sowie über die Einführung einer Arbeitslosen- oder Notunterstützung beschließen sollte. Diese beiden Punkte wurden jedoch nicht erledigt. Zunächst wurde das Ergebnis der Vorstandswahl von der letzten Generalversammlung bekannt gegeben. Im Anschluß daran erklärte der 1. Vorsitzende Sorg im eigenen Namen wie im Namen der drei anderen wiedergewählten Mitglieder des alten Vorstandes, sie könnten ihre Aemter nur unter der Bedingung weiterführen, daß die Versammlung das von der Generalversammlung beschlossene Mißtrauensvotum für nichtig erkläre. Diese Erklärung Sorgs rief eine lange Debatte hervor, die damit endete, daß ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen wurde; ein zweiter Antrag, die Versammlung solle das Mißtrauensvotum der Generalversammlung für übereilt gefaßt und auf Grund der mit übergroßer Mehrheit erfolgten Wiederwahl für hinfällig erklären, kam nicht zur Abstimmung. Die vier Vorstandsmitglieder legten ihre Aemter sofort nieder. Es wurde beschlossen, einen interimistischen Vorstand zu wählen, der bis zur Generalversammlung im April tätig sein soll. Gewählt wurden: als 1. Vorsitzender der bisherige 2. Vorsitzende Reinicke; als 1. Kassierer der bisherige Beisitzer Bohmhammel; als 2. Vorsitzender Hugo John; als 2. Kassierer Franz Kunze und als Beisitzer Wolf und Bläsing. Dann wurde über die Arbeitsnachweisfrage beraten. Ein Antrag, der besagte, daß ein Arbeitsnachweis, bei dem das Umschauen gestattet ist — wie es die Münchener Generalversammlung bei nicht paritätisch organisierten Arbeitsnachweisen verlangte —, zur Karikatur eines Arbeitsnachweises werde, und der für Berlin und Umgegend bestehende Nachweis deshalb aufzuheben sei, wurde abgelehnt. Hierauf beschloß die Versammlung, nun zunächst über die Arbeitslosen- oder Notunterstützung zu beraten. Dazu wurden verschiedene Anträge eingebracht, die teils eine dauernde Arbeitslosenunterstützung mit Erhöhung des Lokalbeitrages, teils eine einmalige Unterstützung aus vorhandenen Mitteln oder durch Extrabeiträge der arbeitenden Kollegen zum Ziele hatten. Ein Teil der Versammlung war jedoch für Ablehnung jeglicher derartiger Unterstützungen. Entschieden wurde die Frage nicht. Wegen vorgeschrittener Zeit wurde die Angelegenheit vertagt auf eine Versammlung, die in der nächsten Woche stattfinden soll.

Taxameterarbeiter. Am 7. Februar tagte in den Arminhallen eine gutbesuchte Versammlung aller in den Taxameterbetrieben beschäftigten Personen. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Kollegen Gutsche über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche und wie verbessern wir dieselben. Redner beleuchtete an der Hand eines reichhaltigen Materials die Verhältnisse in den verschiedenen Betrieben. So sei ein Lohn, der zwischen 40—56 Pf. schwanke, ungeeignet die Kollegen zu befriedigen. Auch über schlechte Behandlung durch die Meister wurde Klage geführt. An der Diskussion beteiligten sich eine große Anzahl Redner, welche die Mißstände in den Betrieben scharf verurteilten. Die Werkstatt

von Dünhölter u. Schölzel wurde hier in erster Linie genannt. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die Kollegen erklären, energisch Front gegen die Mißstände in den Taxameterbetrieben zu machen. Sie sind bereit, in Werkstattversammlungen dafür zu wirken, daß aus jeder Werkstatt zwei Mann in eine Kommission gewählt werden, die das Interesse der Kollegen nach jeder Richtung zu vertreten und hierüber baldigst Bericht zu erstatten hat."

Der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter hielt am 11. Februar in den Arminhallen die Fortsetzung der Generalversammlung vom 28. Januar ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung stellten der Vorstand und Erkner den Antrag: „Die Redaktion unserer Zeitung, die „Arbeitende Jugend", hat der Vorstand zu erledigen". Während Maschke, Peters, Erkner, Reinhard, Schröter und W. Schulz für den Antrag des Vorstandes eintraten, waren K. Lüpnitz und andere Redner der Meinung, daß es besser wäre, zur Herausgabe der Zeitung eine Redaktionskommission zu wählen. Schließlich wurde der Vorstandsantrag mit großer Mehrheit angenommen. In die Bildungskommission wurden Hünecke, Jonas, Lindemann, K. Lüpnitz und W. Schulz gewählt. Zu Mitgliedern der Bibliothekskommission bestimmte man Bläsing, Hascheck, Höhne, Liebrandt und Zimmer. Unter „Verschiedenes" wurde ein Antrag: „Die Wahl des Kassierers wird für ungültig erklärt" gegen 3 Stimmen angenommen. Das in der hierauf folgenden Diskussion zutage geförderte Material wird dem Vorstande zur Untersuchung überwiesen und Schröter bis zur Beendigung derselben als Kassierer bestätigt. Als Abteilungsführer für Abteilung II wurde Steinberg, für Schöneberg Kiener, für Steglitz Lindemann und für Charlottenburg Feike gewählt.

Der Ortsverein Berlin der Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands hielt am 25. Januar (Der Bericht ist uns am 13. Februar zugegangen. D. Red.) eine Versammlung ab. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 2262,80 M., dazu den alten Bestand vom 3. Quartal 1690,44 M., zusammen 3953,24 M. Die Ausgabe beträgt 1284,55 M., sodaß ein Bestand von 2668,69 M. vorhanden war. Den Bericht des Vorstandes erstattete Giesche. Danach haben 19 Versammlungen stattgefunden. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Schacht, 2. Vorsitzender Dittmann, 1. Kassierer Baberschke, 2. Kassierer Domke, 1. Schriftführer Michaelis, 2. Schriftführer Dalaschinski. Die Jahresabrechnung zeigt eine Einnahme von 9857,40 M., eine Ausgabe von 7188,71 M., der Bestand beträgt 2668,69 M. Unter den Ausgaben sind unter anderen folgende Posten: Streiks und Maßregelungen 2923 M., Düsseldorfer Streik 510 M., Berliner Kürschnerstreik 50 M., Krankenunterstützung 100 M., für die russischen Freiheitskämpfer 100 M. — Am Schluß des Jahres waren 329 zahlende Mitglieder vorhanden.

Vermischtes.

Aus der Dresdener Lebewelt. Ein bekannter Dresdener Lebemann und Firmeninhaber K. N. hat den Staub von Elbflorenz von den Füßen geschüttelt und in Begleitung eines jungen Fräuleins Dresden verlassen, nachdem sein Geschäft im vorigen Jahre an den Rand des Ruins gekommen und eine nach mehreren Hunderttausenden zählende Unterbilanz aufweisen soll. Auch persönliche Schulden, man spricht von 40 000 M., sollen den jungen, einstmaligen Industriekröfus zur Abreise veranlaßt haben. Der Verschwundene machte bereits im vorigen Jahre von sich reden, als ein wahrhaft abenteuerliches Romankapitel aus dem Leben einer damals an einem Dresdener Theater engagierten Schauspielerin Elly S. vor dem Dresdener Landgericht seinen gerichtlichen Abschluß fand. Die wunderliche Vorgeschichte dieser „cause célèbre" übertrifft an Tollheit die verwegensten Pariser Schwankdichtungen. An einer Dresdener Bühne wirkte in der Saison 1904 das anmutige Fräulein Elly S., wo sie besonders als Kellnerin Käthe in „Alt-Heidelberg" alle Herzen durch ihr munteres wie leidenschaftliches Spiel gewann. Ausgerechnet 105 mal war sie ihrem erbprinzlichen Studio Karl Heinz in die Arme geflogen als Hochzeitsaspirantin mit Vermeidung standesamtlicher Weitläufigkeiten. Im Privatleben aber galt die Künstlerin für unnahbar und wahrte ein strenges Dekorum. Endlich aber entdeckte auch die Unnahbare ihr Herz, und zwar auf die Werbungen eines jungen Lebemannes, des jetzt aus Dresden „abgereisten" Herrn K. N. hin, welcher, damals ein Erbprinz väterlicher Schätze, das Glück des Karl Heinz genießen durfte. Nur ging die „Heidelberger Käthe" außerhalb der Kulissen viel schlauer zu Werke als auf den Brettern im gemalten Neckartal. Sie bezifferte den Wert ihrer beseligenden Gunst entsprechend der einsamen Höhe wahrer Künstlerschaft mit einer fabelhaften Summe. 15 000 M. Konventionalstrafe sollte vertragsmäßig derjenige von beiden Teilen zahlen, der auf seiner Treulosigkeit ertappt würde. Die goldene Freiheit war für Herrn N. also mit 15 000 M. nicht zu teuer erkauft. So war ihr Herz denn gegen Treubruch, nicht aber gegen Einbruch versichert. Es schlich sich in ihre Gunst ein zweiter Held und Liebhaber ein, gleichfalls dem Handelsstande angehörig und schwer reich, wie's einem Kunstmäcen geziemt. Als Kavalier stand nun Rivale B. Herrn N. in nichts nach. In einem fashionablen Lokal am Pirnaischen Platz bei luxuriösem Souper eroberte er die stolze, aber schwach verteidigte Festung. Es war ein Pyrrhussieg mit ganz gewaltigen Opfern. An 30 000 Mark verpuffte Ritter B. nach und nach für „kleine Aufmerksamkeiten" für seine Schöne, die nichtsdestoweniger auch Herrn N. mit ungeschmälerten Beweisen ihrer Huld auszeichnete. Da brach die Katastrophe herein. Herr N. entdeckte, daß er schmählich hintergangen war, und stellte seine verführte und betrogene Junggesellentugend laut Kontrakt sofort mit 15 000 Mark in Rechnung, bei je 1500 Mark monatlicher Abzahlung zur ratenweisen Linderung seiner Schmerzen. Jetzt zeigte sich Verehrer B. in seiner ganzen finanziellen Seelengröße, denn Fräulein Elly wußte ihm mit magischer Gewalt auch diese Summe abzuschmeicheln. Er machte also den heroischen Anfang und stieß die erste Rate von 1500 M. ab. Doch folgte die Ratenzahlung nur einmal hintereinander und dann nicht wieder. Empört lief Frl. Elly zum Rechtsanwalt, ja aufs Gericht und klagte auf Fortsetzung der Raten. Herr B. aber erhob Wiederklage auf Herausgabe der Geschenke. Denn jetzt erst vermochte er den vollen Umfang weiblicher Untreue zu ermessen. Zur Verhandlung war damals auch Zeuge B. geladen. Hier kamen all' die kuriosen Dinge zur Sprache. Das Resultat war für alle ein negatives: beide Teile wurden kostenpflichtig abgewiesen und der „Vertrag" zwischen Frl. Elly und Herrn N. als ein unsittlicher bezeichnet. So löste sich in unerquicklich nüchterner Klarheit der bunte Nebelzauber von 1001 Nacht!

Verband deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmachergehülfen Berlins. Donnerstag, den 15. d. Mts, abends 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 7c: Mitgliederversammlung.

Zentralverband der Friseurgehülfen Deutschlands. Donnerstag, den 15. Februar: Sitzung im Charlottenburger Volkshause. Rosinenstr. 3. Erscheinen aller Kollegen notwendig.

Zentralverband der Handlungsgehülfen und Gehülfinnen Deutschlands. Bezirk Berlin. Bezirk Zentrum: Donnerstag, den 15. Februar, abends 9 Uhr, in Dräsels Festsälen, Neue Friedrichstr. 35. Sitzung. Vortrag des Kollegen Bublitz über „Unsere Forderungen". — Bezirk Nord-Ost: Donnerstag, den 15. Februar, abends 9 Uhr, Sitzung im Böhmischen Brauhause, Landsberger Allee 11. Vortrag des Kollegen Guttmann über: „Wie bewährt sich das Kaufmannsgericht".

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 15. Februar.

Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Cavalleria rusticana. (Bauernehre.) — Der lange Kerl.
Schauspielhaus. Nathan der Weise.
Deutsches. Oedipus und die Sphinx.
Westen. Die Fledermaus.
Berliner. Der Widerspenstigen Zähmung.
Lessing. Rosmersholm.
Neues. Ein Sommernachtstraum.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Cyprienne.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Ueber unsere Kraft. (I. Teil.)
Kleines. Kinder der Sonne.
Komische Oper. Don Pasquale.
Residenz. Der Prinzgemahl.
Trianon. Loulou.
Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle.
Thalia. Bis früh um Fünfe.
Zentral. Der Mikado.
Metropol. Auf ins Metropol.
Walhalla. Nach Afrika, nach Kamerun.
Carl Weiß. Die lebende Brücke auf Kuba.
Luisen. Die lustigen Weiber von Windsor.
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Kasino. Die goldene Brücke.
Apollo. Insel Tulipatan. Im Grisetten-Kabarett. Spezialitäten.
Herrnfeld. Familientag im Hause Preßstein.
Folies Caprice. Nach dem Zapfenstreich. Der Beheme.
Belle-Alliance. Der grüne Teufel. Spezialitäten.
Wintergarten. Tschin-Maa's Chinesen-Truppe. — Otto Reutter.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel. Hörsaal 8 Uhr: Dr. Thesing: Lebensgemeinschaften, Selbstverstümmelung und Wiedererneuerung.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. Täglich geöffnet von 1 bis 7 Uhr.

Berliner Theater.

Abends 7½ Uhr:

Der Widerspänstigen Zähmung.

Freitag: Die Jüdin von Toledo.
Sonnabend: Hans in allen Gassen.
Sonntag nachm. 2½ Uhr: Maria Stuart. Abends 7½ Uhr: Die Jüdin von Toledo.

Neues Theater.

Anfang 7½ Uhr:

Ein Sommernachtstraum.

Freitag: Die Neuvermählten. Hierauf: Boubouroche.
Sonnabend: Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:

Kinder der Sonne.

Freitag: Kinder der Sonne.
Anfang 7½ Uhr.

Lustspielhaus.

Allabendlich 8 Uhr:

Der Weg zur Hölle.

Urania Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Thesing:
Lebensgemeinschaften, Selbstverstümmelung und Wiedererneuerung.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Ohne Extra-Entree.
Bergbewohner
Abessiniens.
65 Eingeborene
Männer, Weiber und Kinder,
sowie das Baby „Berolina".
Eintritt 50 Pf.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Die lustigen Weiber von Windsor.
Freitag Benefiz für Hrn. Wahl: Die Kariosschüler.
Sonnabend: Der Störenfried. Die Dienstboten.
Sonntag nachmittag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Abends: Die Anna-Lise.
Montag: Die Anna-Lise.

Komische Oper.

Donnerstag, 15. Febr., abends 8 Uhr:
Don Pasquale.
Komische Oper in 3 Akt. v. Donizette.
Freitag: Don Pasquale.
Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Abends 8 Uhr: Don Pasquale.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr:
Die lebende Brücke auf Kuba.
Großes amerikan. sensationelles Ausstattungsstück mit Gesang und Ballett in 7 Bildern von James Fox.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Ruhezahl und das lustige Schneiderlein.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Cyprienne.**
Lustspiel in 3 Aufzügen v. Victorien Sardou und E. de Najac.
Freitag, abends 8 Uhr: **Zapfenstreich.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Ueber unsere Kraft.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Ueber unsere Kraft.**
Schauspiel in 4 Akten v. Björnstjerne Björnson.
Freitag, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: **Die Macht der Finsternis.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die Macht der Finsternis.**

Freie Volksbühne.
Sonntag, 18. Februar, nachmittags 2½ Uhr:
Metropol-Theater. 15./16. Abteilung
Maria Magdalene.
Carl Weiß-Theater. 4./5. Abteilung
Ein Frühlingsopfer von E. Kayserling.
— 7. Serie — **Kater Lampe.**
im Metropol-Theater
Komödie aus dem oberen sächsischen Erzgebirge in vier Aufzügen von Emil Rosenow.

MÄRZ-FEIER
Sonnabend, den 17. März, Brauerei Friedrichshain.
Beethoven-Berlioz
Großes Sinfonie-Konzert
Instrumental- und Vokalmusik unter Mitwirkung hervorragender Solisten und Festball.
Festmarken und Gastkarten in allen Zahlstellen.
228/7 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Constantin Meunier
Lebenswerk darunter Monument der Arbeit
Januar bis 21. Februar 1906. — Eintritt 1,00 Mark
Für Abonnenten des Kunstsalons Keller & Reiner 50 Pf.
Geöffnet Wochentags 10—8, Sonntags 11—7 Uhr.
Keller & Reiner, Potsdamerstr. 120
Einzel-Eintrittskarten ausser an der Kasse der Meunier-Ausstellung auch im Kunstsalon Keller & Reiner sowie bei A. Wertheim und im Invalidendank.

Neue freie Volksbühne.
Die Kunst dem Volke.
Sonntag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Konzertsaale der Kgl. Hochschule für Musik, Ecke Hardenberg- und Fasanenstraße:
Heine-Gedächtnisfeier.
Mitwirkende: Herr Prof. Dr. Eduard Engel, Vortrag; Frl. Else Sohiff, Herr Dr. Gustav Manz, Herr Karl Henckel — Rezitation; Frau Betsy Schot, Herr Paul Reimers — Gesang; Frl. Hedwig Kirsch, Klavier; Herr Kapellmstr. Fr. Otto, Begleitung.
Billetts für Mitglieder à 50 Pf., für Gäste à 75 Pf. (inkl. Garderobe und Programm) sind in allen Zahlstellen zu haben.
Zu den an allen Sonntagen im Februar u. März im Deutschen Theater stattfindenden Vorstellungen „Eine florentinische Tragödie" „Die Neuvermählten" „Der Herr Kommissär" (Rudolf Schildkraudt in den Hauptrollen) sind eine kleine Anzahl Gastkarten à 1,25 M. in folgenden Zahlstellen zu haben: Fischer, Veteranenstr. 6; Bobsien, Kommandantenstr. 62; Becker, Gotzkowskystr. 9; Kaufhold, Wrangelstr. 52; Martienzen, Bellealliancestr. 7/8.
150/2 Der Vorstand. I. A.: H. Neft, Bremerstr. 59 II.

XI. Berliner Saison.
Zirkus Busch.
Neu! Sensationell!
Der automatische Mensch.
Zum ersten Male in Europa.
Noch nie dagewesen!
Herr Ernst Schumann, Neudreskuren. Die Kunst- und Schulreiter. Sign. Natalina Rossi.
Zum Schluß (um 9¼ Uhr):
Zum 88. Male:
Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins:
Indien.
Origin.-Manege-Ausstattungsstück des Zirk. Busch in 8 Bild.
Besonders hervorzuheben:
Eine Witwenverbrennung.

Apollo-Theater.

Nur neue Spezialitäten und
Gobert Belling
mit seinen vierbeinigen Komikern.
Katsukuma Higashi,
der Meister d. Selbstverteidigungslehre.
Jiu-Jitsu.
Vorher: Die Insel Tulipatan, Operette.
Sonntag, den 18. Februar, nachm. 3 Uhr: Große Familienvorstellung: Berliner Luft und Spezialitäten.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
!Auf – in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen in all. Räumen gestattet.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstraße 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel Adolf Philipp
zum 55. Male **Er & Ich**
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
„Ueber'n großen Teich".
Montag, 19. Februar, abends 8 Uhr:
Fest-Vorstellung
anläßlich des 25jährigen
Künstlerjubiläums
von Adolf Philipp.
Billetts sind jetzt zu haben.

Trianon-Theater.

Anfang **Loulou.** 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Kasino-Theater

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 1. März inkl.
Die goldene Brücke.
Am 2. März zum erstenmal: Die Herren Söhne.
Sonntag nachmittag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Passage-Theater.

Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Miß Gertrude,
Tänzerin.
Karl Bernhard,
der Humorist.
= Vierzehn Nummern. =
„Und Pepi singt"
(Pepi Weiß).

Zirkus Albert Schumann

Heute abend präzise 7½ Uhr:
Gala-Sport-Vorstellung.
Unwiderruflich letztes Auftreten von Abie Mitchells farbigen
20 Studenten 20
Ferner: Ihre Exzellenz Margaretha Fehim Pascha das Rätsel des Orients.
Die vorzügliche Morgana-Truppe.
Die ausgezeichnete The Ergotti und King Louis Troupe.
The great Créard Troupe.
Die beliebte jugendliche Schulreiterin Frl. Dora Schumann.
Zum Schluß: Einzig dastehender Erfolg! Das größte Pracht-Manegenschaustück der Gegenwart
Femina das neue Frauenreich.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Satirischer Schwank in 3 Akten von L. Lanrof und J. Chancel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Denise.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Der Walzerkönig.
Posse mit Gesang in 3 Akten von W. Mannstädt.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.
Freitag: Mit dem Strom.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49.
Heute Donnerstag, den 15. Februar:
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Die Bluthochzeit.
Trauerspiel in 2 Abt. und 5 Akten von Fr. Adami.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Winter Garten
Zum erstenmal in Berlin!
Tschin-Maa's Chinesen-Truppe
Außerdem
Otto Reutter
und das
sensationelle Februar-Programm.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Konzert
Theater, Spezialitäten, Tanz.
Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 8 Uhr.
Sonnabende für Sommerfeste sind noch frei.

Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132,
— Ecke Friedrichstraße. —
Zum 150. Male:
Nach d. Zapfenstreich.
Vorher: **Der Beheme**
u. d. ausgezeichn. Spezialitätenteil.
Anfang 8 Uhr.
Vorverk. tägl. b. Wertheim u. an der Theaterkasse von 10 Uhr vormittags an.

Walhalla-Theater
Nach Afrika, nach Kamerun.
Ausstattungsposse in 6 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
Heute sowie folgende Tage:
Der größte Herrnfeld-Schlager:
Familientag im Hause Prellstein.
Komödie in drei Akten mit den Autoren A. u. D. Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11—2 Uhr (Theaterkasse).

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
(Meyfel, Pietro, Britton, Böckmann, Böhme, Walden, Seibel, R. u. O. Schrader).
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Arnold Scholz **Neue Welt** Hasenheide 108-114
Täglich:
Bock-Bier-Fest.
Baron Muckl's Bauernkapelle.
30 bayerische Madl.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Otto Pritzkows
Berliner Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Neu! Neu!
Die Elite-Liliputaner-Truppe
die kleinsten Vortragskünstler und Sterne der Liliputaner der Welt. Die Fuß-Künstlerin Margarete Marjot. Hellseherin Armida, wahrsagende Wunderdame. Pluto, Wunderhahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Körpern, 1 Kopf, lebend. rc.
Riesen, Zwerge, Phänomen, Fakire usw.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Um 9½ Uhr: Auftreten des berühmten Stegreifdichters
Paul Steinitz.

Carl Gabriels
Volks-Museum
Friedrichstr. 112a, am Oranienb. Tor
Zirka 2000 Ausstellungsobjekte!
Entree 30 Pf.
Sold. u. Kind. 20 Pf.
Sämt. Räum. 60 Pf.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Die größte Sensation des Ostens sind
Die kleinen Mädchen von Berlin.
Im zweiten Bilde:
Die sechs schönen Manolizigaretten.
Außerdem
× das neue Februar-Programm. ×

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bh. Börse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Benefiz für
Karl Pohlig.
Einmalige Aufführung von
Ein glücklicher Familienvater.
Schwank in 3 Akten von Görner.
Dazu:
Das Elite-Februar-Programm.
Nach der Vorstellung:
Ball ohne Nachzahlung.

91L

Inventur-Ausnahmepreis
Mit kleinen Webfehlern!
Eine große Partie echter
Plüsch-Tischdecken
mit reicher Stickerei
ca. 33⅓% unter Preis!

130×130 cm	6.75 M.	Wert 10.00
140×140 cm	7.85 M.	Wert 15.00
130×160 cm	10.50 M.	Wert 18.00
145×175 cm	13.50 M.	Wert 22.50

— Nach außerhalb — per Nachnahme.
Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranien-Straße 158.
Inventur-Extraliste u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. gratis und franko.

Fülle Dein Bett
mit neuen Gänsefedern!
Ungerissen mit allen Daunen von 1,80 M. an
„ gleich füllfertig „ 1,75 „ „
Gerissene Federn . . . „ 2,00 „ „
Reelle Bedienung! Umtausch gestattet!
Paul Paegelow,
Bettfedern-Großhandlung
Wriezen, Oderbruch.

Ganswinds jetzt fert. Flugmaschine (s. Adreßb.) zu besicht. täglich von 10 bis 6. Um 11½, 4 u. 5½, kurze Erklärung mit Anlassen des Motors. Eintr. 1 u. 2 M. Nur kurze Zeit. 205/9*

Automobilfahrer!
Jedermann wird unt. fachmännischer Leitung schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Prospekte frei.
Automobil-Technikum „Berlin", Spichernstr. 11/12.

Raucht
Spree-Blume-
Zigaretten.

Elysium Landsberger Allee Nr. 40-41.
Inh. C. Eisermann.

Jeden Donnerstag:
Original-Harburger Sänger
Direktion: C. Frick und F. Kasche-Krause.
Anfang 8 Uhr.
Entree 10 Pf.
Vorzugskarten gelten.
Nachher: Tanz.
Avis! Montag, 19. Februar: Elite-Maskenball der Harburger Sänger.

Für Vereine!
Erster Osterfeiertag ist noch frei. Auch sind noch einige Sonnabende im April zu vergeben. 1432*
Buß' Salon, Gr. Frankfurterst. 85.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für 29/14*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Reichels Universal- *
Magenpulver
Magenstärkend, die Verdauung unterstützend, stark appetitanregend.
Stets prompt in seiner Wirkung.
Dose M. 1.—, 3 Dosen M. 3.50 frk. Vers.
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Alten Kottbuser **Gold-** und **Getreidekorn** engros. endetail.
empfiehlt H. Brose, Naunynstraße 67. Amt IV, 3444. *

Masken-Garderobe
von 55992*
Carl Ernst,
Köpenickerstr. 126, 1 Tr.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Vorzeiger dieser Annonce erhält 10 % Preisermäßig.

Theor. u. praktische Ausbildung zum
Chauffeur.
Programm kostenfrei. Unentgeltlicher Nachweis von tüchtigen Chauffeuren.
Technikum Altenburg
Sachsen-Altenburg.

Flor de Borneo, große, vorzügliche Zigarre, moderne Form, liefert 300 St. 10,80 M. franko Nachnahme. Zigarrenfabrik Bremer Schlüssel, Bremen IV.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse [illegible]

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Freitag abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:
Sitzung der Werkstattkontrollkommission
und der **Ortsverwaltung.** 60/8*

Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands.
Sonntag, den 18. Februar 1906, nachmittags 2 Uhr, bei A. Kuhnke, Antonstraße 31—32:
Delegierten-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Stand unseres Bundes. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes. 288/1
Vereine, welche gewillt sind, dem Bunde beizutreten, ersuchen wir zwei Delegierte zu entsenden. **Der Vorstand.**

Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands. (Ortsverein Berlin. Abt. I u. II.)
Donnerstag, 15. Februar, abends 8½ Uhr, im „Neuen Klubhaus", Kommandantenstr. 72:
Außerordentl. Mitgliederversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Unsere Antwort auf die fortgesetzten Angriffe des Maurerverbandes gegen unsere Organisation.
2. Diskussion.
3. Tätigkeitsbericht des Ausschusses der Abt. I und Neuwahl derselben.
Zahlreichen Besuch erwartet
287/18* Der Vorstand. J. A.: Albert Schacht.

Achtung! Achtung!
Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler
und anderer gewerblicher Arbeiter. Eingeschriebene Hülfskasse Nr. 3 (Hamburg).
Berlin G.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zahlstelle von Baberschke, Petersburgerstraße 81, nach der Straßmannstraße 29 bei Rott verlegt worden ist. **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verband der Töpfer.
Filiale Berlin.
Freitag, den 16. Februar, abends 6 Uhr, bei Keller, Koppenstraße Nr. 29:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über die Arbeitslosenunterstützung. 2. Beschlußfassung über die neuen Arbeitsnachweisstatuten. 3. Abrechnung vom Herbstvergnügen. 195/9
Um zahlreichen Besuch in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ersucht **Der Vorstand.**

Zentralverband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.
Freitag, den 16. Februar 1906, abends 8 Uhr:
General-Versammlung.
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. 2. Festsetzung der Gehälter der beiden angestellten Kollegen und der Entschädigung für bei Bautenkontrollen tätige Kollegen. 3. Wahl des ersten Vorsitzenden und des ersten Kassierers sowie der Schlichtungskommissionsmitglieder. 4. Verschiedenes. 137/5
Um rege Beteiligung an der Versammlung ersucht **Der Vorstand.**

Brauerei F. Happoldt
Berlin S. Hasenheide 32—38
empfiehlt ihr
Lager-, Münchner-, Tip-Top- Bier
in **Flaschen** und **Gebinden.**
Telephon: Amt IV. No. 9115. 5635L*

Freunden und Parteigenossen zur gefl. Nachricht, daß ich Bülowstraße 57 ein **Zigarrengeschäft** eröffnet habe. Bitte um gütigen Zuspruch; ich liefere nur gute u. reelle Ware. 2730b
Wilhelm Kolbin.
Fernsprecher. Amt VI. 160.

Sophien-Säle
Berlin C., Sophienstr. 18.
4 neueste **Festsäle**
sind täglich unter den kulantesten Bedingungen zu vergeben. .. .. ..
×××××× 10 Vereinszimmer. ××××××

Gesundheit ist Reichtum!
Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit. *
Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Gr. Frankfurterstraße 136.
Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.
Medizinische Bäder aller Art
in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.

2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern
0,75 Mk. (40 Minuten Badezeit.)

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Am Mittwoch, den 14. d. Mts., früh starb nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Schriftsetzer
Hugo Reuter
im 35. Lebensjahre. Sein ehrlicher und biederer Charakter sichern ihm ein dauerndes Andenken. 2722b
Die Kollegen der Hofbuchdruckerei W. Greve.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittag ½5 Uhr, in Schmöckwitz vom Trauerhause, Kaiser Wilhelm-Platz 4, aus statt.

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler
u. anderer gewerblicher Arbeiter. (E. H. 3 in Hamburg.)
Verwaltung Weißensee.
Todes-Anzeige.
Am 12. Februar verstarb unser Mitglied
Friedrich Schleehuber.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Weißenseer Friedhofes, Rölkestraße 48, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
184/4 Die Ortsverwaltung

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Schankwirt
Julius Preß
im Alter von 55 Jahren nach langem schweren Leiden am 14. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. d. M., nachmittags 3½ Uhr, vom Augusta-Hospital, Scharnhorststr., aus statt.
Witwe Preß nebst Kindern,
1632 Birkenstr. 55.

Danksagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, sowie für die Kranzspenden seitens der Kollegen des Zentralverbandes der Töpfer Deutschlands und für die trostreichen Worte des Herrn Waldeck Manasse bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sage ich allen Beteiligten meinen aufrichtigen Dank. 1642
Die trauernde Witwe Minna Molz.

Consum-Verein Friedenau
und Umgebung
E. G. m. b. H.
General-Versammlung
Donnerstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshause, Rheinstr. 14.
Tages-Ordnung:
1. Ergänzungswahlen des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
2. Verschiedenes. 105/12*
Der Aufsichtsrat.
J. A.: K. Thielike.

Hochfeine 6 Pf. Cigarre
vorzüglicher würziger Geschmack
J. NEUMANN
Cigarren-Fabriken — 103 Filialen,
Davon in Berlin:
Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.
Chausseestr. 16, Ecke Invalidenstr.
Chausseestr. 36/37, Ecke Schwartzkopffstraße.
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.
Friedrichstr. 171, E. Französ. Str.
Gertraudtenstr., Eck. Breitestr. 20a.
Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr.
Jerusalemerstr. 41, Eck. Krausenst.
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck. Münzst.
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
Potsdamerstr 57/58, Eck. Bülowstr.
Prinzenstr. 91, Ecke Rittersrt.
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schönhauserstraße.
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.
Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.
Rixdorf: Bergstr. 146.

Bei
Husten, Heiserkeit
wirken
Reichels
Hustentropfen
überraschend schnell und sicher.
Nur echt, wenn mit Marke „Medico"
versch. offen.
Flasche 50 Pf.
Erhältlich in den Drogerien und bei Otto Reichel, Berlin SO 43 Eisenbahnst. 4.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt — In jeder besseren Fahrradhandlung erhältlich. — **Millionen im Gebrauch**

Die
Möbel-Fabrik
von 59042*
A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5
empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 240—10 000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und Stilart sowie auch Polsterwaren eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Kulanteste Zahlungsbedingungen. Tel. Amt IV 6877.

KNORR'S Suppentafeln u. Erbswurst.

Voigts „Krampenburg"
gegenüber von Schmöckwitz am Fusse der Müggelberge
auf einer von herrlichen Waldungen umgebenen Halbinsel am Langen- und Seddin-See und der Großen Krampe gelegen. **Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen.** 2 Dampferanlegestellen, 3 große Säle, zirka 3000 Personen fassend, schöne Restaurationsräume, Veranden, Terrassen, 35 Meter hoher Aussichtsturm mit elektrischem Fahrstuhl, Kegelbahnen, Kaffeeküche, Ruderboote, prächtige Spielplätze im schönsten Hochwald, Volksbelustigungen aller Art stehen zur Verfügung, gute Bewirtung (auch Weißbierausschank) zu soliden Preisen. — Zwecks Abschlüsse für Sommerpartien ersuche größere Vereine, Fabriken usw. um baldigste Rücksprache in meinem Berliner Lokal **R. Voigts Ritterkäle, S., Ritterstraße 75.**
Achtungsvoll
532* **Robert Voigt.**

Echte Pflanzenbutter, unentbehrlich für die Fasten
PALMBUTTER
Netto 9 Pfd. 5 M. franko
100 Pfd. 48 M. franko.
Verkaufsstellen sucht
Gustav Jacobi, Danzig 39.

Restaurant Bellevue
früher **Rieck-Werder**
Woltersdorfer Schleuse, Werderstraße 37 am Flakensee
empfiehlt sich den geehrten Vereinen rc. zu kulantesten Bedingungen.
Großer Saal für 800 Personen.
35 Fremdenzimmer. 2335b

Maybach-Ufer 3, ab 1. 4. 1 Wohnung 36,50 M., und 1 Wohnung 22 M. mon., d. Stock I Et.

Feuerbestattung 310 M.
Broschüre gratis und franko. 57882*
Gustav Nobert, Beerdigungs-Institut,
Berlin W. 35, Potsdamerstr. 114. Filiale Friedenau, Rheinstr. 19.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Bettenlagerei spottbilligst Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †35*

Gardinenverkauf. Teppichverkauf Weidenweg neunzehn. †35*

Steppdecken, Tischdecken Weidenweg neunzehn. †35*

Regulatoren, Freischwinger, Taschenuhren, verfallene Pfänder Weidenweg neunzehn. †35*

Bettenverkauf. Bettinlette, Herrengarderoben, Damensachen, Aussteuerwäsche. Verschiedenes. Spottpreise. Verkaufszeit genehmigter Ladenschluß. Pfandleihhaus Weidenweg. †35*

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett, zusammen 10,50, nur (Pfandleihe) Andreasstraße 38. *

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstraße 38. 12435R*

Pommersches Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Großes Laken, Stück 1,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Elektrische nach überall. 12446R*

Gardinen, Stores, Bettdecken, enorm billig. Reste 1 bis 3 Fenster Extraermäßigung. Gardinen-Versandhaus Jerusalemerstraße 11/12. 12214R*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Inventur-Ausverkauf. Gardinen 10 Prozent Rabatt. Fenster (zwei Schals) 140, 185, 225, 285, 350, 485, 575, 665 usw. 12015R*

Angeschmutzte Gardinen für 1, 2, 3 Fenster zu spottbilligen Preisen. 12026R*

Stores 10 Prozent Rabatt. 185, 225, 295, 350, 425, 550, 675 usw. *

Erbtüllstores, nur so lange Vorrat, Stück 435. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 12176R*

Inventur-Ausverkauf. Vorzieh-Gardinen mit überraschend schöner Stickerei, creme, weiß, Fenster 135, 165, 210, 255, 285, 325, 425 usw., goldfarbig und rot Fenster 265, 285, 325, 450 usw. 12018R*

Tüllbettdecken, weiß, creme, für große Betten ausreichend, 195, 225, 285, 375, 450—790. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 12066R*

Inventurpreis. Steppdecken, Simili, Seide, rot, grün, olin, blau, zirka 160 breit, 200 lang. Handarbeit (Wert 10,50) jetzt Stück 5,85.

Steppdecken, Gelegenheitskauf, nur so lange Vorrat, 285, 365, 425, 585, 675, 785 usw. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. *

Inventur-Ausverkauf. Tuchtischdecken mit kleinen Stickfehlern in allen Farben, Größen, 1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,35 usw. 12088R*

Plüschtischdecken, Gelegenheitskauf, mit kleinen Stickfehlern, nur so lange Vorrat, 4,85, 5,65, 6,35, 7,50, 8,45, 9,65, 10,85. 12069R*

Möbelstoffreste in Wolle und buntem Plüsch, zu Sofabezügen ausreichend, in allen Preislagen. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 12108R*

Inventur-Ausverkauf. Abfall-Teppiche in allen Größen zu Spottpreisen. 12118R*

Bettvorleger, echter Plüsch, ein Posten, Wert 5,65, jetzt Stück 4,35; ein Posten Wert 4,85, jetzt Stück 3,65. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 12120R*

Läuferreste in Wolle und Plüsch (Zimmerlänge) enorm billig. 12138R*

Teppiche, imitiert Japaner und Perser, 2 Meter lang, nur 3,25. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 12148R*

Inventur-Preis. Portieren (zwei Shawls, ein Lambrequin) Garnitur 4,85, in allen Farben. 1215R*

Einzelne Plüsch- und Tuchgarnituren enorm billig. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1216R*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Grammophonplatten und Reparaturen. Rothenburg, Prenzlauerstraße 42, 2. Hof. 1171R

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 254/12*

Sofa, wie neu, 21,00. Meicke, Große Hamburgerstraße 18/19. 256/20

Leihhaus Küstrinerplatz 7, billige Einkaufsquelle für Waren aller Art, großes Lager in Wäsche, Betten, Uhren, Goldsachen, Teppichen, Steppdecken, Gardinen, Hosen, Anzügen rc. *

Chaiselongue, Taschensofa, Trumeau, mahagoni, nußbaum, Ausziehtische, Kreuzverband, Bettstellen, einzelne Matratzen ganz billig. Andreasstraße 57, vorn Keller, Lazarus. *

100 Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Hahn, Prenzlauerstraße 22. 73/4*

Damenhüte, spottbillig nur Pappel-Allee Nr. 140, Eckhaus Schönhauser Allee.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Steppdecken, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 26725*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/1 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Deutschenglische Porterkellerei, Bernauerstraße 119. 1255R*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5,00 an, Joppen von 4,50 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Nath, Mulackstraße 14. 2706b*

Schankgeschäft krankheitshalber zu verkaufen Hochmeisterstraße 18.

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiff, hocharmig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 1133R*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 2355b*

Betten, Stand elf, zweischläfrig 16 Mark. Winterüberzieher billig. Gubenerstraße 3, Pfandleihe. †35*

Möbelsuchende, Brautleute, empfehle meine Möbeltischlerei für Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel. Bunte Küche. Englische Schlafzimmer. Große Auswahl. Kein Laden. Nur Keller und Hinterräume. Teilzahlung. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124. 1130R*

Strickmaschinen. Nähmaschinen, auch Teilzahlung. Brederock, Engel-Ufer 20. 83/9*

Herrenanzüge, Winterpaletots, wenig getragene Monatsgarderobe von 5 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgeholte Maßsachen kauft man am billigsten aus erster Quelle direkt nur beim Schneidermeister Fürstenzeit, Rosenthalerstraße 15 nur 3 Treppen. Fernsprecher III, 3016. 260/10*

Nähmaschinen, ohne Geld, Woche 1,00, Uhr Gratiszugabe, gebrauchte 12,00 an. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 50/60. †89*

Nähmaschinen. Zahle bis 10,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Ohne Anzahlung. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †35*

Nähmaschinen. Zahle bis 10,00 wer Teilzahlung kauft, nachweist. Sämtliche Systeme Woche 1,00. Alte hoch in Zahlung. Postkarte. Rixdorf, Berlinerstraße 99. Nähmaschinengeschäft. 2673b*

Milchgeschäftseinrichtungen, Milchkübel, Kannen, Maße, Milchsiebe, Wiegeschalen, Buttermaschinen rc. billigst. Jordan, Michaelkirchstraße 21.

Betten, 17,00, Michel, Dresdenerstraße 38. 2687b*

Möbelverkauf in meiner Möbelfabrik Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgesetzte und verliehen gewesene Möbel, die wie neu sind. Kleiderspind, Vertiko 28,00, Ausziehtisch 16, Nußschlafbettstelle mit Federmatratze und Keilkissen 36, Taschensofa 50, Paneelsofa 70, Waschtoilette 20, Nußbett 25, ganze Einrichtungen billigst. Transport frei. 89/3*

Zigarrengeschäft, gut gehend, in volkreicher Gegend, muß verkaufen. 600 Mark. Gubenerstraße 46. 2733b

Gebrauchter Sportwagen, neuer Kinderwagen, spottbillig. Edeling, Gubenerstraße 54. †35

Restaurant preiswert zu verkaufen. Mantuffelstraße 111 †8

Seifengeschäft, gutgehend, zu verkaufen. Mantuffelstraße 6. †8

Restauration, große Räume, Schlosser-Werkstatt, gutgehend, wegen Grundstücksübernahme zu verkaufen. Offerten L., Parteiexpedition Lychenerstraße 123. †54

Badeeinrichtung verkauft Schwerin, Rixdorf, Berlinerstraße 61. †141

Elegante Tuchkostüme, lange Jacke auf Seide, Schneiderarbeit, 45 Mark. Spezialatelier Blumenstraße 9, II. *

Kostümröcke, tadellos sitzend, eigenes Fabrikat, zu Fabrikpreisen (Maßanfertigung). Spezialfabrik Blumenstraße 9. 89/6*

Seidenblusen, gestreifte, 9 Mark, Wollblusen 4 Mark, Blumenstraße 9.

Nähmaschinen-Käufer lernen gratis Blusennähen, Röcknähen, Zuschneiden Blumenstraße 9 II. 89/8*

Adlerhalbrenner, Damen-Bremsborrad, schönes, modernes, umständewegen sofort 40,00 verkäuflich. Große Frankfurterstraße 14, Hof geradeaus.

Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark. Dresdenerstraße 38, vorn II links. 89/4*

Junge Frau muß verkaufen sechs Zimmer Möbel, wie neu, elegantes Plüschsofa 44,00, Paneelsofa 50,00, Salongarnitur, Salonbilder 3,00, Gaskrone, Freischwinger 13,00, Trumeau, Steppdecken, Stores, Perserteppich 6,00, Tüllbettdecken 3,00, Paneelbrett 2,75, Bauerntisch 2,25, Gardinen. Landsbergerstraße 42, II. 2726b

Nähmaschinen, alle Fabrikate, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte genügt. Wiesenerstraße 6, Ackerstraße 113. 2724b

Kanarienhähne, Seifertsche, Zuchtweibchen, junge, sprechende Papageien, auch Tausch. Kommandantenstraße 52, Restaurant Vogelwirt. 1250R*

Ringschiffchen (Singer) 35,00, Langschiffchen 25,00; beide fast neu, nur einige Monate gebraucht, tadellos wegen Aufgabe, Tilsiterstraße 16, Milchgeschäft. †35

Photographische Kamera, 13×18, mit vollständiger Ausrüstung, sowie Satinliermaschine (ganz neu) billig. Oestreich, Groß-Lichterfelde, Kaiser Wilhelmstraße 38. 2731b*

Grammophon, Gelegenheit, neu, verkäuflich. Zigarrenladen, Königsbergerstraße 22. †35

Andersen-Pianos. Bequemste Ratenzahlung. Schillingstraße 38. *

Stand Betten, Waschmaschine verkauft billig Kurz, Torellstraße 3, vorn IV. †35

Taschensofa verkäuflich Ebertystraße 28, vorn IV geradeaus. †35

Verschiedenes.

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 83/5*

Kunststopferei von Frau Kokoschka, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 1792b*

Aufpolsterung: Matratzen 4,00, Sofa 5,00. Meicke, Große Hamburgerstraße 18/19. 260/5*

Handmöbelwagen, vierrädrig, kauft Möbelgeschäft, Pallisadenstraße 95. 88/18*

Zahnärztliche Poliklinik, Weinbergsweg 11, 1—3 Uhr. Zahnziehen mit Zahnfleischbetäubung umsonst. Künstliche Zähne a 1 Mark, Gold- und Porzellanfüllung 2 Mark. *

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Platina, alte Zahngebisse, allerhöchste Preise. Ackerstraße 174, II, nicht Laden. 2640b*

Maskenanzüge! Amor, Winter, See, Sonne verleiht spottbillig Meyer, Strelitzerstraße 23. †92*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futtersachen 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9 (Pallisadenstraße). 89/9*

Wäsche wird sauber gewaschen, im Freien getrocknet. Laken, Leibwäsche 0,10. Abholung Sonnabends. Emil Pankrath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40. 2701b

Vogelgroßhandlung kauft Posten singende Kanarienhähne a M. 5,00 und M. 6,00. Gefällige Offerten erbeten unter Chiffre B. 1 an die Expedition dieser Zeitung. 1258R

Ober-Schöneweide. Eröffne Freitag, den 16. Februar, Ohmstraße 5 ein Barbier- und Friseurgeschäft. Paul Heinrich. 1257R

Deutsch Privatunterricht gesucht. „Deutsch" Postamt 73. 2721b

Elegantes Pierrettenkostüm verleiht billig Kaschewski, Schützenstraße 14, Quergebäude. 2717b

Damenkleider, Einsegnungskleider, Blusen werden tadellos sitzend billigst angefertigt (Aenderungen) Lübeckerstraße 40 vorn I. 2718b

Freiheitsgöttin verleiht Maskengarderobe Reichenbergerstraße 56.

Ehrenerklärung. Die gegen Herrn Jöttelsötter ausgesprochene Beleidigung nehme hierdurch zurück. Ermisch, Kielerstraße 3. 2728b*

Vermietungen.

Warthestraße 1/12. Nähe Bahnhof Hermannstraße. 2 Stuben mit und ohne Bad. 1 Stube nebst vielem Zubehör. Ferner Läden mit und ohne Wohnung sofort preiswert. Näheres Warthestraße 4I und 7I.

Wohnungen.

Kleinwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20. Rixdorf, Wangelickstraße 12 (Hermannplatz), sofort, April. 286/6*

Hermannstraße 62, Rixdorf, neues Haus, Wohnungen von 2 und 1 Zimmer, Balkon, Zubehör, sofort billigst zu vermieten. 1223R*

Freundliche Vorder- und Hofwohnungen, zweizimmerig, sofort oder April zu vermieten, eventuell einen Monat mietsfrei. Schreinerstraße 9. †35

Sparrstraße 14a, Neubau, zwei Stuben und eine Stube mit Küche und Zubehör, Laden mit Wohnung zum 1. April zu vermieten. †81*

Schreinerstraße 19 Stube und Küche 19 Mark zum April vermietbar.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle finden zwei Herren sofort. Bachmann, Triftstraße 47, vorn I. †81*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Volksduett Bogdanowitz, Rheinsbergerstraße 17. †91*

Schmeltzer, Volkshumorist, Stettinerstraße 57. †77*

Volkshumorist Balzé, Mantuffelstraße 41. 48*

Gnörich, Volkshumorist, auch Gesellschaft, Fennstraße 1a. 2732b*

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glätzer, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Schlosser auf leichte Konstruktionsarbeiten verlangt Schlosserei Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. *

Drechsler verlangt Alabasterfabrik, Britzerstraße 7. 2710*

Gewandte Gürtler für Hartlöten und Montieren sigurlicher Arbeiten sucht Gladenbeck Bronzegießerei, Friedrichshagen, Seestraße 126. *

Zwei tüchtige Schlosser auf Gitter bei gutem Verdienst verlangt R. Benzke, Schlossermeister, Köpenick, Grünstraße 3. 1260R*

Schlossergesellen auf Schloßeinpassen verlangt R. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 2720b

Gesucht ein tüchtiger Emaillierer, Spezialität Schilder, behufs Errichtung und Inbetriebsetzung einer Schilder-Email-Werkstätte in einer österreichischen Provinzstadt. Honorar nach Uebereinkommen. Gefällige Zuschriften unter „Email 100" befördert die Annoncen-Expedition: Rudolf Mosse, Berlin SW. 89/1*

Dreher, tüchtige, für Werkzeug, sowie Kolonnenführer und Vorreiter für Eisenkonstruktionen und Brückenbau sofort gesucht. Druckenmüller, Schöneberg. 2716b

Geübte Leger auf fugenlosen Boden gesucht. Berliner Steinholzwerke, Tempelhofer Ufer 22. 2727b

Tüchtiger Versilberer auf blanke Leisten verlangt Putbuserstraße 17.

Einsarbeiter auf Schaufenstersachen sofort verlangt, Klare, Strelitzerstraße 15, II. †92

Junges Mädchen verlangt Plätterei Naunynstraße 77. †8

100 Mamsells auf Paletots, Futterröcke, Sportröcke, in und außerm Hause, verlangt Wichert, Rhinowerstraße 12, Ecke Gleimstraße. †55*

Tüchtige Mamsells auf Paletots, Peters, Feldstraße 12. †81*

Arbeiterinnen auf Damensaccos, Klatug, Dunckerstraße 83. †51*

Arbeiterinnen auf Paletots und garnierte Capes, Mayer, Muskauerstraße 49, III. †8*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Geübte Drücker,
aber nur solche, d. schon a. Stoffknöpfe gearbeitet haben, verlangt Louis Michaelis, Mohrenstraße 40. IV.

Ein tüchtiger 88/20*
Kernmacher,
flotter Arbeiter, für mittlere Metallgießerei in Provinzial-Hauptstadt findet bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung. Offerten nebst Angabe der bisherigen Tätigkeit usw. erbeten unter **A. K. 362** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Orts-Krankenkasse der Gastwirte u. verw. Gewerbe zu Berlin.
In der Ortskrankenkasse der Gastwirte usw. soll die Stelle des
Kassenrendanten
wegen Krankheit des bisherigen Rendanten am 1. April d. J. event. später anderweitig besetzt werden.
Das Anfangsgehalt beträgt 3000 M. pro Jahr. 270/15
Geeignete Bewerber wollen ihre Offerten gefälligst schriftlich bei dem Vorsitzenden Herrn **H. Poppe,** W. 35, Lützowstraße 93, bis 1. März d. J. einsenden.
Berlin, den 1. Februar 1906.
Der Vorstand.

Heizungsmonteure
nach Holland in dauernde Stellung gesucht. Nur erste Kräfte, in allen Systemen erfahren, wollen sich melden unter **A. 1** an d. Exp. d. Ztg. 2713b

Achtung! Kürschner!
Die Werkstatt des **Hofkürschnermeisters Karl Salbach, Unter den Linden 67,** ist wegen Maßregelung sämtlicher organisierten Kollegen und Kolleginnen gesperrt.
Zuzug ist streng fernzuhalten!
Der Vorstand des Deutschen Kürschnerverbandes, Zahlstelle Berlin.
Der Vorstand des Verbandes der Kürschner Berlins und Umgegend. 102/3

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Wegen **Streik** und **Differenzen** ist
Zuzug fernzuhalten
von **Bilderrahmenmachern, Kreissägenschneidern und Tischlern** von der Firma Beck u. Co., Neanderstraße 4, und Schlesischestr. 42;
von **Treppengeländer-Arbeitern (Drechsler, Tischler, Stellmacher, Polierer, Maschinenarbeiter und Bildhauer)** von der Treppengeländerfabrik Joseph Drechsler, Gubenerstraße 33;
von **Drechslern** von Panitsch, Brunnenstr. 79;
von **Korbmachern** von Knorr, Friedrichsberg, Frankf. Chaussee 127;
von **Perlmutterarbeitern u. Knopfmachern** von der Firma Abramowski u. Steiner, Köpenickerstr. 33;
von **Einsetzern** vom Bau Gerhardt in Halensee, Schweidnitzerstr. 6 und 7, und Bau Kramer, Crossenerstr. 27 und **Tischlern** von **Ebers Möbeltischlerei,** Mantuffelstraße 22, und **W. Peschlow,** Tischlerei, Köpenickerstraße 150;
von **Parkettbodenlegern** vom Bau **Schossow,** Giesebrechtstr. 12.
Die Ortsverwaltung.

Spandau.
Achtung! Holzarbeiter!
In der Bautischlerei von
Gebr. F. u. O. Reinicke
Spandau, Pichelsdorferstr. 12, befinden sich die **Tischler-Maschinenarbeiter** und **Einsetzer im Streik.** Bau Zimmerstraße, Spandau, Reinicke, Bau Nonnendamm, Siemens & Halske, Bau Siemens-Schuckert in Fürstenbrunn.
Zuzug fernzuhalten!
79/1* **Die Ortsverwaltung.**
J. A.: Georg Hinze, Bevollmächtigter.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition: Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1983.

Nr. 38. Donnerstag, den 15. Februar 1906.

Inserate Sechsgespaltene Kolonelzeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, den 17. d. M., veranstalten folgende Vereine Maskenbälle: Der Rauchklub „Geselligkeit“ im Lokal von Leder, Reinickendorf; desgleichen der Rauchklub „Havanna“ im Lokal von Krüger, „Karlsgarten“ in Neuendorf bei Potsdam.

Am 24. d. M. findet ein vom Männergesangverein „Slesvigia 1871“ veranstaltetes Familienkränzchen im Restaurant „Belvedere“, Eingang Stralauer Brücke, Bogen I, statt.

Da alle drei genannten Lokale der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stehen, weise man Billetts zu obigen Vergnügen entschieden zurück.

Die Lokalkommission.

Friedrichshagen. Sonnabend, 17. Februar, abends 9 Uhr: Versammlung des Wahlvereins im Saale von Petzuick, Friedrichstraße 114. T.-O.: 1. Vortrag des Genossen Sonnenburg: „Das sozialdemokratische Kommunalprogramm.“ 2. Bericht der sozialdemokratischen Gemeindevertreter über ihre Tätigkeit. 3. Diskussion. 4. Aufstellung von Kandidaten. 5. Vereinsangelegenheiten. 6. Verschiedenes.

Neuenhagen a. d. Ostbahn. Am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet bei A. Wünsche, Bahnhofstraße, eine öffentliche Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Die Gemeindewahlen und die Arbeiterklasse. Referent: Genosse Grauer-Lichtenberg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Die Parteigenossen werden ersucht, recht rege für den Besuch der Versammlung zu agitieren, damit alles vollzählig erscheint.

Der Vorstand.

Tegel. Der fast ausschließlich aus gewerkschaftlich organisierten Fabrikarbeitern bestehende Tegeler Mandolinenklub veranstaltet am 17. Februar im Lokale von Hannseck (früher Ewest) ein Konzert, zu welchem versucht wird, in Arbeiterkreisen Eintrittskarten abzusetzen. Dieselben sind zurückzuweisen, da genanntes Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen usw. nicht zur Verfügung steht. Um die im Umlauf befindlichen Gerüchte richtigzustellen, sei bemerkt, daß der Klub von der Benutzung eines freien Lokales mit der Begründung Abstand genommen hat, daß dort das Publikum nicht fein genug wäre, um ein Entree von 75 Pf. zu zahlen!

Sozialdemokr. Wahlverein für Tegel und Umgegend.

Friedrichsfelde. Sonntag, den 18. d. M., mittags 1 Uhr: Volksversammlung bei Bube. Freitag abend 7 Uhr: Flugblattverbreitung. Treffpunkt bei Losse, Luisenstr. 20.

Karlshorst. Dienstag, den 20. d. M., abends 8½ Uhr: Volksversammlung bei Kupsch, Treskow-Allee. Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung. Treffpunkt bei Kupsch.

Das Wahlkomitee. J. A.: Pinseler.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der vorletzte der volkstümlichen Vortragsabende, welche von der hiesigen allgemeinen Ortskrankenkasse im Laufe dieses Winters veranstaltet wurden, findet am Freitag, den 16. Februar cr., abends 8½ Uhr, im Saale Rosinenstr. 3 statt. Sprecher ist Herr Professor Dr. Rosin, welcher sein Referat vom vorhergehenden Freitag über den Wert natürlicher und künstlicher Nährmittel usw. fortsetzen und insbesondere die zweckmäßige Kost der Kranken behandeln wird.

Zu diesem Vortrage hat jedermann unentgeltlich Zutritt. Rauchen ist jedoch verboten und Getränke werden nicht verabreicht.

„Am Vorabend“, Leopold Kampfs Drama aus der russischen Revolution, das, wie wir bereits mitteilten, am 23. Februar von der „Freien Volksbühne Charlottenburg“ zur Aufführung gebracht werden wird, scheint der Berliner Polizei heftig auf die Nerven gefallen zu sein. Die öffentliche Darstellung des Werkes war für eine Matinee im Lustspielhause geplant, aber noch bevor der Bescheid der Theaterzensur einlief, erfolgte seitens des Polizeipräsidiums kurzerhand ein Verbot der Aufführung aus „ordnungspolizeilichen Gründen“. Die polizeilichen Kenner der Berliner Volksseele befürchteten jedenfalls, daß das Premierenpublikum des Lustspielhauses im Anschluß an die Matinee unverzüglich zur Bombenfabrikation und zum Barrikadenbau schreiten werde. Hatte man doch in den Hamburger Krawallen auf dem Schopenstehl ein warnendes Beispiel vor Augen. Denn die dortigen Exzesse sind, wie das „Hamburger Echo“ berichtete, von der Polizei allen Ernstes mit der Aufführung des Kampfschen Dramas im Karl-Schultze-Theater und der Vorlesung desselben in den Gewerkschaften der Holz- und der Fabrikarbeiter in kausalen Zusammenhang gebracht worden! Hinter der Findigkeit der Hamburger Sicherheitsbehörde durfte selbstverständlich die Berliner nicht zurückstehen, und so blieb nur der Ausweg übrig, das interessante Werk in einer der polizeilichen Bevormundung unzugänglichen Vereinsvorstellung zur Aufführung zu bringen. Neuanmeldungen zur Mitgliedschaft, die für diese Vorstellung gültig sein sollen, werden bis zum 20. Februar in den Zahlstellen der „Freien Volksbühne Charlottenburg“ entgegengenommen

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Radfahrer ereignete sich gestern nachmittag auf dem Kurfürstendamm. Der Arbeiter Albert Schütt aus der Kreuzigerstr. 8, der bereits längere Zeit ohne Arbeit war, hatte sich bei einem Bauherrn auf dem Kurfürstendamm um Anstellung beworben und sie auch gestern zugesichert erhalten. Als er zu Rade nach seiner Wohnung fahren wollte, begegnete ihm an der Ecke der Johann Sigismundstraße ein dem Ingenieur Rudolf Hager, Kurfürstendamm 145 wohnhaft, gehöriges Automobil, in dem sich außer dem Chauffeur noch Frau Hager befand. Da sowohl der Radfahrer wie der Chauffeur annahm, daß der andere fälschlicherweise nach links ausbiegen wolle, so fuhren beide nach der linken Seite, und die Folge war ein Zusammenstoß beider Gefährte. Dabei geriet der Radfahrer unter die Räder des Automobils. In anzuerkennender Weise sorgte Frau Hager sofort für den Verunglückten, indem sie ihn in ihr Automobil aufnahm und zur Rettungswache in der Wilmersdorferstraße brachte. Dort stellte der Arzt einen rechtsseitigen doppelten Unterschenkelbruch fest. Nach Anregung eines Rotverbandes wurde der Verletzte im Krankenwagen nach dem Krankenhause Westend geschafft. Frau Hager erklärte sich bereit, für die Dauer der Krankheit die Familie des Verunglückten zu unterstützen.

Lichtenberg.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Heute abend 4. Abteilung im Restaurant Piekenhagen, Scharnweberstraße 69. Vortrag und Uebungsstunde. Herr Dr. Nachtwey über Vergiftungen. Nachher praktische Uebungen. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Wilmersdorf.

Eine gut besuchte Versammlung der Maler tagte am Montag im Bezirkslokal von Natusch, Uhlandstr. 71. Der Bezirksleiter Köhler gab einen ausführlichen Bericht über den augenblicklichen Stand der Tarifbewegung im Malergewerbe. Den Maßnahmen der Lohnkommission wurde zugestimmt. Der Bezirksleiter forderte dann die Anwesenden auf, recht eifrig für die Gewerkschaft zu agitieren und sich der politischen Organisation anzuschließen. Notwendig sei es auch, die Arbeiterpresse zu lesen. Nur ungefähr 20 Proz. der Kollegen seien Abonnenten des „Vorwärts“. Die Versammlung ehrte das Andenken des in der Berliner Verwaltung verstorbenen Kollegen Herzog durch Erheben von den Plätzen. Zum Schluß wurde auf die am 22. Februar stattfindende Generalversammlung hingewiesen und die Kollegen verpflichtet, an derselben teilzunehmen. Die nächste Versammlung findet am 12. März statt.

Rixdorf.

Von der Straßenbahn totgefahren wurde gestern mittag an der Ecke der Münchener- und Hermannstraße das vierjährige Söhnchen des Metallarbeiters C. Höhne aus der Wanzlickstraße 34. Der Kleine war im Begriff, den Fahrdamm zu überschreiten, als im selben Augenblick ein Straßenbahnwagen der Linie 29 (Seestraße—Britz) daherkam. Obwohl der Führer sofort die Gefahr erkannte und bremste, konnte er doch nicht mehr verhüten, daß das Kind zu Boden gerissen und unter der Plattform festgequetscht wurde. Als man es hervorzog, war der Tod schon eingetreten; der Schädel war zertrümmert. Den Fahrer trifft keine Schuld.

Nieder-Schönhausen.

Am Dienstagabend tagte die vom sozialdemokratischen Wahlverein einberufene erste öffentliche Kommunalwähler-Versammlung in Stephans „Lindengarten“. Genosse Koblenzer referierte über „Kommunalpolitik“. In treffender Weise wies er darauf hin, daß in den Gemeindevertretungen, in denen nur Bürgerliche säßen, so gut wie gar nichts für das Allgemeinwohl getan würde. Das Gemeindewahlrecht sorge dafür, daß den Sozialdemokraten der Eintritt in die Parlamente der Landgemeinden so schwer wie möglich gemacht werde. Dort aber, wo es gelungen, einen oder mehrere Vertreter des klassenbewußten Proletariats in die Gemeindevertretungen hineinzuwählen, wehe ein frischer, belebender Hauch. Der Redner verbreitete sich dann über die kommunalen Forderungen der Sozialdemokratie, auf Schulwesen, öffentliche Hygiene, auf Armen- und Waisenpflege und auf die Arten der Besteuerung. Wolle man auf allen diesen Gebieten Ersprießliches für die große Masse der Ortseinwohner, d. h. für die Arbeiter erzielen, so müßte man nicht eher mit der Agitation rasten und ruhen, bis man Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ins Dorfparlament gewählt habe. — In der Diskussion wies Käsehagen darauf hin, daß er sich bei der Ortspolizei darüber beschwert habe, daß in nächster Nähe seiner Wohnung Fäkalien abgeladen würden; bisher habe er von der Behörde aber noch keine Antwort erhalten. Beyer tadelt die Lauheit der Nieder-Schönhausener Genossen und bemängelt, daß zu den Kanalisationsarbeiten fremde Arbeiter hinzugezogen worden seien. Nießmann erinnert an den schmutzigen Zustand der Straßen; erst in ganz letzter Zeit sei hierin eine Besserung eingetreten. — Gegner meldeten sich nicht zum Wort. — Unter „Verschiedenes“ fordert Beyer zur größeren Agitation für die sozialdemokratische Presse auf. Auch bei der Flugblattverbreitung müßten sich die Genossen mehr als bisher beteiligen. — In das Wahlkomitee werden Pätzold, Nießmann und Hellrich gewählt. — Mit der Aufforderung zur regen Agitation für die Gemeindewahlen schloß der Vorsitzende die leider nur mäßig besuchte Versammlung.

Rudow.

Während sich anderwärts die Genossen zum Eintritt in die Bewegung für die Gemeindewahlen rüsten, müssen wir am hiesigen Orte leider davon Abstand nehmen. Es ist uns diesmal nicht möglich, einen organisierten Genossen zur Annahme einer Kandidatur zu bewegen. Dazu kommen noch die Schwierigkeiten, die uns der Ortsvorsteher bei der Einsichtnahme der Wählerlisten bereitete. Er ließ weder eine Abschrift der Liste zu, noch ließ er für andere Einsicht nehmen.

Eine große Rolle spielt bei uns die Lokalfrage. Seit dem 1. Oktober steht uns das Lokal „Zum Reichsadler“ nicht mehr zur Verfügung. Der Eigentümer, Bäckermeister Zahn, weigert sich hartnäckig, uns das Lokal zu überlassen, er glaubt dadurch „besseres“ Publikum heranzuziehen. Unterhandlungen, die mit dem Herrn stattfanden, führten zu keinem Ergebnis. Die letzte Wahlvereinsversammlung beschäftigte sich angelegentlichst mit dieser Angelegenheit und verhängte über das Lokal die Sperre, das Lokal soll aus der Lokalliste gestrichen werden. Wenn der Inhaber des Lokals sich auf die „besseren“ Gäste verlassen will, so meinen die Arbeiter, daß diese auch seine Backware allein essen sollen. Die Genossen verpflichteten sich in diesem Sinne.

Die Genossen in Adlershof, Britz und Buckow könnten uns hier hülfreich zur Seite stehen, wenn sie den letzteren Beschluß zu dem ihrigen machen würden.

Oranienburg.

Selbstmord verübt hat der Buchbindermeister Karl Bauhof, dessen vor etwa drei Monaten erfolgtes Verschwinden wir seinerzeit meldeten. Gestern wurde in der Havel bei Oranienburg die bereits stark in Verwesung übergegangene Leiche eines Mannes angetrieben, in dessen Kleidung auf den Namen Bauhof lautende Papiere vorgefunden wurden. Die von der Oranienburger Polizeibehörde benachrichtigte Frau B. vermochte nur noch durch die Kleidungsstücke ihren Mann zu rekognoszieren. Bauhof, der seit einem Jahre zum zweitenmal verheiratet war, ist durch schlechten Geschäftsgang zur Verübung des Selbstmordes veranlaßt worden.

Nowawes.

Die Frage der Kanalisation von Nowawes und Neuendorf ist jetzt endlich, nachdem bereits beinahe zehn Jahre über dieselbe verhandelt worden ist, ihrer Verwirklichung ein bedeutendes Stück näher gerückt. Am vergangenen Donnerstag fand im Neuendorfer Rathause eine gemeinschaftliche Sitzung der Gemeindevertretungen von Nowawes und Neuendorf statt, der auch der Landesbaurat Techow und der Herr Kreisdirektor Hannemann beiwohnten. Den einzigen Verhandlungsgegenstand bildete die Beratung des Entwurfes eines Vertrages zwischen Nowawes und Neuendorf über die Anlage einer Kanalisation und den Bau einer Klärstation für beide Gemeinden. Vor Eintritt in die Beratung des Entwurfs, der vom Kreisdirektor Hannemann ausgearbeitet war, entspann sich eine Generaldiskussion über das gesamte Projekt der Kanalisation, in der eine Reihe von Bedenken geltend gemacht wurden. Landesbaurat Techow bemerkte bezüglich der Leistungsfähigkeit der geplanten Anlagen, daß man eine Einwohnerzahl von 30 000 Seelen angenommen habe. Der Wasserverbrauch sei auf 144 Liter pro Kopf und Tag berechnet, was sehr viel sei, da sich der normale Verbrauch nur auf 70 Liter stellt. Die zu kanalisierende Fläche betrage in Neuendorf 128 Hektar, in Nowawes 76 Hektar, und würde die Klärung in zehn Stunden beendet sein. Es könne behauptet werden, daß sich die Einwohnerzahl beider Orte, die zusammen noch nicht 20 000 Personen betrage, verdoppeln könne, ehe das Maximum der Leistungsfähigkeit der Anlagen erreicht sei. Von der Neuendorfer Gemarkung sei nur der Teil in Betracht gezogen, der kanalisationsreif sei. Nach einigen weiteren Ausführungen wurde in die Beratung des Vertragsentwurfs eingetreten, dessen einzelne Paragraphen Kreisdirektor Hannemann erläuterte. Nach diesem Vertrage werden die Anlagen und das Rieselfeld auf einem von der Gemeinde Neuendorf für 49 597 M. erworbenen, 5 Hektar 75 Ar 70 Quadratmeter großen Grundstück eingerichtet; die Kosten für die Gesamtanlage sind auf 600 000 M. veranschlagt; hierzu hat die Gemeinde Neuendorf $^{32}/_{51}$ = 376 470 M., die Gemeinde Nowawes $^{19}/_{51}$ = 223 530 M. zu zahlen. Die Bauausführung wird einer Kommission übertragen, in welche die beiden Gemeinden je 5 Mitglieder entsenden; den Vorsitz führt der Neuendorfer Gemeindevorsteher; außerdem nimmt als Sachverständiger Landesbaurat Techow mit beratender Stimme an den Kommissionssitzungen teil. Der § 6, nach welchem alle gemeinsamen Anlagen und Bauten in die alleinige Unterhaltungspflicht, Verwaltung und Eigentum der Gemeinde Neuendorf übergehen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, welche verlangten, daß auch Nowawes daran partizipieren solle. Eine von beiden Gemeinden gleichmäßig zusammengesetzte Kommission von 10 Mitgliedern bestimmt, ob und unter welchen Bedingungen der Anschluß von Fabriken und gewerblichen Betrieben an die Kanalisation gestattet werden soll. Bei § 14, welcher lautet: „Die Gemeinde Neuendorf räumt der Gemeinde Nowawes das Recht ein, zu allen Sitzungen der Gemeindevertretung oder der zu bildenden Kommissionen, in welchen Kanalisationsangelegenheiten beraten werden soll, drei Abgeordnete zu entsenden, die an den Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen dürfen,“ beantragte Genosse Gruhl, diesen Abgeordneten beschließende Stimme zu verleihen, damit dieselben die Interessen der Gemeinde besser wahrnehmen können; Gemeindevorsteher Winkelmann-Nowawes schließt sich den Ausführungen Gruhls an und ersucht ebenfalls, diesen Paragraphen abzuändern. Direktor Hannemann führt aus, daß bei der Form des jetzigen Vertrages eine solche Modifikation unmöglich wäre und nicht genehmigt werden würde; es wäre dies nur bei Bildung eines Zweckverbandes möglich, dann müßte aber der ganze Vertrag umgeändert werden, da bei Bildung eines solchen die Kostenverteilung sich nicht nach der kanalisierten Fläche, sondern nach der Einwohnerzahl jeder Gemeinde richten würde; im übrigen sei die jetzige Fassung dieses Paragraphen unbedenklich, da ja, wie aus dem folgenden Absatz hervorgehe, bei allen Streitigkeiten, die sich aus dem Vertrage ergeben, der Landrat als entscheidende Instanz angerufen werden könne. Der Antrag Gruhl wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, dagegen ein neuer Paragraph beschlossen, wonach zu einer Erweiterung von Betriebseinrichtungen beide Gemeinden ihre Zustimmung geben müssen. Die Schlußabstimmung über den gesamten Vertrag ergab die einstimmige Annahme desselben.

Berliner Nachrichten.

Von der Fürsorge für die hungernden Proletarierkinder.

Der Berliner „Verein für Kinder-Volksküchen“ hielt am Montag seine diesjährige Generalversammlung ab. Sein Vorsitzender Herr Abraham erstattete den Bericht über die Arbeit des letzten Geschäftsjahres und benutzte die Gelegenheit, mit einem gewissen Stolz auf die bisherigen Leistungen hinzuweisen. Im letzten Winter wurden 534 741 Portionen verteilt, davon 454 323 unentgeltlich und nur 80 418 gegen Zahlung von 5 Pfennig. Für die zwölf Winter, auf die der Verein jetzt zurückblicken kann, ergibt sich die Summe von 5 176 352 Portionen, wovon 4 300 101 unentgeltlich und 876 251 gegen Zahlung verteilt wurden.

In diesem Winter ist die Fürsorgetätigkeit der Kinder-Volksküchen auf eine andere Grundlage gestellt worden. Die notwendigen Recherchen über die Kinder, die zur Speisung zugelassen werden sollen, hatten bisher von den Damen des Vereins ausgeführt werden müssen. Das war begreiflicherweise für die Damen nicht die angenehmste Arbeit. Seit langem hatte man gewünscht, daß die Recherchen von dem Lehrpersonal der Schulen übernommen würden, das bei der ständigen Berührung mit den Kindern sich besser dazu eigene und auch weniger Mühe davon habe. Herr Abraham konnte der Generalversammlung mitteilen, es sei dem Eingreifen der Frau Kultusminister Studt gelungen, die schwierige Frage der Recherchen endlich nach Wunsch zu regeln. Ihre Exzellenz gehört nämlich seit mehreren Jahren zu den Gönnerinnen des Vereins und ist Vorsitzende der Frauengruppe. Sie hat die Berliner Gemeindeschulrektoren zu einer Besprechung zusammenberufen, und die Rektoren haben durch Mehrheitsbeschluß sich dafür erklärt, daß künftig die Schule die Recherchen übernehmen solle. Das haben denn auch die meisten der Gemeindeschulen bereits getan, und nur in einigen verhalten sich die Lehrpersonen noch ablehnend.

Herr Abraham erklärte in dem bewegten Ton, der ihm so gut gelingt, das sei ein bedeutungsvoller Wendepunkt für die Bestrebungen des Vereins. Er unterließ aber, hinzuzufügen, daß der Verein für Kinder-Volksküchen in seinen Anfängen schon einmal in einer ähnlichen Beziehung zu der Schule gestanden hat. Das Verhältnis war freilich nicht ganz so offiziell wie es jetzt ist, und es erfreute sich auch nicht so

hoher Protektion. Im Rathause war man damals sehr wenig davon erbaut, daß die Schule Herrn Abraham Dienste erweisen solle, und auf einen Wink von maßgebender Stelle begann dann auch bald eine allgemeine Fahnenflucht der Lehrer und Lehrerinnen. Es ist vielleicht nicht uninteressant, einmal wieder daran zu erinnern, wodurch das Unternehmen der Kinder-Volksküchen sich die Sympathie der städtischen Behörden verscherzt hatte.

Als vor jetzt zwölf Jahren die ersten Kinder-Volksküchen eingerichtet worden waren, wurde von Herrn Abraham, ihrem Gründer und Leiter, öffentlich erklärt, er hoffe es dahin zu bringen, daß „in Berlin kein Kind mehr zu hungern brauche". Das war natürlich nicht möglich ohne ein tüchtiges Stück Geld. Um es zusammenzukriegen, entfaltete der geschäftskundige Mann eine ganz außerordentlich eifrige Tätigkeit. In den Aufrufen, mit denen er sich an das „warme Herz" der Berliner wandte, in den Notizen, die er den Zeitungen zur Veröffentlichung übersandte, in den Vorträgen, die er in Vereinen über seine Bestrebungen hielt — immer und überall schilderte er in beredtesten Worten die Not der Berliner Proletarierkinder. Doch der Erfolg, den er davon erwartete, blieb zu seiner großen Ueberraschung aus — ja, er erreichte durch seinen Eifer das Gegenteil: je nachdrücklicher er auf all das Elend der Kinder hinwies, desto entschiedener wandte man sich von ihm ab. Man sagte, Herr Abraham übe allzu aufdringlich die Kunst des Reklamemachens, um die Aufmerksamkeit der „Wohltäter" auf sein Unternehmen zu lenken, und er lasse auch allzu deutlich erkennen, daß er selber nur Befriedigung für seinen Ehrgeiz suche. Nachher kam dann auch noch das Pech, daß Herr Abraham auf der Berliner Gewerbeausstellung mit seinem Etablissement für allerbilligste „Volksernährung" die Neugier der kontrollierenden Nahrungsmittelpolizei weckte. Das war für manchen ein Anlaß mehr, ihm den Rücken zu kehren und es die Kinder-Volksküchen entgelten zu lassen.

Aber der wahre Grund der Antipathie war ein ganz anderer. Herr Abraham hatte die Unvorsichtigkeit begangen, zu vollständig den Schleier von dem Elend der Kinder hinwegzuziehen. Besonders im Rathause mußte verschiedenen Leuten bange werden vor dem Eifer dieses Mannes. Der Tor erbrachte ja den Beweis, daß die Sozialdemokraten, die von der Gemeindeverwaltung eine durchgreifende Fürsorge für die hungernden Schulkinder verlangten, durchaus im Recht waren. Er selber dachte zwar nicht im entferntesten daran, irgendwelche Forderungen der Sozialdemokratie zu unterstützen. Er erklärte sogar, daß er mit seinen Bestrebungen sogar dem „Umsturz" entgegenarbeite. Aber man verzieh ihm nicht den Leichtsinn, den kommunalfreisinnigen Glaubenssatz anzutasten, daß es in Berlin überhaupt keinen nennenswerten Notstand gebe. Die Stimmung, die damals im Rathause herrschte, wurde gekennzeichnet durch eine Aeußerung des Kämmerers Maaß. Als Herr Abraham ihn heimsuchte, antwortete ihm der Kämmerer: „Es gibt überhaupt keine Not in Berlin, Sie machen sie erst mit Ihren Bestrebungen." Ein freisinniger Stadtverordneter sprach es in öffentlicher Versammlung aus, man befürchte, daß die Stadt schließlich werde übernehmen müssen, was Herr Abraham begonnen habe. Zwar wird sonst gerade von dort aus immer auf die Privatwohltätigkeit verwiesen, die in solchen Fällen einzugreifen habe und auch völlig ausreiche. Aber diesmal war den führenden Geistern des Rathausfreisinns selbst das bißchen Privatwohltätigkeit unbequem.

Der gute Herr Abraham mußte dann, da das Geld nicht langen wollte, den Kreis der zu speisenden Kinder stark einschränken. Früher waren täglich 10 000 Kinder gespeist worden, allmählich sank die Zahl bis auf die Hälfte, und gegenwärtig sind es nur noch 3—4000. In der Generalversammlung sagte Herr Abraham, in der Auswahl der Kinder sei man von Jahr zu Jahr „sorgfältiger und ängstlicher" geworden. Mit solchen Zahlen kann man aber auch eher auf die Unterstützung der besitzenden Klasse rechnen. Herr Abraham hat sie inzwischen in derjenigen Gesellschaftsschicht gesucht und gefunden, wo die Exzellenzen sitzen. Seit er gar eine leibhaftige Frau Kultusminister auf seiner Seite hat, ist er eine Persönlichkeit geworden, mit der man rechnen muß. Frau Exzellenz Studt hat die Lehrerschaft den Kinder-Volksküchen wiedergewonnen. Bei den guten Beziehungen, die der Berliner Kommunalfreisinn nach „oben" hin zu haben wünscht, braucht heute niemand mehr zu fürchten, daß vom Rathause aus noch einmal versucht werden könnte, die Lehrerschaft zurückzupfeifen.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Hochbaudeputation unter dem Vorsitz des Stadtrats Ramslau wurde u. a. der Bauentwurf und Kostenanschlag in Höhe von 9000 M. für die geplante Erweiterung der Erfrischungshalle im Treptower Park angenommen. Auch der Bauentwurf mit dem Kostenanschlage in Höhe von 215 000 M. für eine Erweiterung des Wirtschaftsgebäudes beim Krankenhause im Friedrichshain fand die Zustimmung der Deputation. Angenommen wurde ferner der Entwurf mit dem Kostenanschlage (11 200 M.) für die Herstellung eines sogenannten Düngerbansens. Beim Sophien-Realgymnasium soll ein Turnplatz eingerichtet werden.

Professor Dr. Backhaus-Berlin hat den Ruf erhalten zur Begründung und Leitung einer Landwirtschaftlichen Hochschule in Verbindung mit der Universität Montevideo (Uruguay).

Professor Backhaus war bis zum vorigen Jahre Direktor der städtischen Rieselgüter in Berlin.

Geldschrankknacker an der Arbeit. Eine Beute von 4000 M. machten Geldschrankknacker, welche dem Bureau der Internationalen Artistengenossenschaft, Neue Jakobstraße 8, einen unwillkommenen Besuch abstatteten. Die Einbrecher öffneten die Bureauräume mittels Nachschlüssels, sicherten sich die Flucht über die Hintertreppe im Falle einer Ueberraschung und entfernten von den Türen die Portieren, die sie dazu benutzten, die Fenster dicht zu verhängen, um so ungestört bei Gaslicht „arbeiten" zu können. Um das Geräusch beim Oeffnen des Geldschrankes abzuschwächen, schoben sie Bücher zwischen Schrank und Wand, durchbohrten dann die Panzerplatten des Schrankes, so daß sie die Schloßvorrichtung mit Leichtigkeit beseitigen konnten. Aus dem Schranke stahlen sie 2000 M. Barbestand der Veteranenkasse und 1800 M. Bargeld der Genossenschaftskasse, bestehend in Gold, Silber und kleinen Banknoten. Dann öffneten die Diebe noch einen Nebentresor, in welchem sich für 89 000 M. Wertpapiere und Coupons befanden, die sie jedoch nicht mitnahmen. Wahrscheinlich fürchteten die Verbrecher, durch die Verwertung der Papiere sich verraten zu können. Ungestört wie sie gekommen und ohne Zurücklassung irgend einer Spur entfernten sie sich wieder. Die Kriminalpolizei ist der Ansicht, daß der Einbruch von gewerbsmäßigen Geldschrankknackern ausgeführt worden ist.

Wie man Verbrecher züchtet. In ein Ladengeschäft im Zentrum der Stadt trat vor einigen Tagen ein Schutzmann in Uniform und begehrte zum Chef geführt zu werden. Bei diesem erkundigte er sich danach, ob in seinem Geschäft ein Herr X. als Kommis angestellt sei. Erstaunt bejahte der Chef die Frage und ließ Herrn X. rufen. Nun fragte der Schutzmann weiter nach der Höhe des Gehaltes und ob der Chef mit der Aufführung des Herrn X. zufrieden sei. Nach erhaltener Auskunft entfernte sich der Schutzmann, ohne eine nähere Erklärung abzugeben. Stand X. unter Polizeiaufsicht oder schwebte eine Untersuchung gegen ihn? Auf jeden Fall kam er in einen schweren Verdacht bei seinem Chef wie bei seinen Kollegen, und er ist in großer Gefahr, seine Stellung zu verlieren. Wenn sich das Vorgehen der Polizei wiederholt, kann er sich überhaupt in keiner Stellung halten, denn welcher Kaufmann wird einem Kommis Vertrauen schenken, um den die Polizei sich angelegentlich bekümmert? Wird ein solcher Mensch nicht geradezu auf die Bahn des Verbrechens gedrängt? — Wenn die Polizei Ursache hat, sich mit X. zu beschäftigen, so ist sie doch verpflichtet, dies in diskreter Weise zu tun, solange der Mann bestrebt ist, redlich sein Brot zu erwerben, und das ist hier der Fall. Die Kollegen des X. stellen ihm ein gutes Zeugnis aus, und auch der Chef hatte keinen Grund zu Klagen. Durch das indiskrete Vorgehen der Polizei hat er natürlich an Achtung und Vertrauen eingebüßt.

Der aus dem Moabiter Zuchthaus entsprungene Baranowski hat sich nicht lange der Freiheit erfreut. Baranowski ging vorgestern nachmittag nach der Gegend des Stettiner Bahnhofes. Auf einen Augenblick kehrte der Entsprungene bei einem Schankwirt an der Ecke der Borsig- und Tieckstraße ein. Dann machte er sich, aller Mittel bar, auf den Weg, um seine Frau zu suchen. Er wußte, daß sie von der Kaiser Friedrichstraße nach Schöneberg verzogen ist, kannte aber weder Straße noch Hausnummer. Suchend bettelte er zugleich die ganzen Straßenzüge ab, um zu Geld zu kommen. Hierbei erkannte ihn im 4. Schöneberger Revier ein Kriminalschutzmann nach der Beschreibung, die das Berliner Polizeipräsidium in einer Runddepesche überallhin mitgeteilt hatte. Der Schutzmann nahm den Verbrecher fest, der sich ohne Widerstand abführen ließ. Baranowski trug unter der wollenen Jacke noch die Anstaltskleidung. Er wurde in das Zuchthaus zurückgebracht.

Ueberfallen und schwer verletzt wurden in der Nacht auf dem Gesundbrunnen die beiden Brüder Gustav und Richard Schmilke, Joachimstraße 19 wohnhaft. Die jungen Leute waren gegen Mitternacht, von einem Vergnügen kommend, auf dem Heimwege begriffen, und als sie am Humboldthain die Ramlerstraße passierten, wurden sie plötzlich von mehreren jungen Burschen angerempelt und überfallen. Ganz besonders schienen es die Täter auf Gustav Schmilke, einem Schlächtergesellen, abgesehen zu haben. Dieser erhielt nicht weniger als sieben Stich- und Quetschwunden am Kopf. Auch dem Bruder Richard, einem Schlosser, der den Bedrängten gegen die Angreifer in Schutz nahm, wurde übel mitgespielt. In der Unfallstation in der Badstraße erhielten die beiden Verwundeten die ersten Notverbände.

Wird es zu einem allgemeinen Droschkenstreik kommen?

Mit dem in der vorigen Woche von den Vorständen der verschiedenen Droschkenfuhrherren- und Droschkenkutschervereinen gefaßten Beschluß über Maßnahmen gegen die Sperrung des Potsdamer Platzes und andere lästige Polizeiverordnungen befaßte sich am Mittwoch eine Vertrauensmännerversammlung des Vereins der Droschkenführer Berlins und Umgegend. Der Vorsitzende Knütter gab einen Bericht über den Verlauf jener Vorständesitzung und den Inhalt der beschlossenen Petition an den Polizeipräsidenten und den Minister. Außer gegen die Sperrung des Potsdamer Platzes richtet sich diese Petition unter anderem gegen die Beschränkung der Freizügigkeit, die darin erblickt wird, daß für die Vororte ein besonderer Fahrschein gefordert wird, dessen Erlangung mit viel Zeitverlust und Unannehmlichkeiten verknüpft ist, ferner dagegen, daß die Kutscher bei der Abstempelung ihres Fahrscheines in Livree erscheinen müssen, daß es jedem Polizeibeamten freisteht, ihnen den Fahrschein abzunehmen, daß die Kutscher während des Fütterns beim Kopfe des Pferdes stehen sollen, und schließlich auch gegen die Heraufsetzung der Altersgrenze für die Erlangung eines Fahrscheines von 18 auf 21 Jahre. Mit diesem Punkt der Petition konnte sich der Vorstand des Droschkenführervereins nicht ohne weiteres einverstanden erklären. Die Heraufsetzung der Altersgrenze entsprach einem Wunsche der Kutscher, ist aber den Fuhrherren unangenehm, weil sie eine Verminderung der verfügbaren Arbeitskräfte mit sich brachte. Die Fuhrherren wollten aber diesen Punkt nicht fallen lassen und machten das gemeinsame Vorgehen davon abhängig, daß die Petition ihrem ganzen Inhalt nach auch von den Organisationsvertretern der Kutscher unterschrieben werde. Der Referent bemerkte, daß man wohl aus Zweckmäßigkeitsgründen diesem Wunsche der Fuhrherren entsprechen könne. Er wies darauf hin, daß Kraftwagenführern schon vom 18. Lebensjahre Fahrerlaubnis erteilt wird und anderen Fuhrleuten schon vom 16. Lebensjahre an. Die Versammlung erklärte sich dann gegen wenige Stimmen auch mit diesem Punkte der Petition einverstanden. In der Diskussion wurde auch besonders die Plötzlichkeit kritisiert, mit der die Sperrung des Potsdamer Platzes durchgeführt wurde. Gleich mit dem Tage der Bekanntgebung trat die Polizeiverordnung in Kraft; die meisten Kutscher wußten noch nichts davon, ja selbst eines der beiden Polizeibureaus in der Nähe des Platzes war noch nicht informiert, da kamen schon die Anzeigen wegen Verletzung der Verordnung. Wird diese Verordnung nicht rückgängig gemacht, so meinte man, dann würde die Polizei dieselbe Maßregel auch auf andere Plätze ausdehnen. Umsomehr seien energische Gegenmaßregeln notwendig. Manche Redner bezweifelten die Standhaftigkeit der Fuhrherren. Unter Berücksichtigung dieser Bedenken nahm deshalb die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die Versammlung beschließt, ihre Zustimmung nur unter den Umständen zu geben, daß die Fuhrherren an dem festgesetzten Termin, den 20. Februar, bestimmt festhalten und spätestens bis zum 21. Februar erklären, daß sie die Fuhrwerke zurückziehen wollen. Sollten sie davon abgehen, so haben sie von seiten der Droschkenführer keine Hülfe zu erwarten."

Ein Vertreter der Automobilfahrer teilte mit, daß auch seine Kollegen sich mit dem Vorgehen solidarisch erklären.

Am Wannseebahnhof ist vorgestern ein junges Mädchen aus dem Zuge gestürzt und bis jetzt noch nicht rekognosziert. Es trug einen blauen Samthut mit weißer Feder, ein schwarz-weiß kariertes Umschlagetuch, blaue Samttaille, schwarzen Rock, goldene Knopfohrringe, goldene Brosche und ebensolche Halskette. Sie hatte blondes Haar und defekte Zähne.

Ueber die Hennigsuche ist heute nichts Neues zu vermelden. Verhaftungen, Freilassungen wechseln sich gegenseitig ab. Dagegen scheint sich schon der Volkswitz mit dem negativen Ergebnis der polizeilichen Nachforschungen zu befassen. Steht da des Abends am Bahnhof Börse der Inhaber eines Fernrohres, bei dem man gegen Erlegung von 10 Pf. die Fixsterne und sämtliche Planeten in allernächster Nähe beaugenscheinigen kann. Dieser Tage standen eine Anzahl Neugieriger um der Geschäftsmann herum, als sich ein Schutzmann das Vergnügen des Durchsehens durch das Fernrohr erlaubte. Sofort erscholl aus der Menge der Ruf: „Seht doch, jetzt sucht die Polizei den Hennig schon auf dem Monde!" Allgemeines Gelächter der Umstehenden war die Antwort.

Erwürgt. Vor der Schankwirtschaft von Klemke in der Kleinen Hamburgerstraße 23 wurde gestern früh 4½ Uhr der 35jährige Kellner Max Zimmermann, Brunnenstr. 188 wohnhaft, bewußtlos aufgefunden und nach dem Krankenhause geschafft. Bei seiner Einlieferung war er bereits verschieden. Wie die polizeilichen Ermittelungen ergeben haben, wurde jenes Lokal seit längerer Zeit in den späten Morgenstunden von zwölf Kellnern besucht, die bis nach Mitternacht gearbeitet hatten. So war es auch in letzter Nacht. Sie zechten und gerieten schließlich in eine arge Schlägerei, die sich noch auf der Straße fortsetzte. Hierbei ist der Kellner Zimmermann von einem noch nicht ermittelten Kollegen erwürgt worden. Da die Namen sämtlicher bei dem Auftritte beteiligten Personen bekannt sind, so dürfte der Schuldige bald festgestellt werden. Die Leiche des Getöteten wurde nach dem Schauhause gebracht.

Wer ist die Tote? Am 3. d. M. ist in der Putlitzstraße, Ecke Salzwedelerstraße, eine unbekannte Frauensperson besinnungslos aufgefunden und in das Krankenhaus Moabit eingeliefert worden. Beschreibung: Zirka 60 Jahre alt, 1,50 Meter groß, untersetzt, korpulent, grauweißes Haar, graublaue Augen, breite dicke Nase, starke Backenknochen, rotblaues, gedunsenes Gesicht. Kleidung: Schwarzer Cheviotrock, grüner Stoffunterrock, schwarze Cheviottaille, schwarzes, kurzes Sommerjackett, hohe alte Knöpfstiefel, schwarzes, wollenes Kopftuch, braune Strümpfe, rot und braun gemusterte Untertaille, alte schwarze Fingerhandschuhe, schwarzer Kapotthut mit schwarzer Feder, weißes Taschentuch mit Monogramm B. M. 10. Auskunft über die Persönlichkeit der Verunglückten wird auf jedem Polizeirevier oder auf dem Polizeipräsidium, Zimmer 329, zu 1122 IV 41. 06 entgegengenommen.

Der auch in Berlin bekannte Schriftsteller Johannes Holzmann (Senna Hoy) hat in letzter Zeit wiederholt versucht, sich in empfehlende Erinnerung zu bringen. Erst wurde in einige Berliner Zeitungen die Meldung lanciert, er sei in Warschau in einem Kampfe mit der Polizei erschossen worden. Wir knüpften gleich an diese Nachricht die Bemerkung, daß das unwahrscheinlich sei und Herrn Holzmann, der einiger Monate Gefängnis wegen den deutschen Staub von seinen Pantoffeln schüttelte, nicht ähnlich sehe. Dieser Tage wurde wieder gemeldet, daß der Mutige sich in ärztlicher Behandlung in Warschau befinde. Auch diese Nachricht ist falsch. Uns ging aus Bern eine Zuschrift zu, daß in einer zum Dienstag, den 6. Februar, von den Anarchisten arrangierten Versammlung, in der Dr. Friedeberg als Referent angekündigt war, aber nicht kam, ein Herr Herzog einsprang, der sich als Senna Hoy entpuppte. Jetzt soll dieser Renommist in Zürich verhaftet worden sein wegen Bannbruchs. Also hatten wir den Herrn doch richtig eingeschätzt.

Zur Selbstmordchronik. Mit Salzsäure vergiftet hat sich gestern morgen in der achten Stunde der 27jährige Schuhmachergeselle Wilhelm Betkowski, Müllerstr. 12o wohnhaft. Durch die Hülferufe des Selbstmordkandidaten, der sich in furchtbarem Schmerze wand, wurden die Nachbarsleute auf die Tat des B. aufmerksam gemacht. In hoffnungslosem Zustande kam der Lebensmüde nach der Charité. — Wegen schlechten Geschäftsganges Selbstmord verübt hat der Kaufmann Christian Bauhof aus der Naunynstr. 40. B. betrieb eine Buchbinderei, die infolge eintretender Schicksalsschläge nicht so recht florieren wollte. Von Tag zu Tag ging das Geschäft mehr zurück. Vor 2½ Monaten verschwand B. plötzlich. Jetzt ist seine Leiche aus der Havel an der Pimowerschleuse gelandet worden. — Eine unbekannte jugendliche Selbstmordkandidatin ist gestern abend im Treptower Park aufgefunden worden. Ein Schutzmann vom 70. Polizeirevier entdeckte in der Nähe der Sternwarte ein etwa 20jähriges Mädchen, das sich in bewußtlosem Zustande befand. Eine geleerte Lysolflasche, die daneben auf dem Rasen lag, ließ erkennen, daß es sich um eine Lebensmüde handle. Der Beamte brachte das junge Mädchen nach der Rettungswache am Görlitzer Bahnhofe und von dort in das Krankenhaus am Urban.

Die Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme" in Solingen ersucht uns um Aufnahme folgenden Rundschreibens:

Arbeiter, Parteigenossen! Im Inseratenteile der gesamten Parteipresse sowie in den Witzblättern und sonstigen den Parteiinteressen dienenden Organen finden sich jahraus, jahrein kostspielige und pomphafte Ankündigungen hiesiger im oberen Kreise Solingen domizilierender Versandgeschäfte, die dem Leser der Parteipresse Waren aller Art zum Kaufe gegen vorherige Einsendung des Betrages anbieten. Da uns schon seit längerer Zeit Beschwerden über die geschäftlichen Praktiken und über die Qualität der Waren der sogenannten „Versandgeschäfte" zugegangen sind, auch die Behörde schon um Intervention angegangen wurde, so hat sich unterzeichnete Redaktion vorgenommen, im Interesse der Leser der Arbeiterpresse den uns gemachten Angaben auf den Grund zu gehen.

Wir haben positive Beweise dafür in Händen, daß ein Teil der Beschwerden durchaus berechtigt ist; um nun aber ein vollständiges Material zusammenzubekommen, ersuchen wir alle Arbeiter und Genossen, die bereits mit den im hiesigen Bezirk (Solingen, Wald, Gräfrath, Ohligs und Höhscheid) tätigen „Versandhäusern" unangenehme Erfahrungen gemacht haben, uns den Namen des Geschäfts, der Waren und den Erfolg etwaiger Reklamationen mitzuteilen. Auch wird die Angabe des Preises erwünscht, zu dem die Waren bezogen wurden. Eine Postkarte genügt! Wir ersuchen dringend um die Erfüllung des Wunsches!

Die Spieleraffäre bei den Garderegimentern scheint für manche Beteiligte noch recht unangenehm zu werden. Die Stelle des Feldwebels Renno von der ersten Kompagnie des Kaiserin Augusta-Regiments ist schon neu besetzt. Außerdem haben sämtliche Unteroffiziere und Avantageure dieser Kompagnie mit Ausnahme des Kammerunteroffiziers einstweilen eine Versetzung erfahren. Den ersten Anstoß zu der Anzeige soll ein in Haft befindlicher Unteroffizier des Kaiserin Augusta-Regiments gegeben haben. Dieser soll durch seine Spielverluste sich haben verleiten lassen, eine Summe von 6000 Mark zu unterschlagen. Außerdem wird er beschuldigt, versucht zu haben, von einem Mädchen die Unterschrift zu einem von ihm gefälschten Wechsel zu erlangen. Diese noch rechtzeitig aufgedeckten Fälle gaben den militärischen Vorgesetzten Anlaß zum Eingreifen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Unterricht in Redeübung muß am kommenden Freitag wegen Erkrankung des Vortragenden ausfallen.

Eduard Möller 307V*
Hüte, Mützen, Pelzwaren
Rixdorf, Bergstr. 24.

August Lucas, Rixdorf, Bergstr. 63,
Wollwaren, Strümpfe, Trikotagen
Spezial-Geschäft. Gegr. 1872. *

Otto Bredow, Rixdorf, Hermannstr. 56.
Wollwaren, Strümpfe, Trikotagen,
Putz- und Modewaren. *

Leih-Haus
Charlottenburg,
Friedrich-Karl-Platz 12,
Berlin, Anklamer-Straße 2.
Beleihung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Büchern, Wäsche, Kleidungsstücken 2c. 354V*

Emil Hoegner
Grunewaldstraße 108.
Wäsche-, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren.
Vorgezeichnete und fertige Handarbeiten.
Herren-Artikel.
Mitglied von 8 Rabatt- u. Sparvereinen.
298V*

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.